

# POLITISCHE STUDIEN 453

 Hanns  
Seidel  
Stiftung

Orientierung durch Information und Dialog

65. Jahrgang | Januar-Februar 2014 | ISSN 0032-3462 | € 5,50

/// IM FOKUS

## RUSSLAND UND DER WESTEN – PARTNER ODER KONKURRENTEN?

Mit Beiträgen von

Hannes Adomeit | Vladislav Belov | Heidi Reisinger | Frank Umbach



/// STEPHAN BIERLING Politische-Studien-Zeitgespräch zur transatlantischen Vertrauenskrise

/// A. FREUDENBERG / K. D. HOFFMANN / F. STRÜNING Der Schwarze Block und die Gesellschaft

/// PETER L. MÜNCH-HEUBNER Die Tschechische Republik nach den vorgezogenen Parlamentswahlen

[www.hss.de](http://www.hss.de)



„Große Koalitionen werden nicht durch eine weitere große Koalition abgelöst, sondern durch eine neue Phase der Politik.“

## GROßE AUFGABEN FÜR DIE GROßE KOALITION

Am 17. Dezember 2013 wurde Angela Merkel zum dritten Mal zur Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Die Regierungskoalition ist eine „große“ aus CDU, CSU und SPD, ebenfalls die dritte in der Geschichte der Republik – wieder eine Zeit des Übergangs. Große Koalitionen werden nicht durch eine weitere große Koalition abgelöst, sondern durch eine neue Phase der Politik.

Bleiben wir in der Gegenwart: Die neue Koalition verfügt über eine riesige Mehrheit von 504 Stimmen im Bundestag. Ihr vereinbartes Programm kann sie damit sicher umsetzen. Sie kann sich auch auf die Zustimmung der Bevölkerung stützen. Vor der Wahl sagten laut Infratest dimap 57 %, eine Koalition aus Union und SPD sei gut für das Land. Nur 43 % meinten dies von einer aus SPD und Grünen und 41 % von einer aus Union und FDP. In den Wochen nach der Wahl ist dies so geblieben.

Die große Koalition kann und muss große Aufgaben angehen – wahrscheinlich einige, von denen wir noch nichts ahnen. Sie verfügt über Gestaltungsmacht vor allem wegen des hervorragenden Ergebnisses der Union mit insgesamt 41,5 %. Die SPD darf sich dagegen mit ihren 25,7 % (dem zweitschlechtesten Resultat seit 1949) über die Regierungsbeteiligung freuen, kann aber vor allem durch ihre Rolle als Regierungspartei in vielen Ländern über den Bundesrat an einer stabilen Politik mitwirken.

Für die Zukunft ist vieles möglich: zum einen die Rückkehr zu den klassischen Lagerkoalitionen. Aber auch neue Modelle wie die schwarz-grüne Koalition in Hessen können häufiger installiert und akzeptiert werden. Schließlich ist auch die Alleinregierung der Union nicht unrealistisch – zur absoluten Mehrheit für CDU und CSU hat am 22. September nur eine Hand voll Mandate gefehlt.

**Dr. Gerhard Hirscher**  
ist Referent für Grundsatzfragen der Politik, Parteien und  
Wahlforschung der Akademie für Politik und Zeitgeschehen,  
Hanns-Seidel-Stiftung, München.

# INHALT



07



36



47



54

## IM FOKUS

- 11 RUSSLAND UND DER WESTEN**  
Einführung  
**MARKUS EHM**
- 16 RUSSLANDS ERDGASPOLITIK UND DIE ENERGIESICHERHEIT DER EU**  
Europäisch-russische Energiepartnerschaft  
**FRANK UMBACH**
- 28 DIE EU UND RUSSLAND IN DER „GEMEINSAMEN EUROPÄISCHEN NACHBARSCHAFT“**  
Integrationskonkurrenz statt Partnerschaft  
**HANNES ADOMEIT**
- 41 POLITISCHE BEZIEHUNGEN OHNE SUBSTANZ REICHEN NICHT MEHR**  
Russland und die NATO  
**HEIDI REISINGER**
- 46 RUSSLAND UND DER WESTEN**  
Partner oder Konkurrenten?  
**VLADISLAV BELOV**

## POLITISCHE-STUDIEN-ZEITGESPRÄCH

- 06 TRAGWEITE UND KONSEQUENZEN DER TRANSATLANTISCHEN VERTRAUENSKRISE**  
Politische-Studien-Zeitgespräch mit  
**STEPHAN BIERLING**

## ANALYSEN

- 53 DER SCHWARZE BLOCK UND DIE GESELLSCHAFT**  
Linksextremismus  
**ANDRE FREUDENBERG / KARSTEN DUSTIN HOFFMANN / FELIX STRÜNING**
- 62 DIE TSCHECHISCHE REPUBLIK NACH DEN VORGEZOGENEN PARLAMENTSWAHLEN**  
Kein Ende der politischen Instabilität  
**PETER L. MÜNCH-HEUBNER**

## AKTUELLES BUCH

- 72 DIE MODERNE CSU**  
Die politischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland  
**GERHARD HIRSCHER**

## RUBRIKEN

- 03 EDITORIAL**
- 74 REZENSIONEN**
- 88 ANKÜNDIGUNGEN**
- 90 IMPRESSUM**



/// Politische-Studien-Zeitgespräch

## TRAGWEITE UND KONSEQUENZEN DER TRANSATLANTISCHEN VERTRAUENSKRISE

**STEPHAN BIERLING** /// studierte Politikwissenschaft und Geschichte an der Ludwig Maximilians-Universität in München. Seit 2000 lehrt er Internationale Politik an der Universität Regensburg, die einzige Professur, die sich transnationalen Fragen widmet. Bierlings Hauptarbeitsgebiete sind die deutsche, europäische und amerikanische Außenpolitik, das transatlantische Verhältnis sowie die Innen- und Wirtschaftspolitik der USA. Als Analyst der US-Innen-, Wirtschafts- und Außenpolitik ist er oft auch in deutschen und internationalen Zeitungen sowie in Rundfunk und Fernsehen vertreten. 2002 erhielt er den Preis für gute Lehre des Freistaates Bayern, 2013 belegte er den 1. Platz bei der Wahl zum „Professor des Jahres“ der Zeitschrift UNICUM BERUF in der Kategorie Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften.

**Politische Studien:** Wie tief geht die gegenwärtige transatlantische Vertrauenskrise, ausgelöst durch die Enthüllungen Edward Snowdens über massive Ausspähaktivitäten der USA in Europa?

**Stephan Bierling:** Sie geht sehr tief. Der traditionelle Antiamerikanismus der Linken und konservativen Rechten erhält durch die NSA-Affäre massiv an Nahrung. Und die USA-freundliche Mitte der Gesellschaft, die seit dem Irak-Krieg sowieso schon geschrumpft ist, kann dem angesichts der breiten



Die heutige Studentengeneration verbindet mit den USA nur mehr Irak-Krieg, Kyoto-Ablehnung, Guantánamo und die NSA-Affäre.

Edward Snowdens Enthüllungen bewirkten einen tiefen Riss im transatlantischen Verhältnis.





**In der NSA-Affäre prallen amerikanische Sicherheitsparanoia und deutsche Romantik aufeinander.**

Empörung nicht viel entgegensetzen. An den Universitäten haben wir heute eine Studentengeneration, die verbindet mit den USA nur mehr Irak-Krieg, Kyoto-Ablehnung, Guantánamo und NSA-Affäre. Große amerikanische Leistungen wie der Marshall-Plan, der Schutz Westeuropas vor der Sowjetunion, das Ermöglichen der Wiedervereinigung, die Befriedung des Balkan sind für viele junge Leute so weit weg wie die Schlacht von Salamis.

**Politische Studien: Unstimmigkeiten und Irritationen, etwa über Fragen der Lastenteilung in der NATO, über die Nuklearstrategie oder über Handelsfragen und Zölle gehörten ungeachtet der signifikanten Bedeutung der Werte- und Interessengemeinschaft zwischen Amerika und Europa schon während der Jahrzehnte des Kalten Krieges zum transatlantischen Geschäft. Was unterscheidet die derzeitige Vertrauenskrise von früheren transatlantischen Irritationen und Spannungen?**

**Stephan Bierling:** Im Kalten Krieg war bei jeder Krise im transatlantischen Verhältnis klar: Die USA und die Bundesrepublik brauchen einander zur Eindämmung der Sowjetunion. Eine solche Bedrohung diszipliniert und macht rational. Seit 1991 fehlt dieses Element. Und seit 9/11 driften die USA und Deutsch-

land in ihrer Weltsicht rasch auseinander. Washington setzt auf globale Terrorbekämpfung um fast jeden Preis, Berlins außenpolitischer Horizont reicht heute noch bis Griechenland, aber nur, weil dem Euro von dort Ungemach droht. Die Deutschen haben es sich wohliger eingerichtet in der Mitte eines friedlichen Kontinents, die Amerikaner, die überall Gefahren wittern, sehen sie als Ruhestörer. Diese völlig unterschiedliche Interpretation der eigenen Rolle in der Welt kulminiert in der NSA-Affäre, wo amerikanische Sicherheitsparanoia und deutsche Romantik aufeinanderprallen.

**Politische Studien: Die transatlantische Krise von 2002/2003 konnte nach dem Abtreten der damaligen Hauptantagonisten (Präsident Bush auf der einen, Präsident Chirac und Bundeskanzler Schröder auf der anderen Seite) weitgehend bereinigt und die Partnerschaft wieder gefestigt werden. Sehen Sie diese Perspektive auch in der gegenwärtigen Situation?**

**Stephan Bierling:** Das war nur eine Scheinfestigung. Die meisten Deutschen haben ein manisch-depressives Verhältnis zu den USA. Entweder Amerika ist wie unter Bush eine Gefahr für den Weltfrieden oder der Heilsbringer wie unter dem frühen Obama. Über Interessen, Sicherheit, Machtmittel mögen die Deutschen nicht gern nachdenken. Stattdessen pochen sie auf Diplomatie, Moral und Völkerrecht. Dass Diplomatie, Moral und Völkerrecht nichts sind



Prof. Stephan Bierling und Prof. Reinhard Meier-Walser im Gespräch.

ohne politische und militärische Macht, ignoriert man hierzulande gern. Ich gebe den deutsch-amerikanischen Beziehungen keine große Zukunft, wenn es nicht zu gemeinsamen neuen Projekten kommt. Aber welche das sein könnten, weiß ich auch nicht. Die Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) wird es nicht sein, im Gegenteil.

**Politische Studien: Wird die gegenwärtige Krise zwischen den USA und ihren europäischen Partnern das Auseinanderdriften forcieren und Washingtons „pivot to Asia“ beschleunigen?**



**Es ist naiv anzunehmen, dass die USA ihren technischen Vorsprung nicht nutzen, um vermeintliche Gefahren abzuwehren.**

**Stephan Bierling:** Die Krise ist schon an sich Ausdruck der amerikanischen Abwendung von Europa. Merkels Handy oder die EU-Botschaft abzuhören, scheint keine große Sache zu sein in Washington, weil Deutschland und Europa eh nichts dagegen tun können. Deutschland und Europa haben außerdem gegenüber den USA seit 1990 viel Boden verloren, nicht nur wirtschaftlich und militärisch, sondern auch in der IT, bei Software und sozialen Netzwerken.





Wenn man irrelevant wird, entscheiden andere über die großen Fragen der Sicherheitspolitik.

Apple, Google, Amazon, Twitter, Microsoft dominieren die moderne Welt, Europa hat dem nichts entgegenzusetzen. Es ist naiv anzunehmen, dass die USA diesen Vorsprung nicht nutzen, um vermeintliche Gefahren abzuwehren.

**Politische Studien:** Ungeachtet der gegenwärtigen transatlantischen Spannungen sind die USA und Europa mit Krisenherden der Weltpolitik konfrontiert, die eine gemeinsame Herangehensweise erfordern, z. B. der Bürgerkrieg in Syrien, der Atomkonflikt mit dem Iran oder die Stabilisierung Afghanistans nach dem Abzug der NATO. Was bedeutet dies für die Zukunft der transatlantischen Beziehungen?

**Stephan Bierling:** Erfordern ja. Aber sehen wir auch gemeinsames Handeln? Syrien ist ein Trauerspiel westlicher Diplomatie, im Atomkonflikt mit dem Iran hat es ewig gedauert, bis ernsthafte Sanktionen erfolgten, in Afghanistan gibt es einen Abzugswettlauf. In Libyen und Mali hat Deutschland deutlich gemacht, dass es einen Sonderweg einschlägt im Westen und in Europa. Verstehen Sie mich nicht falsch, das ist das gute Recht der Bundesrepublik – in Demokratien entscheiden die Bürger über den Kurs des Staates, aber außenpolitisch führt das schnurstracks in die Irrelevanz. Und wenn man irrelevant wird,

entscheiden andere über die großen Fragen der Sicherheitspolitik – und auch darüber, ob sie ein Land ausspähen oder nicht.

**Politische Studien:** Herr Professor Bierling, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Die Fragen stellte Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser, Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen sowie Chefredakteur der Politischen Studien der Hanns-Seidel-Stiftung, München. ///



/// PROF. DR. STEPHAN BIERLING  
lehrt Internationale Politik an der Universität Regensburg.

/// Einführung

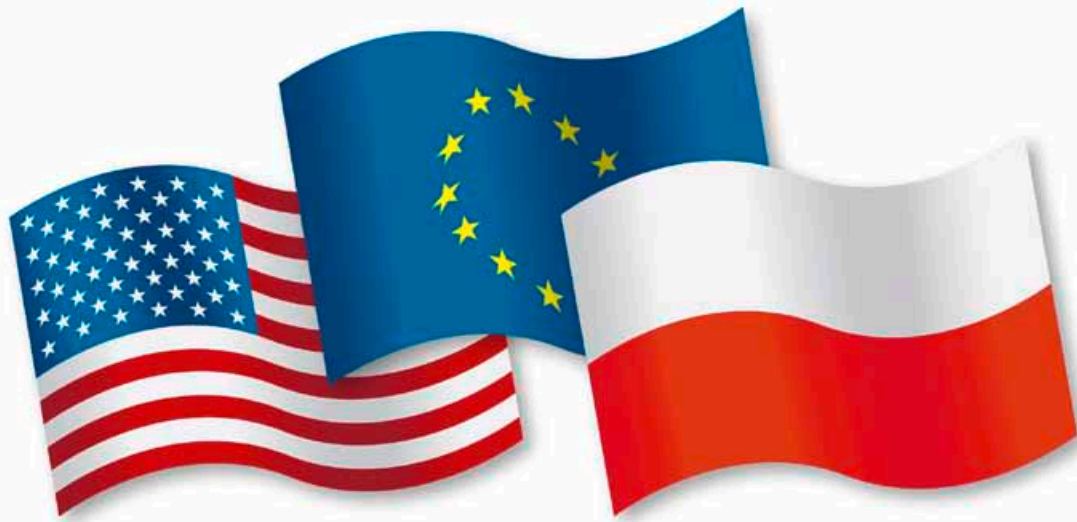
## RUSSLAND UND DER WESTEN

**MARKUS EHM** /// Mit dem Ende der Sowjetunion fiel der Systemwettbewerb zwischen dem Osten und dem Westen weg. Doch an die Stelle zweier konkurrierender Ideologien traten neuen Rivalitäten, obwohl beide Seiten von der Notwendigkeit einer kontinuierlichen Zusammenarbeit grundsätzlich überzeugt sind.

So pflegt die Europäische Union zu keinem Drittstaat derart intensive Beziehungen wie zu Russland. Enge sprachliche, historische, kulturelle und wirtschaftliche Verbindungen führen die Alternativlosigkeit einer Zusammenarbeit konkret vor Augen, auch wenn umstrittene Themen aktuell für Spannungen sorgen. Exemplarisch gilt dies für die europäisch-russischen Energiebeziehungen. Einerseits beziehen mehrere Mitgliedsländer wie zum Beispiel Deutschland seit Jahren zuverlässig Öl und Gas aus Russland, andererseits gibt es Bestrebungen in der EU, den Gasmarkt flexibler zu regulieren und Bezugsquellen zu diversifizieren. Abzuwarten bleiben die Auswirkungen eines bevorstehenden energiepolitischen Meilensteins in Übersee – der Export von US-amerikanischem Gas nach Europa, möglich geworden durch die Schiefergasrevolution in Nordamerika.

Der wirtschaftliche Austausch zwischen Russland und der EU floriert. Für Moskau ist Brüssel der wichtigste Außenhandelspartner: Fast 50 % der russischen Exporte gehen in die EU. Andererseits stammen drei Viertel aller Direktinvestitionen in Russland aus EU-Mitgliedsländern. Nichtsdestotrotz werden die eindrucksvollen wirtschaftlichen Kennziffern durch politische Differenzen eingetrübt. Die EU beklagt protektionistische Maßnahmen wie zum Beispiel den Entsorgungsaufschlag in der Automobilbranche. Die russische Perspektive eines einheitlichen Marktes von Lissabon bis Wladiwostok scheint in weite Ferne zu rücken.

Die EU und Russland stehen im intensiven Dialog. Zwei Gipfel pro Jahr zeugen von einem so engen Austausch wie mit keinem anderen Drittstaat. Gleichwohl gibt es greifbare Meinungsverschiedenheiten in Menschenrechts-



Russland und der Westen – es gibt Potenzial sowohl für Konkurrenz als auch Kooperation.

fragen. Die EU sieht sich als Wertegemeinschaft und beobachtet aktuelle Entwicklungen in Russland mit großer Sorge. Moskau verbittet sich im Gegenzug die Einmischung in innere Angelegenheiten. Themen wie Versammlungs- und Meinungsfreiheit, politische Gerichtsverfahren und die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen sehen Russland und die EU unterschiedlich. Derartige Gegensätze streuen Sand in das Getriebe der Visa-Verhandlungen.

Die Beziehungen zwischen den USA und Russland prägt ein gebetsmühlenartiges Auf und Ab. Das erfolgreiche Leuchtturmprojekt einer neuen Vereinbarung über die Reduzierung von strategischen Nuklearraketen aus dem Jahr 2010 strahlte bis dato nicht in weitere Bereiche aus. Und nach dem Amtsan-

tritt von Wladimir Putin kühlte die Stimmung zwischen Moskau und Washington ab – u. a. zu spüren durch das in den USA verabschiedete Magnitzkij-Gesetz und das vom russischen Gesetzgeber verabschiedete Adoptionsverbot russischer Kinder für US-Staatsbürger. Eine nüchterne Tatsache ist, dass in beiden Ländern traditionelle Anti-Reflexe aus der Zeit des Kalten Krieges bis zum heutigen Tag fortbestehen.

Pragmatismus kennzeichnet das Verhältnis der beiden Atommächte in Fragen der internationalen Sicherheit. Moskau sieht sich seit der Einigung in der Syrien-Problematik wieder auf Augenhöhe – ganz im Gegensatz zum Jahr 2011, als Dmitrij Medwedew die Flugverbotszone in Libyen im UN-Sicherheitsrat nicht blockierte und damit de-

facto unterstützte. Die kürzlich getroffene Nahost-Regelung brachte Putin einen internationalen Prestigegewinn; der Kremlchef konnte Russland als eine Nation der Zurückhaltung positionieren, während die Vereinigten Staaten mangels klarer Linie an Ansehen einbüßten.

Auch das Thema um den US-amerikanischen Whistleblower Edward Snowden nutzt der russische Staatspräsident geschickt. Er gewährt ihm Asyl unter der Auflage, dass der Ex-Geheimdienstmitarbeiter nichts der Öffentlichkeit preisgibt, was seinem Land schaden könnte. Die bekannt gewordenen Informationen stürzten das transatlantische Verhältnis in eine ernste Krise. Gleichwohl besteht für die transatlantische Freundschaft keine Gefahr. Selbst wenn sich vor allem Deutschland brüskiert und gedemütigt fühlt, so ist es doch klar im westlichen Lager verankert.

Pragmatismus kennzeichnet das Verhältnis Russlands zur NATO. Positive Ansatzpunkte bieten mehrere Kooperationen in Bezug auf das UN-Mandat für Afghanistan wie z. B. die Ausbildung von Piloten für russische Militärhubschrauber, der Kampf gegen den internationalen Terrorismus und der Rücktransport von Truppen und Material über russisches Staatsgebiet. Aus heutiger Sicht unüberbrückbar umstritten bleibt das europäische Raketenabwehrsystem der NATO. Russland sieht sein strategisches Zweitschlagpotenzial gefährdet. Das Verteidigungsbündnis verweist beruhigend auf die Zielrichtung der Maßnahme. Das Gefährdungspotenzial liege nicht in Russland, sondern im Iran und in Nordkorea. Moskau misstraut diesen Beteuerungen.

Dieser unklare und schwierige Kontext bringt es mit sich, dass es für die

Frage, ob Russland und der Westen Partner oder Konkurrenten sind, keine eindeutige Antwort gibt. Ganz bestimmt wird bei der Einschätzung der Lage auf absehbare Zeit Otto von Bismarck mit einem berühmten Zitat Pate stehen. „Staaten haben keine Freunde, sondern Interessen“, hat der legendäre Reichskanzler einmal gesagt. Auch wenn sich dieser Ausspruch auf die Außenpolitik bezog, gilt die Ausrichtung nach Interessen in der Innenpolitik ge-

**Der WIRTSCHAFTLICHE Austausch zwischen Russland und der EU floriert, aber es gibt politische Spannungen.**

nauso. Das fundamentale Interesse einer jeden amtierenden Regierung oder herrschenden Elite besteht in der Erhaltung ihrer herausgehobenen Stellung, kurz: im Machterhalt. Grundlegend dafür ist die Haltung der jeweiligen Bevölkerung, selbst wenn die Frage, welches Maß an Einfluss die Menschen in einem Land auf die Politik ausüben, unterschiedlich bewertet werden mag.

Die Demokratie in Russland kann nur von den Bürgern Russlands selbst geschaffen werden. Eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung wird diesen langatmigen Prozess unterstützen, weil sich die Interessen der Menschen bei wachsendem Wohlstand verändern, zum Beispiel durch den Erwerb von Eigentum. Die Demonstrationen der jüngeren Vergangenheit belegen diese The-

se eindrucksvoll. Gerade in den städtischen Zentren Russlands gingen im Dezember 2011 die Menschen unter großer Beteiligung der wachsenden Mittelschicht auf die Straße und wehrten sich gegen Wahlfälschungen. Gleichwohl geschah und geschieht die vorsichtige

**„Staaten haben keine Freunde, sondern INTERESSEN.“ (Bismarck)**

Öffnung des politischen Systems im Rahmen der gelenkten Demokratie. Differenzen in der Wertefrage werden zwischen dem Westen und Russland in der nahen und mittleren Zukunft fortbestehen; eine Wertepartnerschaft ist aufgrund der unterschiedlichen Geschichte unrealistisch. Nicht zuletzt muss eingeräumt werden, dass das freiheitliche westliche Lebensmodell für weite Teile der russischen Bevölkerung nicht als Vorbild taugt. Zudem hat die in den USA ausgelöste Wirtschaftskrise die Anziehungskraft des Westens spürbar reduziert.

Russlands Vorstellung über seinen Platz in der Welt von morgen bietet reichhaltiges Potenzial sowohl für Zusammenarbeit als auch für Konkurrenz. Auch insofern stehen Interessen im Mittelpunkt, die ihre Auswirkungen auf die Innenpolitik haben. Russland sieht sich auf einer Stufe mit der Supermacht USA und wird von seinem Vetorecht im UN-Sicherheitsrat Gebrauch machen, um seinem Machtanspruch Geltung zu verschaffen. Die russische Bevölkerung ho-

noriiert dies. Im Gegenzug interpretiert der Westen die Schaffung einer Eurasischen Union als Neuauflage der UdSSR mit dem Ziel, ehemalige Sowjetrepubliken in die Moskauer Umlaufbahn zurückzuholen. Die aktuelle Konkurrenz wird sich voraussichtlich zunächst weiter vertiefen; der Raum für eine lang angelegte Partnerschaft und Vertrauen könnten sich aber im Zuge der erfolgreichen Kooperation bei mehreren Einzelfragen ergeben.

Der Kreml geht dabei vom Prinzip der unteilbaren Sicherheit in Europa aus und fordert Respekt und Gleichbehandlung ein. Für Russland ist der Westen der Wunschpartner, zum Beispiel in der angestrebten Modernisierung seiner Wirtschaft und der Drogenbekämpfung. Eine besondere Rolle nimmt Deutschland ein, das man in Moskau als ein Scharnier zwischen sich selbst und der EU betrachtet. Russland nimmt deshalb enttäuscht zur Kenntnis, dass die Debatten in Berlin über die politische und humanitäre Lage zwischen Kaliningrad und Wladiwostok von einem starken kritischen Ton bestimmt werden. Die Resolution des Deutschen Bundestags vom November 2011 mit ih-

#### Der Westen sieht in der Eurasischen Union eine NEUAUFLAGE der UdSSR.

rer Forderung nach einer stärkeren Förderung der Demokratie und Zivilgesellschaft in Russland sorgte für einen Paukenschlag. Die deutsche Wirtschaft bevorzugt einen pragmatischeren Umgang und verweist auf ihre nachhaltigen Erfolge bei der Zusammenarbeit der beiden Länder und der Zusammenführung der Menschen. Auf die Frage, welche

Erwartungen beide Seiten gegenseitig haben, gibt es somit keine klare Antwort. Es kommt auf die Perspektive des Fragestellers an. ///



/// DR. MARKUS EHM

leitet die Verbindungsstelle Moskau der Hanns-Seidel-Stiftung, Moskau.



/// Europäisch-russische Energiepartnerschaft

## RUSSLANDS ERDGASPOLITIK UND DIE ENERGIESICHERHEIT DER EU

**FRANK UMBACH** /// Die 28 Länder der EU sind der weltweit größte Energieimporteur. Russland ist derzeit für die EU-28 der größte Öl-, Gas-, Uran- und Kohlelieferant sowie der drittgrößte Stromexporteur in die EU. Die EU wiederum ist der größte Handelspartner der Russischen Föderation. Mehr als die Hälfte des russischen Außenhandels, 45 % der russischen Importe und 55 % der Exporte – darunter 88 % der gesamten russischen Ölexporte, 70 % seiner Gasexporte und die Hälfte der Kohleexporte – erfolgen mit der EU. Zudem stammen 75 % der ausländischen Investitionen in Russland aus der EU. Doch die europäisch-russische Energiepartnerschaft befindet sich in einem grundlegenden Wandel, der vor allem auf signifikante Veränderungen des europäischen Gasmarktes zurückzuführen ist.

### Einleitung

2011 hat sich der Anteil der Abhängigkeit der EU von Gaslieferungen, zusammen mit den Netto-Importen von Erdgas, auf einen Anteil von 63 % erhöht. Die Frage der Versorgungssicherheit hat in Europa mit den russisch-ukrainischen und russisch-weißrussischen Gas- und Ölkonflikten seit 2006 an Brisanz gewonnen. Daraufhin hat die EU auf dem Frühjahrsgipfel vom 8.-9. März 2007 der Staats- und Regierungschefs der EU im Rahmen ihrer gemeinsamen „integrierten Klima- und Energiepolitik“ auch einen „Energieaktionsplan“ mit der bekannten „20-20-20-Strategie“ verabschiedet, die auf eine Verringerung des Energieverbrauchs, den Ausbau der

Erneuerbaren Energien zulasten der fossilen Energieträger und die Diversifizierung vor allem der Gasimporte zielt.

Zudem ist die Frage der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit als Folge der amerikanischen Schiefergasrevolution und als deren Folge ein wesentlich niedrigerer Gaspreis in den USA in den letzten beiden Jahren zunehmend in den Mittelpunkt der gemeinsamen EU-Energiepolitik gerückt. Die US-Schiefergasrevolution hat erhebliche geoökonomische und geopolitische Auswirkungen für Europa. Die Energieversorgungssicherheit der USA wird wesentlich gestärkt, da sich die USA bis 2015/2017 zu einem Netto-Gasexporteur wandeln und dank einer zunehmenden Shale-

Die marktbeherrschende Vormachtstellung auf dem Energiesektor des halbstaatlichen russischen Konzerns Gazprom – hier das Hauptquartier in Moskau – beginnt zu bröckeln und schwächt somit auch Russlands Wirtschaft.



Oil-Revolution längerfristig bis 2030 sogar eine Energieautarkie im nordamerikanischen Maßstab immer realistischer erscheint. Demgegenüber wird für die EU eine immer stärkere Abhängigkeit von Energieexporten erwartet. Derzeit muss sie bereits rund 55 % ihres Ener-

### Die EU ist zunehmend **ABHÄNGIG** von Energieexporten.

giebedarfs (zum Vergleich 1995: 43,2%), 84 % ihrer Erdölnachfrage und 64 % ihres Gasverbrauchs importieren. 2011 musste die EU für ihre fossilen Energieimporte bereits 410 Mrd. Euro bezahlen, was bis 2035 auf mindestens 490 Mrd. Euro ansteigen könnte. Die zunehmenden Energieimporte gefährden sowohl ihre künftige Wettbewerbsfähigkeit als auch die zukünftige Energieversorgungssicherheit.

In Russland ist der Energiesektor für den Kreml nicht nur ein Wirtschaftsgut, sondern auch die wichtigste Säule der inländischen wirtschaftlichen Stabilität und bildet das wichtigste Instrument seiner Außen- und Sicherheitspolitik. Die nationale Energiepolitik und ihre „Pipelinediplomatie“ folgen nicht nur den geschäftlichen Interessen und Strategien seiner Unternehmen. Sie sind auch auf die Wiedererlangung und die Erhaltung seines „Weltmacht“-Status und den Einfluss im internationalen Bereich ausgerichtet, wie dies wiederholt russische Regierungsdokumente zur Außen-, Sicherheits- und Energiepolitik bestätigen.

Die Rezession der Volkswirtschaften der EU seit 2008 und die Auswirkungen der amerikanischen Schiefergasrevolution haben in den letzten Jahren zu einem globalen Gasüberangebot geführt. Dies hat im Zusammenwirken mit einem Rückgang von Russlands langfristigen Verträgen mit Öl-indizierten Preisen mit ihren umstrittenen „Take-or-pay“-Klauseln, bei denen die Kunden bestimmte Mengen unabhängig von ihrer konkreten Nachfrage abnehmen müssen, Russlands traditionelle Geschäftsstrategien und Preismodelle in Frage gestellt – mit erheblichen Auswirkungen auf die europäisch-russische Energiepartnerschaft.

### Der rapide Wandel des europäischen Gassektors

Der grundlegende strukturelle Wandel des europäischen Gasmarktes ist vor allem das Resultat der Veränderung der globalen Gasmärkte durch den Ausbau des Marktanteils von Flüssigerdgas (LNG) bei einem schneller wachsenden globalen Gasbedarf und der Erschließung unkonventioneller Gasressourcen (insbesondere Schiefergas) in den USA, inzwischen aber auch in Australien, Kanada und anderen Staaten. Diese globalen Entwicklungen werden sich in dem Maße verstärken, wie in den nächsten Jahren zusätzliches LNG, zum Teil basierend auf unkonventionellem Gas, durch Australien, Qatar und anderen Anbietern auf die Weltgasmärkte kommt.

Vor dem Hintergrund einer weltweiten ökonomischen Rezession seit 2008 und eines darauf zurückführenden geringeren weltweiten Wachstums der meisten regionalen Gasmärkte hat sich auch der europäische Gasmarkt in den letzten Jahren von einem Verkäufer- zu einem Käufermarkt gewandelt. Die plötzliche Gasschwemme mit einem Spotpreis bei

LNG, der zeitweise bis zu 40% unter dem Pipelinegaspreis Russlands und Norwegens lag, war auch durch die europäische Wirtschaftskrise und durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien bedingt, in deren Folge der Gasbedarf ab 2009 kontinuierlich absank. Dabei hat sich der Gaspreis auch in Europa zunehmend vom Ölpreis abgekoppelt und die tradierten Langfristverträge zwischen einer begrenzten Anzahl von großen Anbietern und Abnehmern in Frage gestellt. Dabei hat auch der Anteil von LNG gegenüber Pipelinegas in Europa bis 2012 zugenommen und macht heute rund 20% der Gasimporte und ca. 15% des gesamten Gasverbrauchs aus. Gleichzeitig waren 2011 in Europa nur noch etwa 56% der langfristigen Verträge mit einer Laufzeit von bis zu 25 Jahren ölpreisindiziert (2009: 68%; 2010: 59%), während der Spotmarktanteil von 27% 2009 auf 37% 2010 und 40% im Jahr 2011 stetig zugenommen hat.

Zudem geht auch die Internationale Energie Agentur (IEA) nicht länger von einer starken Zunahme des EU-Gasbedarfes aus, sondern mittelfristig wird dieser eher stagnieren. So dürfte das Gasverbrauchsniveau von 2010 erst 2020 wieder erreicht und übertroffen werden. Doch trotz der Abkoppelung des Gas vom Ölpreis in Europa sind gasbefeuerte Kraftwerke gegenüber kohlebefeuerten

aufgrund der geringen CO<sub>2</sub>-Preise im EU-Emissionshandelssystem (ETS: von 30 € pro Tonne 2008 auf 4,25 € im Frühjahr 2013 gefallen), der billigen US-Kohleexporte (+24 % nach Europa 2012) als Folge der US-Schiefergasrevolution und dem prinzipiellen Festhalten Russlands an der Ölpreisbindung derzeit nicht wettbewerbsfähig. Entgegen der klimapolitischen Zielsetzungen der EU ist der Gasbedarf 2012 um weitere 7 % gefallen, während der Kohleverbrauch in der EU-27 2011 um 4 % und 2012 um weitere 7 % angestiegen ist. Bei der Kraftwerkserzeugung ist der EU-Gasverbrauch 2012 sogar um 20 % gegenüber 2011 zurückgegangen, während der Kohleverbrauch um 10 % zugenommen hat. Im Jahr 2012 war Europa die einzige Weltregion, in der der Gasverbrauch nicht anstieg, sondern sogar abnahm.

Die europäischen Gaspreise müssten derzeit rund 40 % fallen, um gegenüber Kohle wieder wettbewerbsfähig zu sein. Mittelfristig ist jedoch weniger Kohle als vor allem die subventionierte Solarförderung die größte Bedrohung für die Zukunft des Gaseinsatzes in der Kraftwerkserzeugung von Strom. Bis 2035 wird erwartet, dass in den meisten EU-Staaten die Stromerzeugung durch Erneuerbare Energien bereits 50 % übertroffen wird und Gaskraftwerke bereits mittelfristig nur noch als Backup zur Grundlastsicherung fungieren werden, sofern das technische und ökonomische Problem der Stromspeicherung bis dahin nicht gelöst ist. Langfristig wird der Gasbedarf Europas nach 2020 wohl nur dann stärker steigen, wenn der Transportsektor (Fahrzeuge und Schiffe) verstärkt von Öl auf Gas umsteigt.

Der strategische Wandel des europäischen Gasmarktes ist darüber hinaus auch die Folge einer aktiven EU-Politik,

### Die **VERÄNDERUNGEN** auf dem europäischen Gasmarkt wirken sich auf die europäisch-russische Energiepartnerschaft aus.

die Gasversorgungssicherheit durch Energieeinsparmaßnahmen, eine Diversifizierung der Importe (Ausbau von LNG-Importterminals und südliches Gaskorridorprojekt mit direkten Importen aus der kaspischen Region), den Bau von transnationalen Gasinterkonnektoren zwischen den Mitgliedsstaaten mit einer Umkehrmöglichkeit des Gastransportes sowie Liberalisierungsanstrengungen des „Dritten Energiepaketes“ nachhaltig zu stärken.

### Die EU-Russland Gaspartnerschaft vor schwierigen Herausforderungen

2010 waren noch immer 13 europäische Länder zu mehr als 80 % bei ihrem gesamten Gasverbrauch und 17 Länder zu mehr als 80 % hinsichtlich ihrer Gasimporte von Russland abhängig. Russland hofft, seine Exportkapazität nach Europa bis 2020 auf 250 bcm und bis 2030 auf mehr als 300 bcm zu steigern. Dabei spielen die Nord Stream-Pipeline (Kapazität: 55 bcm) und die geplante Gaspipeline South Stream (63 bcm) eine zentrale Rolle. Doch Russland hat gegenwärtig nur Gaslieferverträge über 158 bcm pro Jahr nach Europa und es ist eigentlich gemäß seines Transitabkommens mit der Ukraine vertraglich verpflichtet, bis 2019 jährlich mindestens 110 bcm über sein ukrainisches Pipelinennetz nach Europa zu exportieren. Zudem sind Russlands Gasexporte in die EU von 150 bcm im Jahr 2008 bis auf 130 bcm 2011 zurückgegangen. 2012 überholte Norwegen Russland als größten Gaslieferanten der EU zum ersten Mal.

Darüber hinaus hat das Dritte Energiepaket mit seinen Entflechtungsvorschriften zur Liberalisierung des europäischen Gasmarktes für eine Anti-Monopolisierung eine zunehmende strategische Bedeutung für den bisher eher

fragmentierten EU-Binnenmarkt für Energie. Dabei ist ein offener europäischer Gasmarkt mit strengen Auflagen zur Transparenz und mit freiem Zugang zu Gasinfrastrukturen eine wichtige Voraussetzung für die europäische Energieversorgungssicherheit, das künftige Wirtschaftswachstum sowie die damit verbundene internationale Wettbewerbsfähigkeit der EU. Diese Maßnahmen und Initiativen zur Stärkung des Wettbewerbs zielen vor allem darauf, die beherrschende Stellung Russlands und von Gazprom auf dem europäischen Gasmarkt zu verringern.

Die Prinzipien des Dritten Energiepaketes und der darin geregelte Zugang Dritter zur Infrastruktur werden nicht nur von den EU-Ländern eingeführt, sondern auch von den Mitgliedern der European Energy Community (EEC). Die Ukraine und die Republik Moldau zum Beispiel müssen das Dritte Energiepaket bis Januar 2015 umsetzen. Georgien und Armenien werden in der nahen Zukunft voraussichtlich ebenfalls EEC-Mitglieder und so ist es kaum verwunderlich, dass Moskau fast alles tut, um deren Beitritt zu verhindern.

### Der Gasbedarf in der EU NIMMT AB.

Russland ist nicht an den EU-Liberalisierungsbemühungen interessiert, da sie seine traditionellen Marktanteile, Businessstrategien und den geopolitischen Einfluss verringern, die bisher durch seine Energieexporte und seine Pipelinediplomatie garantiert wurden. Die Entflechtung von Produktion, Transport und Vertrieb hat entsprechende Reibungen und Interessenskonflikte in den bilateralen Beziehungen zur

Folge. Russland, konfrontiert mit dem Verlust von Eigentum an Pipelines und Gasspeichern, hat seinerseits die EU gewarnt, dass sich die EU-Rechtsprechung nicht auf seine kritische Energieinfrastruktur erstrecken dürfe. Der Kreml hat Ausnahmen oder Ausnahmeregelungen für seine groß angelegten Exportprojekte wie Nord Stream und South Stream gefordert. Der russische Präsident Wladimir Putin beharrt darauf, dass die russischen Pipelines „völlig verschieden“ gegenüber den innereuropäischen seien und kritisiert vehement „eine Beschlagnahmung von russischen Investitionen in mehreren Ländern“.

Die Europäische Kommission hat zudem im September 2012 eine 15-monatige Untersuchung der Gazprom-Geschäftspraxis eingeleitet. Diese soll klären, ob und inwieweit Gazprom die EU-Wettbewerbsregeln durch den Missbrauch seiner marktbeherrschenden Stellung in den europäischen Upstream-Erdgasbereichen verletzt hat. Die EU-Anti-Trust-Untersuchung spiegelt das Misstrauen auf beiden Seiten aufgrund der mangelnden Transparenz bei den Gazprom-Gasverträgen und der russischen Einwände gegen einen liberalisierten vereinigten europäischen Energie- und Gasmarkt wider. Russland reagierte eine Woche, nachdem die Kommission die förmliche Einleitung der Untersuchung begonnen hatte, mit der Unterzeichnung einer neuen Verordnung „über Maßnahmen zum Schutz der Interessen der Russischen Föderation in russischen Unternehmen, die ausländischen Wirtschaftsaktivitäten nachgehen“, um seine strategisch wichtigen Unternehmen im Ausland zu schützen. Die Bereitstellung von Informationen über russische Aktivitäten auf Verlangen von ausländischen Behörden

### Russland fürchtet durch das Dritte Energiepaket um seine VORMACHTSTELLUNG auf dem Markt.

und Einrichtungen „erfolge nur vorbehaltlich der vorherigen Zustimmung ... seitens der russischen Regierung“.

Zugleich stärkt die russische Regierung mit der neuen Verordnung die eigene Kontrolle über die Aktivitäten der eigenen Unternehmen – ganz im Einklang mit dem „Strategischen Firmen-Gesetz“ des Kremls von 2008. Russlands Reaktion bestätigte jedoch die EU in ihrem Verdacht, dass Gazprom etwas zu verbergen hat und dass deshalb eine Untersuchung mehr denn je erforderlich sei. In der kartellrechtlichen Auseinandersetzung zwischen der EU und Russlands staatlich kontrolliertem Energieriesen Gazprom wird erwartet, dass dies die künftige EU-Russland-Gaspartnerschaft maßgeblich beeinflussen und die Frage beantwortet wird, ob die EU in der Lage ist, nicht nur ihre eigenen Energieunternehmen im Binnenmarkt zu kontrollieren, sondern auch die ausländischen Unternehmen einheitlichen Spielregeln und Rahmenbedingungen zu unterwerfen.

### Strategische Bedeutung des russischen Gassektors und die neuen Herausforderungen auf dem globalen und europäischen Gasmärkten

Russland besitzt noch immer die weltweit größten nachgewiesenen Reserven an konventionellem Erdgas sowie mit 75



Milliarden Barrel die größten unkonventionellen Ölreserven. Doch seit 2010 wird Russland von den USA dank deren Schiefergasrevolution als weltweit größter Gasproduzent übertroffen. Im Jahr 2012 erhöhte sich die US-Erdgasproduktion auf 681,4 Milliarden Kubikmeter (bcm) – 20,4 % der weltweiten Pro-

### Russland versucht, sich auf die OSTASIATISCHEN Märkte auszurichten.

duktion, während Russlands Gasproduktion 592,3 Milliarden Kubikmeter (17,6 %) betrug. Konfrontiert mit einer abnehmenden Nachfrage nach Gas in Europa, seinem wichtigsten Exportmarkt, ist Russland bemüht, seine Position in den energiehungrigen ostasiatischen Märkten zu stärken. Im Jahr 2012 gingen jedoch nur 7 % der gesamten Gasexporte Russlands an asiatische Verbraucher. Russland und sein staatliches Unternehmen Gazprom verfolgen daher eine neue Energieexportstrategie, die den Öl- und Gashandel nach China, Japan und andere asiatische Länder zu erweitern sucht.

Russlands künftige Energiepolitik und Diplomatie muss sich jedoch grundlegend ändern, da innenpolitische und internationale Verschiebungen eine viel größere Flexibilität erfordern, wenn es seinen internationalen Einfluss bewahren oder gar erweitern möchte. In der Ära Wladimir Putins seit 2000 war Russland jedoch nicht in der Lage, seine Wirtschaft über ihre

starke Abhängigkeit von seinen Öl- und Gasexporten weiter zu diversifizieren. Zwischen 2000 und 2012 ist die Abhängigkeit des russischen Staatshaushaltes von den Einnahmen aus dem Öl- und Gassektor sogar noch von 47 auf 50 % gestiegen. Die Aussicht auf eine deutlich reduzierte Abhängigkeit Europas von russischen Gaslieferungen dürfte jedoch erhebliche Auswirkungen nicht nur auf künftige Geschäfte von Gazprom und dessen Marktposition, sondern auch auf Russlands Staatshaushalt und seine gesamte Wirtschaft haben. Gegenwärtig resultieren nur 20 % seiner Energieeinnahmen für den Staatshaushalt aus Gasexporten, da die sinkenden Preise zudem zunehmend vom Ölpreis abgekoppelt wurden. Die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung wird mehr denn je abhängig von den Ölexporten sein, die rund 80 % seiner Einnahmen aus dem Energiesektor garantieren.

### Russlands Strategien in der Krise

Russlands Strategie zielt auf die Erhaltung und Vertiefung der Abhängigkeit der Energieversorgung Europas ab, was den eigenen wirtschaftlichen und geopolitischen Einfluss erhöhen und zugleich die Risiken für seine nationale Sicherheit senken würde. Russland versucht dabei, seinen geopolitischen Einfluss durch die Maximierung seiner politischen Macht über die Nutzung seiner Gaspipelines auszuüben. Jedes europäische Energie- und Gasprojekt, das gegen seine wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen gerichtet ist und sich außerhalb russischer Kontrolle befindet (z. B. Nabucco oder TAP), wird vom Kreml versucht zu blockieren. Moskau vermeidet auch den Beitritt zu internationalen Gaskonsortien, in denen Gaz-

prom nur eine Minderheitsbeteiligung hätte. Seine Gasstrategie in Europa basiert im Wesentlichen auf vier Instrumenten zur Sicherung und Förderung von Russlands Energie- und Geopolitikinteressen:

- Drohung von Energielieferkürzungen oder -ausfällen gegenüber nicht-kooperativen Ländern mit anti-strategischen Interessen, wie dies gegenüber der Ukraine, Weißrussland, Litauen und Georgien wiederholt umgesetzt worden ist;
- Erwerb von strategischen Energieinfrastrukturen im Ausland wie Pipelines und Gasspeichern (wie in Weißrussland, EU etc.);
- Bau neuer Pipelines – wie Nord und South Stream – unter Umgehung von Transitländern wie den baltischen Staaten, der Ukraine, Weißrussland, Polen etc. sowie
- Nutzung von Vorzugsgaspreisen und weiteren wirtschaftlichen Begünstigungen bei entsprechenden Gegenleistungen seiner europäischen und eurasischen Energiepartner.

Russland kontrolliert den einheimischen Energiesektor – 50 % seiner strategischen Unternehmen befinden sich im Besitz des Staates. Dies ist eine Voraussetzung dafür, dass der Kreml auf die strategische Planung des Energiesektors maßgeblichen Einfluss nehmen und eine kohärente Energie- und Pipelinediplomatie im Ausland durchführen kann. Aber die fehlende Flexibilität zur Anpassung der Energiepreise sowie die Nutzung der Pipelinediplomatie als ein Instrument der Außenpolitik stehen im Widerspruch zum langfristigen Interesse der russischen Regierung, stabile Einnahmen aus dem Energiesektor für den Staatshaushalt zu generieren, was nachhaltige Vertrauensbildung statt einer Po-

litik von Zwangsmaßnahmen und Drohungen voraussetzt.

Gazproms Nord Stream-Pipeline mit einer Kapazität von 55 Milliarden Kubikmetern reduziert zwar einerseits die Abhängigkeit Russlands von Transitländern und bietet mehr Sicherheit für stabile Einnahmen aus dem Energiesektor für den Staatshaushalt. Dieser Pipelinebypass gibt andererseits aber auch Russland mehr politische und wirtschaftliche Druckmittel gegenüber der Ukraine (aber auch gegenüber Polen, Weißrussland und den baltischen Staaten) bei dessen Verhandlungen über Gaspreise und Kiews Weigerung, sein Pipelinenetz zu verkaufen oder dem Beitritt der Ukraine zur Moskau-geführten Zollunion. Der Kreml hatte Weißrussland bereits gezwungen, der Zollunion beizutreten und die restlichen 50 % der wertvollen Pipelinegesellschaft Beltransgaz an Gazprom zu verkaufen. Als Gegenleistung erhielt Weißrussland einen Preisnachlass für russische Gaslieferungen – 286 US-Dollar pro 1000 Kubikmeter (cm), im Gegensatz zur Ukraine, die 2012 für importiertes Gas aus

### Moskau braucht zur Stabilisierung des Staatshaushaltes SICHERHEIT auf dem Energiesektor und versucht dies derzeit mehr mittels Drohungen als mit Diplomatie.

Russland 450 US-Dollar pro 1.000 cm bezahlen musste. Russland und Gazprom sind der Ansicht, dass nur langfristige und ökonomisierte Verträge die enormen Investitionen für grenzüberschreitende Pipelines und teure Gaslagerstätten rechtfertigen und so sowohl „Versorgungssicherheit der Käufer“ als auch „Sicherung der Nachfrage“ auf Sei-

ten des Verkäufers garantieren können. Aber sie machen auch Gazproms Gaspartnerländer stärker abhängig von immer teureren Einfuhren aus Russland, die gleichzeitig wiederum ihre außen- und sicherheitspolitischen Optionen einschränken.

Die wirtschaftlichen Beweggründe für Russlands Argumentation zugunsten dieser langfristigen ölindizierten Verträge werden vor dem Hintergrund der neuen, sehr abgelegenen und teuren Gasfelder sowie der immer längeren und ebenfalls viel teureren Pipelines verständlich. Diese Pipelines haben häufig unterseeische Abschnitte, die viel kostspieliger als Landwege sind, auch wenn Transitgebühren mit einkalkuliert sind. Die Kosten der Entwicklung der Yamal-Gasfelder wurden auf mehr als 100 Milliarden US-Dollar und die der Stockmann-Gasfelder in der Barentssee auf 80 Milliarden US-Dollar geschätzt. So werden die russischen Gasexporte künftig zur teuersten Option für Europas Gasimporte im Vergleich zu der einheimischen unkonventionellen Gasförderung oder der zukünftigen Importoptionen von LNG auf der Basis von Spotmarktpreisen.

#### **Innenpolitische Kritik und Modifizierung des Gasexportmonopols von Gazprom**

Die dramatischen Veränderungen auf den globalen und europäischen Gasmärkten haben in den letzten beiden Jahren zu wachsender Kritik in den innenpolitischen Debatten in Russland über die Gasstrategien und Geschäftsmodelle von Gazprom geführt. Auch Präsident Putin kritisierte wiederholt Gazprom in der Öffentlichkeit, die Schiefergaserausforderung ernster zu nehmen, nachdem man sie stets als My-

thos abgetan hatte, dem die kommerzielle Machbarkeit fehlen würde. Auch russische Experten haben gewarnt, dass die eigenen Gasexporte in Europa aufgrund der neuen und deutlich ansteigenden Produktions- und Transportkosten aus noch schwierigeren und entfernteren Regionen künftig kaum wettbewerbsfähig sein würden.

#### **Russland braucht zur Finanzierung seiner enormen INVESTITIONEN langfristige und ölindizierte Verträge.**

Im Gegensatz zu Gazprom erwartet Russlands Ministerium für Energie- und Wirtschaftsentwicklung eine zunehmende Konkurrenz durch nordamerikanische LNG-Exporte, die Gazprom zwingen würden, ihre Ausfuhrpreise bis spätestens 2016 zu senken. Das Ministerium nannte die aktuellen Preise des Unternehmens für Ausfuhren in ferne Länder „unzureichend“, da die Produzenten einem weiteren Preisdruck ausgesetzt seien. Es erwartet, dass nach 2015 die Produktionskosten bei unkonventionellem Gas in den USA und anderen Ländern weiter sinken und sich die Volumina weltweit erhöhen werden, was zu noch mehr Wettbewerb und niedrigeren Preisen führt. Demnach dürften die Gaspreise aus Sicht des Ministeriums in Europa von einem erwarteten Höchstwert von 411 US-Dollar pro 1000 cm im Jahr 2014 auf 329 US-Dollar im Jahr 2016 sinken.

Gazprom schätzt, dass Russland bis zu 680 Billionen Kubikmeter (tcm) an unkonventionellem Gas hält – zusätzlich zu den weltweit größten konventionellen Gasreserven von 32,9 tcm. Dies entspricht 17,6 % der weltweit nachge-

wiesenen Reserven. Im Gegensatz zu Gazprom erwägt Rosneft, ein wachsender Konkurrent für Gazprom auf den inländischen und ausländischen Gasmärkten, die Exploration von unkonventionellem Gas als Teil seiner Gasstrategie, um eine Verdopplung seiner derzeitigen Gasförderung auf 100 bcm im Jahr 2020 zu realisieren.

Im Gegensatz zu Rosneft und Novatek konnte Gazprom bisher keine Verträge für Öl- und Gasexporte in das energiehungrige China unterzeichnen. Russische Energieexperten erwarten nicht, dass Gazprom das Gasexportmonopol aufgeben und es liberalisiert wird, aber es dürfte allmählich zunehmend modifiziert werden und längerfristig erodieren. Andere russische Gasproduzenten wie Rosneft und Novatek werden zunehmend LNG in asiatische Länder exportieren. In Zukunft werden asiatische und europäische Gaspartner einem Dreieck von russischen Gasexporteuren gegenüber stehen. Gazprom wird sein russisches Gaspipelineexportmonopol nach Europa behalten, Rosneft und Novatek verstärken die LNG-Exporte in die Schwellenländer Asiens und anderer Regionen. Während der Kreml versuchen wird, die Gasexporte der drei Unternehmen zu überwachen, zu vermitteln und zu koordinieren, wird dies zwangsläufig zu mehr Konkurrenz und konfligierenden Interessen innerhalb des Dreiecks führen.

#### **Zusammenfassung und Perspektiven**

Während derzeit Russland von hohen Ölpreisen profitiert, aber gleichzeitig resistent an dem traditionellen Öl-indizierten Gaspreissystem festhält, läuft es Gefahr, seine eigenen zukünftigen Anteile am Gasmarkt zu untergraben. Bei

einem Ölpreis um 120 US-Dollar pro Barrel und konfrontiert mit abnehmenden Gaspreisen, sind sogar Russlands inländische Gaspreise nicht mehr billig. Russland hat bis Ende 2011 noch immer die Gaspreise subventioniert, die höher waren (97 US-Dollar pro 1000 cm) als die in den USA weitgehend nicht subventionierten Gaspreise, basierend auf seiner Schiefergasrevolution (83 US-Dollar pro 1000 cm).

Im Gegensatz zu Gazprom haben andere Wettbewerber wie der norwegische Statoil-Konzern viele ihrer langfristigen Verträge zu Spotpreisen inzwischen modifiziert. Die Europäische Kommission ist nicht nur weiterhin über die Sicherheit der EU-Gasversorgung besorgt, sondern zunehmend auch über den wachsenden Gaspreisunterschied

**Gazprom droht zukünftig v. a. auf dem asiatischen Markt INLÄNDISCHE Konkurrenz.**

zwischen den USA und der EU. Während die Gaspreise in den USA zwischen 2005 und 2012 um 66 % gesenkt werden konnten, vor allem aufgrund Amerikas Schiefergasrevolution, stiegen sie in der EU im gleichen Zeitraum um 35 %.

Die wirtschaftliche Realität ist, dass kein anderer Rohstoff noch über Vertragslaufzeiten von 15 bis 25 Jahren gehandelt wird und dabei auch noch preislich auf anderen Produkten wie Öl basiert. Der „blaue Brennstoff“ wird zunehmend anhand von Spotmarktpreisen

und an Handelsknotenpunkten verkauft werden, wo Käufer und Verkäufer zusammenkommen, um kurzfristige Angebote auszuhandeln. Die derzeitige Hybridpreisgestaltung wird künftig zunehmend durch Gas-zu-Gas-Preise ersetzt werden. Streitigkeiten über Gaspreise zwangen Gazprom 2012, im Durchschnitt etwa 12 % Nachlass zu gewähren. Aber nur 20 % der Gazprom-Gasexporte nach Europa waren 2012

**Gazprom erwächst zunehmend ausländische Konkurrenz auf dem Gasmarkt und es büßt an WETTBEWERBSFÄHIGKEIT ein.**

Spotmarktangebote, die übrigen basierten weiterhin auf traditionellen Langfristverträgen. Aus Sicht zahlreicher europäischer Energie- und Gasunternehmen bedroht Gazprom nicht nur seinen eigenen zukünftigen Marktanteil am europäischen Gasmarkt, sondern gefährdet auch die Zukunft der gesamten Wirtschaftlichkeit der Gastromerzeugung in Europa.

In Zukunft sieht sich Russland mit wachsenden Gasexporten aus Aserbaidschan von bis zu 60 bcm auf den türkischen und europäischen Gasmärkten konfrontiert. Darüber hinaus stehen Europa neue Gasproduzenten und Diversifizierungsquellen zur Verfügung, die Europas eigene Schiefergasressourcen erschließen und amerikanische Exporte von LNG sowie Importe aus neuen konventionellen Offshore-Gasvorkommen

in Rumänien, Bulgarien und dem östlichen Mittelmeer einschließen. Auch Turkmenistan mit seinen weltweit viertgrößten konventionellen Gasreserven und der Iran mit den weltweit zweitgrößten konventionellen Gasreserven sind daran interessiert, ihr Gas nach Europa zu exportieren.

Die künftigen Offshore- und Onshore-Energie-Projekte in den arktischen Regionen Russlands werden immer teurer und erfordern fortschrittlichere Technologien westlicher Energiekonzerne. Sowohl Gazprom als auch Rosneft benötigen eine Modernisierung und ausländische Investitionen in einem investitionsfreundlicheren Klima. So sollen zwischen 20 % und 40 % der Gazprom-Umsätze derzeit entweder aufgrund der weit verbreiteten systematischen Korruption oder durch ineffiziente Explorations- und Transportpraktiken verloren gehen. Gazprom hat in den letzten Jahren Marktanteile sowie direkten Einfluss auf die europäischen Gasmärkte eingebüßt und sein South Stream-Pipeline-Projekt zielt auf die Wiedererlangung beider ab. Ohne Nabucco-West sieht der Kreml jetzt eine Gelegenheit, mit seinem South Stream-Projekt vollendete Tatsachen zu schaffen, bevor das TAP-Konsortium andere Versorgungsmöglichkeiten für Südosteuropa, wie die Ionic-Adriatic-Pipeline (IAP) für aserbaidische oder israelische Gaslieferungen vereinbaren kann. Gazprom hat die südosteuropäischen Länder unter Druck gesetzt, neue Langfristverträge für Gasimporte mit temporären Preisnachlässen zu unterzeichnen. Moskau versucht derzeit gleichzeitig, alle alternativen und nicht-russischen Gaslieferungen in die Region (wie das kroatische LNG-Projekt u. a.) zu blockieren.

Russland hat in den Verhandlungen mit den bestehenden Transitstaaten zu meist erfolgreich diese gegeneinander ausgespielt, um die kommerziellen und geopolitischen Vorteile des South Stream-Projekts zu maximieren und seine Interessen zu schützen. Doch hat die Europäische Kommission inzwischen klargestellt, dass alle seit 2008 bilateral verhandelten Gasverträge zwischen Gazprom und Bulgarien, Serbien, Ungarn, Griechenland, Slowenien, Kroatien sowie Österreich mit dem EU-Gesetz ungültig seien und daher mit der Kommission nachverhandelt werden müssen. Dies gilt insbesondere mit Blick auf die „Drittstaatenklausel“ und den Zugang Dritter zu bis zu 50 % der betroffenen Infrastrukturen (einschließlich des South Stream-Gaspipelineprojektes Russlands). Auch hierbei zeigt sich, dass die EU-Russland-Gas- und Energiepartnerschaft an einem politischen Scheideweg steht. ///



/// DR. FRANK UMBACH

ist Associate Director am European Centre for Energy and Resource Security (EUCERS), King's College, London, Senior Associate und Programmleiter „Internationale Energiesicherheit“ am Centre for European Security Strategies (CESS GmbH), München sowie Senior Fellow des U.S. Atlantic Council, Energy and Environment Programme, Washington D.C. / USA.



/// Integrationskonkurrenz statt Partnerschaft

## DIE EU UND RUSSLAND IN DER „GEMEINSAMEN EUROPÄISCHEN NACHBARSCHAFT“

**HANNES ADOMEIT** /// Seit 1999 werden die Beziehungen zwischen der EU und Russland in Brüssel offiziell als Strategische Partnerschaft bezeichnet. In Wirklichkeit ist das Verhältnis weder partnerschaftlich noch lässt sich erkennen, dass gemeinsame strategische Ziele auf der Basis gemeinsamer Werte und verbindlicher Wegekarten verfolgt würden. Die vier Gemeinsamen Räume sind – wie die EU-Russland-Modernisierungspartnerschaft – Makulatur geblieben. Vor allem aber ist das Verhältnis in der „gemeinsamen europäischen Nachbarschaft“ nicht von Kooperation, sondern von politischen Konflikten und Konkurrenz gekennzeichnet.

Noch gibt es Programme der EU in Russland im Rahmen bilateraler Vereinbarungen, obwohl diese in immer geringerem Umfang finanziell ausgestattet und politisch wirksam sind. Projekte existieren in Grenzregionen, an denen die EU, Russland und verschiedene EU-Mitgliedstaaten wie Finnland, Estland, Lettland, Litauen und Polen beteiligt sind. In der „gemeinsamen europäischen Nachbarschaft“ der EU und Russlands gibt es jedoch kein einziges Vorhaben, das zwischen diesen beiden Akteuren und einem oder mehreren der Länder dieses Raums ausgearbeitet und ausgeführt worden wäre. Damit nicht genug. Russland ist nicht nur fehlender Kooperationspartner in der Nachbarschaftspo-

litik der EU (ENP und Östliche Partnerschaft), sondern Konkurrent und Störfaktor. Die nachfolgenden neun Thesen sollen diese Behauptung untermauern.<sup>1</sup>

### Störfaktor Russland

1. Das außen- und sicherheitspolitische Establishment Russlands, aber auch weite Teile der Bevölkerung betrachten den post-sowjetischen Raum – den Raum der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) – als russische Einfluss-sphäre. Diese Wahrnehmung verbindet sich mit dem Anspruch, dass Russland dort Sonderrechte, privilegierten Status und besondere Verantwortung für den Schutz russischer Minderheiten habe.
2. Das Denken in Einfluss-sphären ist



Die Beziehungen zwischen der EU und Russland sind eher angespannt als partnerschaftlich, v. a. wenn es um die GUS und die dortige Einflussnahme geht (v.l.: Herman Van Rompuy, Wladimir Putin und Jose Manuel Barroso).

ein Indiz dafür, dass die Politik des Kremls in der gemeinsamen europäischen Nachbarschaft – entgegen allen gegenteiligen Versicherungen – von veralteten Wahrnehmungen und Stereotypen bestimmt ist. Diese sind teils noch „sowjetisch“ geprägt, teils folgen sie Anschauungen der Realistischen Schule der internationalen Politik. Dazu gehört auch die Vorstellung, dass das Verhält-

nis zwischen Russland und dem Westen seinem Wesen nach ein „Nullsummenspiel“ ist (der Verlust einer Seite ist der Gewinn der anderen).

3. In der Wahrnehmung des Kremls ist der GUS-Raum kein autonomer, unabhängiger, souveräner Teil des internationalen Systems, sondern er befindet sich in der Mitte eines Kontinuums, das von der Innenpolitik Russlands zu seiner

Außenpolitik reicht und auf dem Übergänge fließend sind. Russische Nachbarschaftspolitik kann als Verlängerung oder Projektion der russischen Innenpolitik betrachtet werden.

### Russland torpediert die **NACHBARSCHAFTSPOLITIK** der EU.

4. Die Natur der Wechselbeziehungen zwischen russischer Innenpolitik und der Politik Moskaus bezüglich des europäischen Nachbarschaftsraum wird von Strukturmerkmalen des „Systems Putin“ bestimmt. Dazu gehören

im politischen Bereich

- die Konzentration der Macht innerhalb eines kleinen Führungskreises,
- mangelnde Transparenz von Entscheidungsprozessen,
- ein autoritärer und populistischer Regierungsstil,
- fehlende checks and balances
- und Wahlmanipulationen zugunsten der Machtinhaber der Regierungspartei mit Hilfe „administrativer Ressourcen“;

in der Wirtschaft

- staatliche Kontrolle über ihre sogenannten „strategischen“ Sektoren,
- politische Kontrolle über die sogenannten „Oligarchen“,
- enge Verzahnung von Staatsbeamten, Wirtschaft und organisiertem Verbrechen
- und weit verbreitete Korruption;

im Rechtswesen

- „Rechtsnihilismus wie in keinem anderen Land Europas“ (wie Ex-Präsident Dmitri Medvedev festgestellt hat),
- politische Kontrolle der Judikative (wie der Fall Chodorkowskij eindringlich gezeigt hat) und

im gesellschaftlichen Bereich

- die Errichtung von Barrieren, um autonomen, der Regierung nicht genehmen Kräften und Bewegungen Zugang zu politischen Prozessen (z. B. mittels der Bildung politischer Parteien) zu verweigern,
- Behinderung und Begrenzung der Aktivitäten von Nichtregierungsorganisationen (NGOs),
- ihre Diskreditierung als „ausländische Agenten“, wenn diese Geld für ihre Tätigkeit aus dem Ausland erhalten und
- Einschränkung der Medienfreiheit.

5. Zu folgern ist aus diesen Strukturmerkmalen, dass der Pfad, den Russland unter Putin eingeschlagen hat, den Werten widerspricht, die in allen für die EU-Russland-Beziehungen maßgebenden Grundsatzdokumenten festgelegt worden sind. Das Verhältnis zwischen der EU und Russland in der gemeinsamen Nachbarschaft ist deswegen auch nicht von „strategischer Partnerschaft“, sondern von Konkurrenz gekennzeichnet.

6. Die zuvor beschriebenen Stereotype verbinden sich mit der russischen Interpretation der „Farbrevolutionen“ im europäischen Nachbarschaftsraum. Für den Kreml ist der Sturz der autoritären und korrupten Regime – in Serbien im Herbst 2000, in Georgien 2003 und in der Ukraine 2004 – nicht das Ergebnis spontaner gesellschaftlicher Bewegungen, sondern von außen gesteuerter Destabilisierung. Aus der

Sicht Moskaus müsse verhindert werden, dass sich derartige Bewegungen im europäischen Nachbarschaftsraum wiederholten und womöglich auf Russland überschwappten.

7. Zu den Maßnahmen, die Moskau ergreift, um EU-Integrationsbemühungen im gemeinsamen Nachbarschaftsraum abzuwehren und eine Westorientierung der Länder dieses Raums auszuschließen, gehören eigene Integrationsbemühungen. Das wichtigste Vorhaben ist dabei die Russland, Belarus und Kasachstan umfassende Zollunion, die bis zum Jahre 2015 in eine Eurasische Union münden soll. Im Vergleich zu früheren Integrationsvorhaben ist die Zollunion wegen ihres (bedingt) supranationalen Charakters und eines größeren Gleichklangs von Vereinbarungen und ihrer tatsächlichen Ausführung ein qualitativ neues Projekt. Insofern kann man von „Integrationskonkurrenz“ der EU und Russlands im gemeinsamen europäischen Nachbarschaftsraum sprechen. Die von der EU mit den ÖP-Ländern angestrebten Assoziierungsabkommen plus „tief greifendem und umfassendem Freihandel“ (DCFTA) einerseits und die Zollunion andererseits schließen sich gegenseitig aus.<sup>2</sup>

8. Zu den Instrumenten Moskaus in der Konkurrenz mit der EU gehört seine Außenwirtschafts- und Außenhandelspolitik. Den Ländern zwischen der EU und Russland sollen die negativen Konsequenzen vor Augen geführt werden, die eine enge Westbindung nach sich ziehen würde. Besonders wichtig ist dabei die Preis- und Subventionspolitik bei Öl und Gas. Diejenigen Nachbarn, die sich russischen Ambitionen widersetzen, aber stark oder ausschließlich von russischen Lieferungen abhängig sind, werden mit hohen Gaspreisen

konfrontiert. Zudem bemüht sich Moskau, das Gas-Pipelinennetz im östlichen Europa durch den Aufkauf der nationalen Gaskonzerne unter seine Kontrolle zu bringen.

9. Ein weiteres Instrument, das Moskau anwendet, um eine EU-Orientierung des europäischen Nachbarschaftsraums zu verhindern, ist seine Politik gegenüber den sogenannten „eingefrorenen Konflikten“. Diese betreffen die Moldau mit dem abtrünnigen Gebiet Transnistrien, Georgien mit den separatistischen Republiken Abchasien und Südossetien und den Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan um Berg-Karabach. Der Kreml ist zwar nicht an einer Destabili-

### Für Russland gehört der GUS-Raum nach wie vor zu seinem unmittelbaren **EINFLUSSBEREICH**.

sierung der betroffenen Länder interessiert, aber auch nicht an der Lösung der Konflikte. Er will diese nutzen, um seinen Einfluss auf die Innen- und Außenpolitik der betroffenen Länder zu erhalten oder auszuweiten.

Einige dieser Thesen sollen nun nachfolgend erläutert werden.<sup>3</sup>

### Gemeinsamer Nachbarschaftsraum oder russische Einflussphäre?

Der Anspruch Moskaus auf den GUS-Raum als russische Einflussphäre hat sich seit der Jelzin-Ära nicht wesentlich geändert. Seine Variationen erstrecken sich von Jelzins Erklärung, dass die Poli-

## Moskau setzt gegen die Integrationsbemühungen der EU und die Westorientierung seiner Nachbarn eine EURASISCHE UNION.

tik Russlands gegenüber den anderen GUS-Ländern „Vorrang vor der Politik gegenüber anderen Weltregionen“ habe,<sup>4</sup> über Putins Bedauern, dass der Zusammenbruch der Sowjetunion „eine nationale Tragödie riesigen Ausmaßes“<sup>5</sup> und „die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ gewesen sei,<sup>6</sup> die Feststellung des Übergangspräsidenten Medwedjew nach der russischen Intervention in Georgien, Russland habe im post-sowjetischen Raum „privilegierte Interessen“,<sup>7</sup> bis hin zu Außenminister Sergej Lawrows Aussage, Russland habe Sonderbeziehungen mit den osteuropäischen Ländern „aufgrund von Hunderten von Jahren gemeinsamer Geschichte“ und seiner Kritik an der Östlichen Partnerschaft, diese sei ein „Bemühen der EU, ihre Einflussphäre zu erweitern“<sup>8</sup>.

Die Abkehr vom Euroatlantismus und die Rückkehr zu nationalen „Großmacht“- und eurasischen Integrationsvorstellungen findet sich in der Mittelfristigen Strategie Russlands gegenüber der Europäischen Union, einem Dokument, das Putin in seiner Eigenschaft als Ministerpräsident der EU-Troika auf der EU-Russland Gipfelkonferenz in Helsinki im Oktober 1999 übergab.<sup>9</sup> Mit „mittelfristig“ war zwar ein Zeitraum von zehn Jahren (2000-2010) gemeint. Das Dokument ist jedoch weiterhin von Bedeutung, weil es für die Putin-Ära prinzipiell und programmatisch deutlich macht, worum es dem Kreml in seiner EU-Politik allgemein und speziell im europäischen Nachbarschaftsraum geht.

Das Dokument wird mit einem Paukenschlag eröffnet. Die Strategie Mos-

kaus gegenüber der EU sei darauf gerichtet, „Russlands nationale Interessen zu sichern und seine Rolle sowie sein Image in Europa und der Welt zu stärken“. Zudem solle „Russland, als eine auf zwei Kontinenten angesiedelte Weltmacht frei sein, seine Innen- und Außenpolitik [allein] zu bestimmen und auszuführen, seinen Status und seine Vorteile als euroasiatischer Staat und größtes Land der GUS [zu nutzen] und seine Unabhängigkeit ... in internationalen Organisationen“ zu bewahren. Der Gedanke supranationaler Integration sowie der Integration Russlands in einen gemeinsamen europäischen Wirtschafts- und Rechtsraum wurde somit durch die Betonung nationaler Souveränität klar verworfen. Der Begriff der Integration tauchte zwar auf, wurde aber mit einer ganz anderen als der von der EU gewünschten Zielrichtung versehen. „Russland“, so heißt es, beabsichtige, „die positive Integrationserfahrung der EU mit Blickrichtung auf die Konsolidierung und Weiterentwicklung von Integrationsprozessen in der GUS zu nutzen“.

**Der Kreml operiert weiter auf der Grundlage der „MITTELFRISTIGEN STRATEGIE“.**

Diese Absichtserklärung fügt sich nahtlos in den Anspruch Moskaus auf den post-sowjetischen Raum als russische Einflussphäre. Dies ist nicht nur den wiederholten Hinweisen auf Russland als einem „euroasiatischen Staat“

zu entnehmen, sondern auch der Klarstellung, dass sich sowohl die NATO als auch die EU aus diesem Raum heraushalten sollten. Hinsichtlich der NATO war das durch die „rote Linie“ entlang der Außengrenzen der ehemaligen Sowjetunion angezeigt, welche die westliche Allianz nicht überschreiten dürfe – eine Forderung, die Jelzin quasi offiziell auf dem G-7-Gipfel in Birmingham im Mai 1998 erhoben hatte. Aber auch gegenüber der EU, welcher schwerlich geostrategische Ambitionen unterstellt werden können, gibt es, wenn auch weniger deutlich ausgesprochen, eine „rote Linie“. Die Mittelfristige Strategie verdeutlicht dies mit der Feststellung, dass die EU-Erweiterung „ambivalente Auswirkungen“ auf die EU-Russland Zusammenarbeit habe. Moskau behielt sich „das Recht vor, [seiner] Zustimmung zur Anwendung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens“ auf neue Beitrittsländer in Osteuropa zu verweigern. Zudem würde es sich „jeglichen Anstrengungen, die wirtschaftliche Integration in der GUS zu behindern, widersetzen“. Und es sei gegen jedwede „Sonderbeziehungen“ der EU mit einzelnen GUS-Ländern zum Schaden russischer Interessen“. Aufgrund der Tatsache, dass Moskau darüber entscheiden würde, was den Interessen Russlands schadet und wie diese zu definieren seien, war der Widerstand des Kremls gegen die Östliche Partnerschaft der EU praktisch vorprogrammiert. Die Herstellung von „Sonderbeziehungen“ zu den Ländern Ostmitteleuropas und im südlichen Kaukasus ist ja der Kern der östlichen Dimension der Europäischen Nachbarschaftspolitik.

Das Denken in Einflussphären verbindet sich mit überholten Anschauungen der Realistischen Schule der inter-

nationalen Politik, in der staatliche Souveränität, Machtpotenziale, Ressourcen und Kräftegleichgewichte von Bedeutung sind und geostrategische Nullsummenspiele vorherrschen. Auch die Sowjetideologie teilte derartige Inhalte mit

## NATO und EU sollen sich aus dem POSTSOWJETISCHEN Raum raushalten.

dem Dogma, in der Auseinandersetzung zwischen dem „Imperialismus“ (der Westen) und dem „Weltsozialismus“ (die Sowjetunion und ihre Verbündeten) könne es nur Sieger und Verlierer geben. Putin hat seinen Diplomaten derartige Denkkategorien mit den Worten nahe gelegt, „in den internationalen Beziehungen kann es kein Vakuum geben. ... Würde sich Russland einer aktiven Politik in der GUS enthalten oder dort sogar eine unbegründete Pause einlegen, würde das unweigerlich zu nichts anderem führen, als dass dieser politische Raum von anderen, aktiveren Staaten energisch ausgefüllt würde.“<sup>10</sup>

Integrationsprojekte sind offensichtlich Teil einer aktiven Politik des Kremls, um russischen Einfluss und Kontrolle im GUS-Raum zu erhalten oder zu erweitern.

### **Putins Integrationsprojekt „Eurasische Union“**

Im Oktober 2011 schlug Putin vor, auf Basis der zwischen Russland, Belarus und Kasachstan bestehenden Zollunion und des Einheitlichen Wirtschaftsraums eine „engere Koordinierung der Wirtschafts- und der Währungspolitik“ vorzunehmen und „eine vollwertige Wirtschaftsunion“ zu schaffen.<sup>11</sup> Nicht nur die Freizügigkeit von Gütern, Kapi-



tal und Arbeit solle hergestellt, sondern auch die Wirtschaftspolitik koordiniert werden. Analog zur Europäischen Union soll das Projekt nicht auf rein wirtschaftliche Fragen begrenzt werden. Ziel sei, bis 2015 ein „höheres Niveau der Integration in einer Eurasischen Union“ zu erreichen.<sup>12</sup> Gemeint war, dass die Union auch politische Funktionen haben sollte.

Bereits auf den Gipfelkonferenzen der drei Mitglieder der Zollunion im November und Dezember 2011 wurden Dokumente unterzeichnet, welche die Verwirklichung des Projekts voranbringen sollen. Dazu gehört die Errichtung einer Eurasischen Wirtschaftskommission (EWK). Diese existiert seit Januar 2012 und besteht aus einem Ständigen Rat, dem die stellvertretenden Ministerpräsidenten der drei Länder angehören, und einem Exekutivkomitee (Kollegium), das sich aus Ministern oder ihren Stellvertretern aus den Wirtschaftsministerien der Teilnehmerstaaten rekrutiert. Im Vergleich zu früheren russischen Integrationsvorhaben enthält Putins eurasisches Projekt zwei Neuerungen. Erstens hat das Vorhaben supranationalen Charakter, der sich vor allem in der paritätischen Besetzung der höheren Entscheidungsgremien (Rat und Kollegium) der EWK und der Regelung niederschlägt, dass Entscheidungen im Konsens gefällt werden. Zweitens werden einmal getroffene Vereinbarungen im Wesentlichen tatsächlich ausgeführt.

Das Aushängeschild der Supranationalität kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass Russland die beiden Mitglieder der Zollunion in Bevölkerungszahl und Wirtschaftsleistung bei weitem überragt und der Kreml sich aufgrund seines enormen Übergewichts

**Putins Integrationsprojekt „Eurasische Union“ soll neben wirtschaftlicher auch POLITISCHE Funktion haben.**

mit seinen Vorstellungen in den paritätischen Dreierkommissionen durchsetzen kann. Dies wird durch den Verteilerschlüssel für die über tausend Funktionsträger in der EWK unterstrichen. Diesem zufolge sind 84 % der Posten an Russland vergeben, 10 % an Kasachstan und 6 % an Belarus. Infolgedessen ist auch die Begrifflichkeit der supranationalen Integration mit freiwilliger Abgabe von Souveränität für das Gemeinwohl fehl am Platze. Dem Kreml geht es bei der Eurasischen Union trotz aller gegenteiligen Beteuerungen nicht um marktwirtschaftliche Integration mit fairem Wettbewerb, sondern um politisch gesteuerte Reintegration. Für ihn ist der Gedanke, sich mittels Mehrheitsentscheidungen oder Vetorechten in supranationalen Gremien in seiner Entscheidungsfreiheit einschränken zu lassen, schlicht absurd.

Dass nicht wirtschaftliche Integration, sondern politische Kontrolle und die Institutionalisierung einer Einflusszone die eigentlichen Ziele der Eurasischen Union sind, ist auch daran erkennbar, dass Putin möglichst schnell Kirgistan und Tadschikistan in die Zollunion und den Einheitlichen Wirtschaftsraum einbeziehen will. Aber auch wenn er die beiden zentralasiatischen Länder als nächste potenzielle Teilnehmer seines Projekts erwähnt, ist doch das wichtig-

te Land, um das es bei der Konkurrenz geht, die Ukraine. Ohne dieses Land wäre die Union ein nach Asien verschobenes Gebilde mit Belarus als europäischem Anhängsel. Es gibt aber noch andere Faktoren, welche die zentrale Bedeutung der Ukraine im russischen Kalkül bestimmen und die dazu geführt haben, dass die Ukraine am 21. November 2013 die folgenschwere Entscheidung traf, das paraphierte Assoziierungsabkommen mit der EU auf dem Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft in Vilnius Ende desselben Monats nicht zu unterzeichnen.

#### Die Knute des Kremls für Kiew

Die Bedeutung der Ukraine aus Moskauer Sicht besteht in ihrer strategisch wichtigen Lage zwischen Russland und mehreren Mitgliedsländern der EU und als Anrainer des Schwarzen Meers mit Seewegen zum Kaukasus und zur Türkei, ihren großen Bodenschätzen und (wenn auch veralteten) Industrieanlagen, einschließlich der Rüstungsindustrie, der Präsenz der russischen Schwarzmeerflotte auf der Krim, der starken russischen Minderheit im Ostteil und Süden der Ukraine, den kulturellen Gemeinsamkeiten mit Russisch als Lingua franca nahezu im gesamten Land und ihrer Rolle als Transitland für russisches Erdgas nach Europa. Zudem kommt der Ukraine eine besondere Bedeutung in der EU-Russland-Integrationskonkurrenz zu. Ein Abweichen des Landes vom autoritären, korrupten „Modell“ Russland – von den Strukturmerkmalen des „Systems Putin“ – hätte erhebliche Auswirkungen auf die russische Innenpolitik. Russische Reformresistenz und illiberale, undemokratische und anti-westliche Rhetorik würden noch stärker in Frage gestellt.

Diese Faktoren erklären den scharfen Druck, den der Kreml auf Kiew ausgeübt hat, damit es das Assoziierungsabkommen mit der EU nicht unterzeichnet. Dabei ist eine wichtige Änderung der Rhetorik bemerkenswert. In seiner Projektinitiative vom Oktober 2011 hatte Putin noch davon gesprochen, Eurasische wie Europäische Union würden sich auf „gemeinsame Werte von Freiheit, Demokratie und Marktgesetzen“ gründen. Ein „ökonomisch logisches und balanciertes System der Partnerschaft“ und eine „harmonische Gemeinschaft von Wirtschaften von Lissabon bis Wladiwostok“ würden entstehen. Offensichtlich mit Blick auf die Ukraine beklagte er, dass „einige unserer Nachbarn ihre mangelnde Bereitschaft, an geplanten Integrationsprojekten im postsowjetischen Raum teilzunehmen, damit begründen, dass diese angeblich ihrer europäischen Wahl widersprechen“. Diese Sicht der Dinge sei „verlogen“.<sup>13</sup> Beitritt zu einem Assoziierungs-

**Moskau braucht unbedingt die UKRAINE als Mitglied seiner „Eurasischen Union“.**

abkommen mit der EU und Teilnehmerschaft an der Zollunion schlossen sich nicht aus. Aber Monate zuvor hatte Medwedjew in seiner damaligen Funktion als Präsident schon lapidar festgestellt: „Wenn die Ukraine den Weg der europäischen Integration geht, wird es für das Land schwieriger, sich in

Der ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch hält sein Land – wohl auf Druck des Kreml – wirtschaftlich nun doch noch nicht reif genug für die EU und lehnte daher Ende November 2013 einen unterschriftsreifen Assoziierungspakt ab, was in der Folge zu Unruhen in Kiew führte.

den Gemeinsamen Wirtschaftsraum und die Zollunion zu integrieren. Man kann nicht gleichzeitig auf zwei Stühlen sitzen.“<sup>14</sup>

Teil des vom Kreml ausgeübten Drucks war die Drohung mit Gegenmaßnahmen. Dies hat Putins Berater in Fragen der eurasischen Wirtschaftsintegration mit konkreten Zahlen verdeutlicht. Die „unausweichliche“ Konsequenz der Assoziierung mit der EU wäre nichts Geringeres als der Staatsbankrott der Ukraine, warnte er im September 2013. Wenn Kiew infolge der Assoziierung mit Europa 70 % der Zölle für europäische Güter aufheben müsse, werde eine Schwemme westlicher Einfuhren die ukrainische Handelsbilanz in kürzester Frist mit mehreren Milliarden Euro belasten. Die Importe würden nach Russland überschwappen und dieses Land „müsse“ zum Schutz gegen die europäische Flut Zölle einführen, was wiederum dazu führen würde, dass die Exporte der Ukraine dorthin zusammenbrechen würden. Alles in allem werde die Assoziierung sofort zu einem Handelsbilanzdefizit von 7,5 Milliarden bis 11 Milliarden Euro führen. Die nächste Stufe des Bankrottszenarios träte mit den ukrainischen Schulden bei russischen Banken ein, die er mit 11 Milliarden Euro bezifferte. 80 % davon würden in den nächsten zwei Jahren fällig, und da es aus russischer Sicht wegen der geringen Kreditwürdigkeit der Ukraine es „sehr gefährlich“ wäre, die Kredite zu verlängern, sei „der Bankrott unvermeidlich“.<sup>15</sup>

Dass es sich bei den Drohungen mit Gegenmaßnahmen nicht um leeres Geschwätz handelt, hatte Moskau schon im Sommer desselben Jahres unterstrichen. Nachdem Moskau im Juli und den ersten Augustwochen 2013 chirurgisch

Importrestriktionen etwa gegen Stahlröhren, Schokolade und Käse wegen angeblicher „Qualitätsmängel“ angewandt hatte, schlug es am 14. August mit dem Vorschlaghammer zu und verfügte, dass sämtliche ukrainischen Importe vom russischen Zoll als „Risikogüter“ zu behandeln seien. Der Importstopp führte dazu, dass sich Züge und Lastwagen an den Grenzen stauten und landwirtschaftliche Produkte verderben. Exporteure mussten empfindliche Einbußen hinnehmen. Offiziell legte der Kreml zwar den Vorschlaghammer am 20. August wieder in seine Werkzeugkiste, Schikanen bei der Grenzabfertigung blieben aber bestehen. Der ukrainische Premier Mykola Asarow kommentierte beruhigend, von einem Handelskrieg könne man nicht sprechen. Es gäbe le-

### **Im Sommer 2013 begann Moskau gegen die EU-Annäherung Kiews einen „GAS- UND HANDELSKRIEG“.**

diglich „Milliardeneinbußen“ wegen potenzieller Handelsschranken bei den Ausfuhren.<sup>16</sup> Aber auch die Einfuhren sind betroffen, denn Moskau hat einen neuen „Gaskrieg“ gegen die Ukraine vom Zaun gebrochen. Während der Erdgaspreis auf dem europäischen Spotmarkt bei rund 340 USD pro tausend Kubikmeter liegt, berechnet Gazprom der Ukraine einen Preis von über 500 USD. Im Jahre 2012 waren es 526 USD pro tausend Kubikmeter. Zahlen musste Kiew allerdings „nur“ 426 USD, weil es einen Rabatt von 100 USD pro tausend Kubikmeter erhält, den es als Gegenleistung für die Verlängerung der Stationierungsdauer der russischen Flotte im ukrainischen Sewastopol durch die Verträ-



ge von Charkow im April 2010 zugestanden bekommen hat.

Kiew hat versucht, sich gegen die hohen Gaspreise zu wehren. Ein Mittel dazu ist die Verringerung des Gasimports aus Russland. So hat die Ukraine im Jahr 2012 das Volumen der Lieferungen um 27 % im Vergleich zu 2011 reduziert und will es im laufenden Jahr auf 27 bis 20 Milliarden Kubikmeter weiter kürzen. Allerdings beharrt Moskau auf vertraglich vereinbarten Abnahmemengen von 42 Milliarden Kubikmeter. In den Verhandlungen in Charkow hatte die Ukraine es versäumt, die „take-or-pay“-Klausel in den Verträgen mit Gazprom abzuschaffen, der zufolge es auch für nicht bezogenes Erdgas zahlen muss. Die Folge ist, dass Moskau 7 Mrd. USD von Kiew fordert.

### Moskaus **ERPRESSUNG** hat Kiew zur Absage an die EU bewegt.

Ein zweites Mittel der Gegenwehr ist das Bemühen, die Bezugsquellen für Erdgas zu diversifizieren – laut dem stellvertretenden Ministerpräsident der Ukraine Jurij Bojko eine der strategischen Herausforderungen, vor denen die Regierung der Ukraine stehe.<sup>17</sup> So fließt seit Anfang November 2012 (russisches) Gas des deutschen Energiekonzerns RWE über polnisches und ungarisches Gebiet in das ukrainische Transportsystem. Dieses ist zudem billiger als das von Gazprom direkt an die Ukraine gelieferte Erdgas. Insgesamt 7 Milliar-

den Kubikmeter Gas will die Ukraine aus Deutschland beziehen, aber auch weitere Mengen aus Polen, Ungarn und Rumänien.

Ein weiteres Druckmittel Moskaus im „Gaskrieg“ mit der Ukraine ist die Diversifizierung der Durchleitungsströme nach Europa. Derzeit fließen rund 80 % des für die Abnehmer in der EU bestimmten Erdgases durch die Ukraine. Wenn die volle Kapazität der beiden Trassen der Ostseepipeline Nord Stream mit 55 Milliarden Kubikmetern 2015 erreicht wird, wäre die Gefahr einer merklichen Reduzierung des ukrainischen Gastransitvolumens gegeben. Die Hauptgefahr für einen Transit über die Ukraine stellt allerdings South Stream dar. Dieses Projekt würde 63 Milliarden Kubikmeter Erdgas aus dem ukrainischen Transit ersetzen. Dem Land würde ein Verlust von mehr als 50 % des Transitvolumens und dadurch eine drastische Reduzierung des Einkommens aus den Transitgebühren drohen.<sup>18</sup>

### Fazit

Die folgenschwere Entscheidung der Ukraine, das Assoziierungsabkommen mit der EU nicht zu unterzeichnen, hat mehrere Gründe. Ein erster findet sich in der ukrainischen Innenpolitik. Präsident Viktor Janukowitsch, seine Familienmitglieder und die korrupte Clique, die seit den Präsidentschaftswahlen 2010 Schritt für Schritt die wichtigsten Positionen in Politik, Wirtschaft und Finanzen mit ihren Anhängern besetzt hat, sind an Machterhalt interessiert. Dieser würde durch weitreichende demokratische Reformen bis hin zur Beseitigung der politischen Justiz und der Freilassung Julia Timoschenkos gefährdet.

Der zweite Grund ist Russlands Erpressung mittels teils bereits ergriffener,

teils angedrohter wirtschafts-, handels- und finanzpolitischer Maßnahmen. Dies kommt in der Begründung der ukrainischen Regierung für die Absage an das EU-Assoziierungsabkommen zum Ausdruck. Die Entscheidung sei im In-

### Die russische Politik gegenüber der EU wird sich in absehbarer Zeit **NICHT** ändern.

teresse der „nationalen Sicherheit“ getroffen worden und um erlittene „Einbußen bei der Produktion und in den Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit Russland und anderen GUS-Mitgliedsländern wieder wett zu machen“.<sup>19</sup>

Ein dritter Grund ist die mangelnde Bereitschaft der EU, sich konsequent der Konkurrenz mit Russland im europäischen Nachbarschaftsraum zu stellen und durch weitreichende Kompensationsangebote den wirtschaftspolitischen Druck Russlands zu unterlaufen. Kiew hat der EU vorgeschlagen, einen Sonderfonds für Länder zu schaffen, damit diese dem Druck nicht schutzlos ausgeliefert wären. Diesem Vorschlag ist die EU nicht gefolgt. Desgleichen hat die Ukraine die EU um Fürsprache beim Internationalen Währungsfonds (IWF) gebeten, damit eine schon zugesagte, aber 2011 eingefrorene Kreditlinie über 15 Milliarden Dollar freigegeben wird.<sup>20</sup> Wenn es auch in der Logik der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens gelegen hätte, dass der IMF dann die Kredite ausgezahlt hätte, ist doch kein entsprechendes Paket geknüpft worden.

Welche Entwicklungen sind in vorausehbarer Zukunft zu erwarten? Die Wahrscheinlichkeit, dass sich die Politik Russlands im gemeinsamen Nach-

barschaftsraum in absehbarer Zukunft ändern und der Kreml von Vorstellungen des Nullsummenspiels zu einem Win-Win-Ansatz in seinen Beziehungen zur EU übergehen könnte, ist gering. Das ergibt sich daraus, dass Putin – gewissermaßen als Programm für seine dritte Amtszeit – diesen Raum zu einem vorrangigen Feld russischer Aktivität erklärt hat. In der Innenpolitik hat er die Weichen auf eine Fortsetzung des autoritären Kurses gestellt. Da die Innenpolitik eng mit der Politik Moskaus in der GUS verbunden ist, werden sowohl Werte als auch Interessen der EU und Russlands in der gemeinsamen Nachbarschaft weiterhin von Konkurrenz geprägt sein. ///



/// **PROF. DR. HANNES ADOMEIT**  
ist Professor für Osteuropastudien am College of Europe, Natolin (Warschau) Campus, 2006-2013. Davor war er Leiter der Russland- und GUS-Forschungsabteilung der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin.

### Anmerkungen

<sup>1</sup> Der nachfolgende Beitrag ist eine erweiterte und auf den neuesten Stand gebrachte Fassung des Vortrags, den der Autor auf der Expertentagung der Hanns-Seidel-Stiftung „Russland und der Westen – Partner oder Konkurrenten?“ in Wildbad Kreuth am 8.11.2013 gehalten hat.

<sup>2</sup> DCFTA = Deep and Comprehensive Free Trade Area.

<sup>3</sup> Für eine ausführliche Erläuterung und Beweisführung mit umfassenden Quellenangaben siehe Adomeit, Hannes: Partner oder Störfaktor? Russlands Rolle in der europäischen Nachbarschaft,



in: Grenzen der Integration – Europas strategische Ansätze für die Nachbarregionen, hrsg. von Eckart D. Stratenschulte, Baden-Baden 2013, S. 121-51.

<sup>4</sup> Jelzin in einer Rede vor Beamten des Außenministeriums, zit. bei Interfax (Russ.), 28.10.1992.

<sup>5</sup> Putin in einer Rede am 12.2.2004 im Rahmen seiner Kampagne für die Präsidentschaftswahlen vom März 2004, Putin žaleet o razpade SSSR, in: BBC.co.uk, 12.2.2004, [http://news.bbc.co.uk/1/hi/russian/russia/newsid\\_3484000/3484057.stm](http://news.bbc.co.uk/1/hi/russian/russia/newsid_3484000/3484057.stm), Stand: 22.11.2013.

<sup>6</sup> Putin am 25.4.2005 in seiner jährlichen Rede zur Lage der Nation vor der Föderalen Versammlung: Poslanie Federal'nomu Sobraniju Rossijskoj Federatsii, in: Archive.kremlin.ru, [http://archive.kremlin.ru/appears/2005/04/25/1223\\_type63372type63374type82634\\_87049.shtml](http://archive.kremlin.ru/appears/2005/04/25/1223_type63372type63374type82634_87049.shtml), Stand: 23.11.2013.

<sup>7</sup> Medwedjew in einem Interview, das von den Fernsehkanälen Perwyj kanal, Rossija und NTV am 31.8.2008 ausgestrahlt wurde, in: Un.int, 31.8.2008, <http://www.un.int/russia/new/MainRoot/docs/warfare/statement310808en.htm>, Stand: 23.11.2013.

<sup>8</sup> Lawrow am 21.3.2009: EU Expanding its „Sphere of Influence“, Russia Says, in: Euobserver.com, 21.3.2009, <http://euobserver.com/9/27827>, Stand: 23.11.2013.

<sup>9</sup> Strategija razvitija otnošeniј Rossijskoj Federatsii s Evropejskim Sojuzom na srednesročnuju perspektivu (2000-2010 gg.), <http://www.ieras.ru/journal/journal1.2000/9.htm>, Stand: 20.11.2013.

<sup>10</sup> Putin auf der jährlichen Botschafterkonferenz am 12.7.2004 in Moskau, <http://en.ria.ru/onlinenews/20040712/39764853.html?pid=>, Stand: 20.11.2013.

<sup>11</sup> Putin, Vladimir: Novyj integracionnyj proekt dlja Evrazii, kotoryj roždaetsja segodnja, in: Izvestia.ru, 3.10.2011, <http://izvestia.ru/news/502761>, Stand: 20.11.2013.

<sup>12</sup> Ebd.

<sup>13</sup> Ebd.

<sup>14</sup> Auf einer Pressekonferenz in Skolkowo: Ukrainian Integration with Europe Could Hamper Ties with Customs Union – Medvedev, in: RIA Novosti, 18.5.2011, <http://en.rian.ru/world/20110518/164092502.html>, Stand: 22.11.2013.

<sup>15</sup> Glaz'jew, Sergej: ZST s Evrosojuzom uchudšit torgovij balans Ukrainy, in: Lb.ua, 21.9.2013, [http://lb.ua/news/2013/09/21/228254\\_putina\\_prodolzhayut\\_pugat\\_ukrainu.html](http://lb.ua/news/2013/09/21/228254_putina_prodolzhayut_pugat_ukrainu.html), Stand: 23.11.2013; Schuller, Konrad: Russland droht der Ukraine, und die droht Russland – und sucht Rückhalt bei der EU, in: FAZ, 1.10.2013, S. 10.

<sup>16</sup> Sommerbauer, Jutta: Putins „Handelskrieg“ gegen Kiew, in: DiePresse.com, 21.8.2013, <http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/1443440/Putins-Handelskrieg-gegen-Kiew>, Stand: 22.11.2013.

<sup>17</sup> Ukraine importiert Rekordmenge an Gas aus der EU, in: Presseportal.de, 16.5.2013, <http://www.presseportal.de/pm/81767/2473833/ukraine-importiert-rekordmenge-an-gas-aus-der-eu>, Stand: 20.11.2013.

<sup>18</sup> Die Berechnungen laut Saprykin, Vladimir: „Severnyj potok“, „Yuzhnyj potok“ i drugije podvigi „Gazproma“, in: Zn.ua, 16.11.2011, [http://zn.ua/ECONOMICS/severnyj\\_potok,\\_yuzhnyj\\_potok](http://zn.ua/ECONOMICS/severnyj_potok,_yuzhnyj_potok)

[\\_i\\_drugie\\_podvigi\\_gazproma-93952.html](http://zn.ua/ECONOMICS/severnyj_potok,_yuzhnyj_potok), Stand: 20.11.2013.

<sup>19</sup> Pravitel'stvo rešilo priostanovit' podgotovku k podpisaniju soglašenija ob asociacii – oficial'no, in: Ukrinform, 21.11.2013, [http://www.ukrinform.ua/rus/news/pravitelstvo\\_reshilo\\_priostanovit\\_podgotovku\\_k\\_podpisaniju\\_soglasheniya\\_ob\\_assotsiatsii\\_1579256](http://www.ukrinform.ua/rus/news/pravitelstvo_reshilo_priostanovit_podgotovku_k_podpisaniju_soglasheniya_ob_assotsiatsii_1579256), Stand: 20.11.2013. Aus der Regierungserklärung geht allerdings nicht hervor, dass auch andere Gründe als russische Wirtschaftssanktionen für die Produktionsrückgänge verantwortlich sind.

<sup>20</sup> Schuller, Konrad: Kiew stoppt Vorbereitung für EU-Abkommen, in: FAZ, 21.11.2013, S. 1-2.

### /// Russland und die NATO

## POLITISCHE BEZIEHUNGEN OHNE SUBSTANZ REICHEN NICHT MEHR\*

**HEIDI REISINGER** /// In den NATO-Russland Beziehungen herrschen heute Ernüchterung und Ratlosigkeit. Beide Seiten haben sich in vielen sicherheitspolitischen Fragen nicht aufeinander zu, sondern voneinander weg bewegt. Auch die NATO-Staaten untereinander haben Schwierigkeiten, sich auf einen einheitlichen und gemeinsamen Kurs gegenüber dem strategischen Partner Russland zu einigen. Die Beziehungen zu Russland sind ein Beispiel dafür, dass hohe (politische) Erwartungen nicht automatisch eine substanzielle (militärische) Zusammenarbeit hervorbringen.

### Hohe Erwartungen

Seit mehr als 20 Jahren gilt Russland als wichtiger, vielleicht wichtigster politischer Partner der NATO. Gerade in den 90er-Jahren des letzten Jahrhunderts waren die Erwartungen in die Ausgestaltung dieser Partnerschaft enorm hoch. Dabei wurde sogar über eine mögliche NATO-Mitgliedschaft Russlands ernsthaft diskutiert. In Moskau wird diese Phase heute eher als „romantische Phase“ der Beziehungen zur NATO und „zum Westen“ insgesamt gesehen. Inzwischen ist längst Ernüchterung eingetreten. Der NATO-Russland-Rat stand nicht zur Verfügung, als er am nötigsten gebraucht worden wäre (zuletzt beispielsweise während des russisch-georgischen Krieges). Der politische Dialog wirkt ritualisiert und sub-

stanzarm. Auch die militärische Zusammenarbeit kommt kaum über eine Handvoll vorzeigbarer Projekte hinaus. Diskussionen über die Entwicklung einer gemeinsamen Raketenabwehr, ein früheres Vorzeigeprojekt, das den Durchbruch zu besseren Beziehungen und letztendlich auch die vollständige Überwindung des Kalten Krieges markieren sollte, sind festgefahren. Das Projekt droht vom „Game-Changer“ zum „Show-Stopper“ zu mutieren.

Beide Seiten sind verantwortlich für den derzeitigen Stand der Beziehungen. Innerhalb der NATO gehen die Meinungen, wie man mit Russland umgehen soll, zum Teil weit auseinander. Das Spektrum reicht von denjenigen, die den Kontakt auf ein Minimum beschränken wollen, bis zu denjenigen,



Quelle: 2013 AFP/Getty Images

Der russische Außenminister Sergei Lavrov, hier bei einem NATO-Treffen im April 2013 in Brüssel, betonte, dass der Kreml an einer Zusammenarbeit im Russland-NATO-Rat weiter interessiert sei.

die eine russische Sonderrolle und gar einen „Russia-first“-Ansatz immer wieder auf die Tagesordnung bringen. Diese unterschiedlichen Positionen, die sich aus unterschiedlichen Erfahrungen und Interessen ergeben, machen in Brüssel eine einheitliche Russlandpolitik mit sichtbaren, aber auch substanziellen Ergebnissen schwierig bis unmöglich.

Besonders bei den Gipfeltreffen der Allianz, die als Katalysatoren für Entwicklungen dienen und Druck für Entscheidungen aufbauen, lag es daher

nahe, dass man sich auf eher kosmetische Maßnahmen und ein permanentes, oberflächliches Hofieren der russischen Gesprächspartner konzentrierte. Dieses diplomatische Vorgehen war auch Moskau nicht immer unrecht, da für eine allzu enge und substanzielle Zusammenarbeit mit der NATO entweder die militärischen Möglichkeiten oder der politische Wille fehlten.

Dennoch ist es den bürokratischen institutionalisierten Abläufen innerhalb der NATO zu verdanken, dass die militärische Zusammenarbeit trotz zum Teil

enormer politischer Turbulenzen nie gestoppt wurde. Die sieben Bereiche der Kooperation, Logistik, Terrorismus- und Piraterie-Bekämpfung, SAR-Einsatz (Search and Rescue), Strategischer Dialog und Raketenabwehr haben sich konstant gehalten und wurden, wenn es politisch schwierig wurde, vielleicht sogar zum Taktgeber und Anknüpfungspunkt. Nach dem Motto „Mehr ist im Moment einfach nicht drin“, könnten beide Seiten mit dem Status quo eigentlich zufrieden sein. Es ist zumindest gelungen, eine militärische Zusammenarbeit zu etablieren, die nicht nur eine gewisse Unabhängigkeit von der politischen Konjunktur erlangt hat und stabil läuft – aber eben begrenzt und auf einem niedrigen Niveau. Die Aufrechterhaltung dieser „nüchternen Phase“ in den Beziehungen könnte zumindest ein Ausgangspunkt für zukünftige Entwicklungen sein.

#### Kein Weiter so

Aus zwei Gründen jedoch sind Zweifel angebracht: Zum einen kühlten sich die Beziehungen zu Russland in praktisch allen wichtigen NATO-Hauptstädten in den letzten Jahren noch weiter merklich ab. Das Verhältnis zwischen Washington und Moskau kann dabei als Beispiel dienen. Der vielversprechende Ansatz der früheren US-Außenministerin Hillary Clinton, einen „Reset“, also einen Neustart zu versuchen, wurde von Moskau missverstanden und führte nicht zum Erfolg. Die amerikanisch-russischen Beziehungen befinden sich heute an einem Tiefpunkt und werden mit „einem Fehler im Betriebssystem“ treffend beschrieben<sup>1</sup>.

Wenn wichtige NATO-Staaten ihre Beziehungen zu Russland überdenken und deutlich kritischer werden, verwundert es nicht, dass der Konsens inner-

halb der Allianz lediglich in der Feststellung zu bestehen scheint, dass man die Arbeit mit Russland fortsetzen müsse. Mit anderen Worten: Es ist zwar klar, dass man mit Russland zusammenarbeiten wolle, aber auf das Wie kann man sich nur schwer einigen. Von dieser begrenzten Grundlage ausgehend, sind keine großen Zugeständnisse an den strategischen Partner Russland zu erwarten.

Der zweite Grund liegt in der tiefgreifend veränderten Partnerschaftspolitik der NATO. In den Anfangsjahren hatte die NATO einen dezidiert politischen Ansatz, um mit Partnern zusammenzuarbeiten. Wenn Partner beispielsweise das Rahmendokument zur Teilnahme am Partnerschaftsprogramm Partnerschaft für den Frieden (PfP) unterschrieben, dann gingen sie – zumindest auf dem Papier – bestimmte Verpflichtungen ein. Die Partnerschaft mit der NATO war damit auch ein Bekenntnis zu politischen Werten und Normen. Die NATO sah damals in ihren Partnerschaften in erster Linie ein politisches Instrument, um den Ost-West-Konflikt zu überwinden und strebte eine militärische Kooperation mit Staaten an, die ihr politisch relevant erschienen.

#### Die **BEZIEHUNGEN** zwischen der NATO und Russland sind derzeit eher kühl.

In diesen Zeiten war eine begrenzte militärische Zusammenarbeit kein Hindernis dafür, ein bedeutender „strategischer Partner“ der Allianz zu sein. Es ging um die politische Relevanz und über die konnte und kann man bekanntermaßen trefflich streiten. Dieser politische Ansatz gehört längst der Vergan-

genheit an. Stattdessen stehen heute gemeinsame militärische Operationen im Mittelpunkt der Zusammenarbeit der NATO mit ihren Partnern. Was bedeutet das für Russland oder die NATO-Russland-Zusammenarbeit? Für einen „rein politischen“ Partner wie Russland wird es langsam eng. Er muss sich mit denjenigen Partnern vergleichen lassen, die sich an NATO-Missionen beteiligen und deren Soldaten gemeinsam mit den Soldaten der Allianz ihr Leben riskieren

Hat Russland Interesse an einer tieferen operationellen Zusammenarbeit mit der NATO? Es hat seit 2003, also seit einer gefühlten Ewigkeit, an kaum einer NATO-geführten Mission mehr direkt teilgenommen. Und das kommt nicht von ungefähr: Zum einen kann Moskau nicht auf allzu viele interoperable (NATO-kompatible) Einheiten zurückgreifen und zum anderen steht es politisch nicht immer hinter den NATO-Missionen. Afghanistan ist dafür ein gutes Beispiel. Die russische Führung hat zwar kein Interesse daran, dass die NATO scheitert, aber sie hält auch nicht allzu viel vom Vorgehen der

### Die NATO-Partnerschaftspolitik hat sich **VERÄNDERT**.

NATO-Staaten. Also unterstützt Russland die NATO bei den Versorgungslinien und beteiligt sich an einzelnen Projekten (Hubschrauberwartung und Ausbildung von Grenzschutzpersonal). Ein substanzieller russischer Beitrag ist aber nicht zu erwarten und wäre vermutlich auch von der afghanischen Führung nicht gewünscht.

Diese Ratlosigkeit im Umgang miteinander wurde auch bei der Sitzung des

### Die NATO hat operationell **WICHTIGERE Partner als Russland**.

NATO-Russland-Rates im Oktober 2013 deutlich. Die Sitzung auf Ebene der Verteidigungsminister war nicht nur die erste seit zwei Jahren, es war auch der erste Auftritt von Sergej Schoju bei der NATO. Der langjährige russische Zivilschützer brachte nun als Verteidigungsminister, wie erwartet, Themen auf die Agenda, die bei der NATO „Emerging Security Challenges“ heißen: Katastrophenhilfe, Energiesicherheit, Klimawandel etc. Dies könnte zwar ein konstruktiver Ansatz sein, wird aber die Lücke, die sich zwischen politischer und operationeller Partnerschaft mit der NATO auftut, nicht schließen können.

#### **Mehr Realismus**

Trotz aller Defizite können drei Themen identifiziert werden, die künftig eine Rolle in den NATO-Russland-Beziehungen spielen werden.

1. Die Terrorismusbekämpfung scheint sich als langfristiges Thema zu etablieren. Für Moskau ist das ein zentrales innen- und außenpolitisches Thema. Projekte wie z. B. die Bekämpfung der Piraterie laufen bereits. Russische Schiffe stehen in Kontakt mit NATO-Einsätzen am Horn von Afrika und z. T. auch im Mittelmeer. Beim „Standex“-Projekt stehen Entwicklung und Anwendung von Technologien im Mittelpunkt, um Explosionen, also Anschläge im öffentlichen Nahverkehr, zu verhindern. Und bei der „Cooperative Airspace Initiati-

ve“ (CAI) geht es um die gemeinsame Sicherung des Luftraums, um einen Anschlag wie am 9. September 2011 zu verhindern.

Der Zusammenarbeit im Bereich der Terrorismusbekämpfung sind allerdings durch die unterschiedlichen Vorstellungen über Ursachen und Erscheinungsformen des Terrorismus und v. a. über die geeigneten und angemessenen Mittel zu dessen Bekämpfung Grenzen gesetzt.

2. Mittelfristig wird das Thema Afghanistan auf der NATO-Russland-Agenda zu finden sein, da beide Partner dort stark engagiert sind und wichtige Interessen verfolgen. Aber auch hier ist die Zusammenarbeit aufgrund „afghanischer Sensibilitäten“ gegenüber einem russischen Engagement, v. a. bei Militär und Polizei, begrenzt.

3. Die Raketenabwehr wird die gemeinsame Agenda nur noch kurzfristig mitbestimmen. Lange Jahre wurde ein gemeinsames Raketenabwehrprojekt als möglicher Durchbruch in den Beziehungen angesehen. Mittlerweile herrscht mehr Realismus vor und beide Seiten sind geneigt, dieses Thema in den Hintergrund treten zu lassen, damit dessen Stagnation keinen weiteren Schaden in den Beziehungen anrichtet. Ein derart politisch wie auch militärisch ambitioniertes Projekt könnte am Schluss einer sehr positiven Entwicklung stehen und nicht an dessen Anfang.

Die Zusammenarbeit zwischen der NATO und Russland wird trotz aller Unterschiede und Defizite weiter gehen. Beide Seiten müssen Toleranz und Realitätssinn beweisen, um Fortschritte zu erzielen. Die NATO sollte sich darauf einstellen, dass Russland auch in Zukunft als eigenständiges Machtzentrum agiert, und keine Integration oder enge

Anbindung in Euroatlantische Strukturen anstrebt. Aber auch Moskau muss sich damit abfinden, dass Russland bei Entscheidungen der Allianz außen vor bleiben wird und mittelfristig hinter engeren operationellen Partnern zurück-

### Die Zusammenarbeit von NATO und Russland wird **BESTEHEN BLEIBEN**, aber auf niedrigerem Niveau.

stehen muss. Die Allianz wird Moskau dort einbeziehen, „wo es geht“. Bei anderen Themen wie der Raketenabwehr oder der NATO-Erweiterung wird sie nicht zu viel Rücksicht auf russische Befindlichkeiten nehmen. ///



/// **HEIDI REISINGER**

**ist Dozentin und Russland-Expertin am NATO Defense College in Rom.**

#### **Anmerkungen**

\* Der Text beruht auf einem Vortrag auf einer Konferenz der Hanns-Seidel-Stiftung am 7. November 2013 und gibt die persönliche Meinung der Autorin wieder.

<sup>1</sup> Siehe Adomeit, Hannes: Fehler im Betriebssystem. Die russisch-amerikanischen Beziehungen, Osteuropa 9/2013, S. 57-78.



/// Partner oder Konkurrenten?

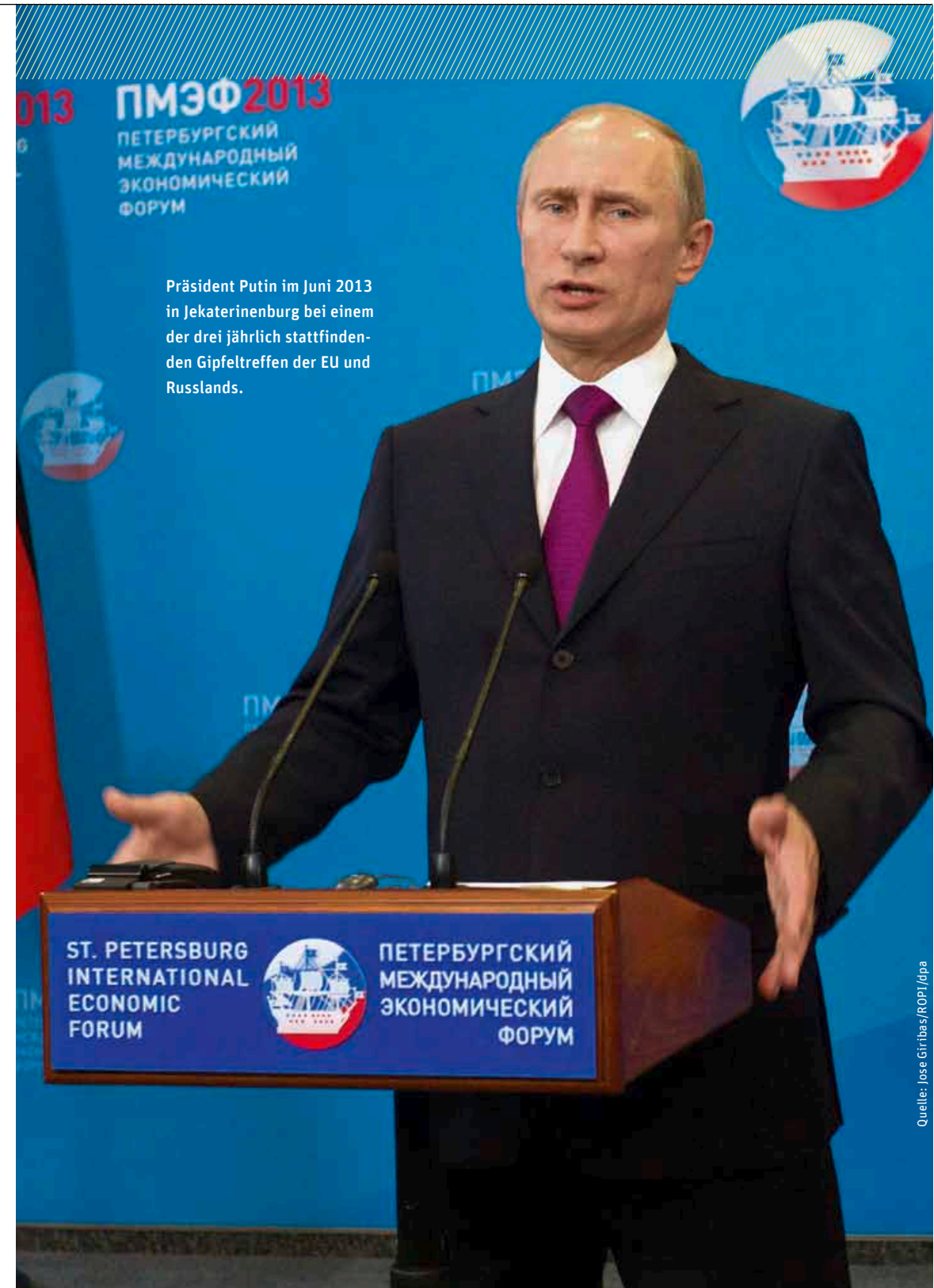
## RUSSLAND UND DER WESTEN

**VLADISLAV BELOV** /// Die letzten 25 Jahre haben die Welt grundsätzlich verändert, v. a. in Europa. Der Kalte Krieg ist vorbei und die Welt multipolar geworden. Eine wichtige Rolle dabei spielen die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen, die aus Sicht vieler westlicher Experten derzeit sehr angespannt sind. Die westliche Position kennt man, aber man sollte auch die russischen Positionen, Interessen und Erwartungen an den Westen verstehen.

Seit Juni 1988, als der Rat für gegenseitige Hilfe (RGW) und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) die Gemeinsame Erklärung über die Aufnahme offizieller Beziehungen verabschiedet haben, und seit Dezember 1989, als die UdSSR ein entsprechendes Abkommen mit der EWG unterschrieben hat, ist eine Epoche vergangen. Es gibt mittlerweile weder die RGW noch die Sowjetunion mehr, Deutschland ist wiedervereinigt, die EWG wurde zur Europäischen Union mit nunmehr 28 Mitgliedern und der Kalte Krieg ist vorbei. In einer Welt, die nicht mehr bipolar, sondern multipolar ist, spielt Soft Power eine immer größere Rolle. Der Westen, unter dem Russland hauptsächlich die NATO, die EU und die USA versteht, wird als einer der politischen und wirtschaftlichen Hauptpartner betrachtet. Das ist auch im neuen außenpolitischen Konzept der Russischen Föderation (RF) verankert, das vom russischen Präsidenten am 12. Februar 2013 unterschrieben wurde.<sup>1</sup>

### Die westliche Ausrichtung der russischen Außenpolitik

Die russische Außenpolitik betrifft in erster Linie die EU und ihre Mitglieder und das kommt nicht von ungefähr. Seit 1997 besteht ein Abkommen über Partnerschaft und Kooperation, was sich seit 2008 automatisch verlängert. Es regelt alle Ebenen der Beziehungen. Seit Mai 2008 finden Sitzungen des Kooperationsrates EU-RF, die sogenannten Gipfeltreffen, statt, im Frühjahr und im Sommer jeweils in einer russischen Stadt und im Herbst in dem Land, das gerade den EU-Vorsitz inne hat. Diese Treffen gibt es nur zwischen der EU und der RF. 2005 wurden bezüglich des gemeinsamen wirtschaftlichen Raumes, des Raumes für innere und äußere Sicherheit sowie den für Wissenschaft und Bildung Road Maps abgestimmt. 2010 starteten beide Seiten basierend auf den Ideen Franz-Walter Steinmeiers die Initiative „Partnerschaft für Modernisierung“. In diesem Rahmen hat Russ-



Präsident Putin im Juni 2013 in Jekaterinenburg bei einem der drei jährlich stattfindenden Gipfeltreffen der EU und Russlands.

land Abkommen mit 23 EU-Staaten unterschrieben. Des Weiteren bestehen 15 branchenbezogene Dialoge,<sup>2</sup> der wichtigste dabei ist der des Energiebereichs<sup>3</sup>. Die Verhandlungen über Visaerleichterungen laufen derzeit.

Der Handelsumsatz zwischen Russland und der EU ist v. a. von der europäischen Seite her stark angestiegen und beläuft sich mittlerweile auf ca. 400 Mrd. US\$, was in etwa dem Handel der EU mit den USA oder China entspricht. Die akkumulierten Investitionen von EU-Staaten in Russland betragen ca. 260 Mrd. US\$, die russischer in der Europäischen Union hingegen ca. 75 Mrd. US\$. Nach 18-jähriger Verhandlungszeit, darunter auch mit der EU, ist Russland nun WTO-Mitglied geworden und gehört wie Weißrussland und Kasachstan auch zur Zollunion. Die Volkswirtschaften der RF und der EU kennzeichnen Komplementarität und Interdependenz und Russland geht davon aus, dass die europäische Sicherheit unteilbar ist.<sup>4</sup>

Auch die Beziehungen zwischen Russland, den USA und der NATO haben sich in den letzten 25 Jahren trotz einiger Rückschläge verbessert, sind jedoch aufgrund einiger sicherheits- und militärpolitischer Probleme – Stichwort NATO-Osterweiterung, internationale Militäraktionen, fehlende UNO-Mandate, Stationierung amerikanischer Raketenabwehrsysteme in Europa, NSA / Snowden –, noch nicht

so gefestigt wie mit der Europäischen Union. Ein offensichtlicher Erfolg ist der RF-NATO Beirat.

**Die wichtigsten außenpolitischen Akteure und Interessen Russlands**

Es ist wichtig zu verstehen, wer die russische Außenpolitik bestimmt. Laut der Verfassung (Art. 86) ist das in erster Linie der Präsident Russlands, dem das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten, das Verteidigungsministerium und der Sicherheitsrat direkt unterstellt sind. Analog zum deutschen Bundeskanzleramt gibt es auch die Verwaltung des Präsidentenamtes, dem u. a. die Ad-

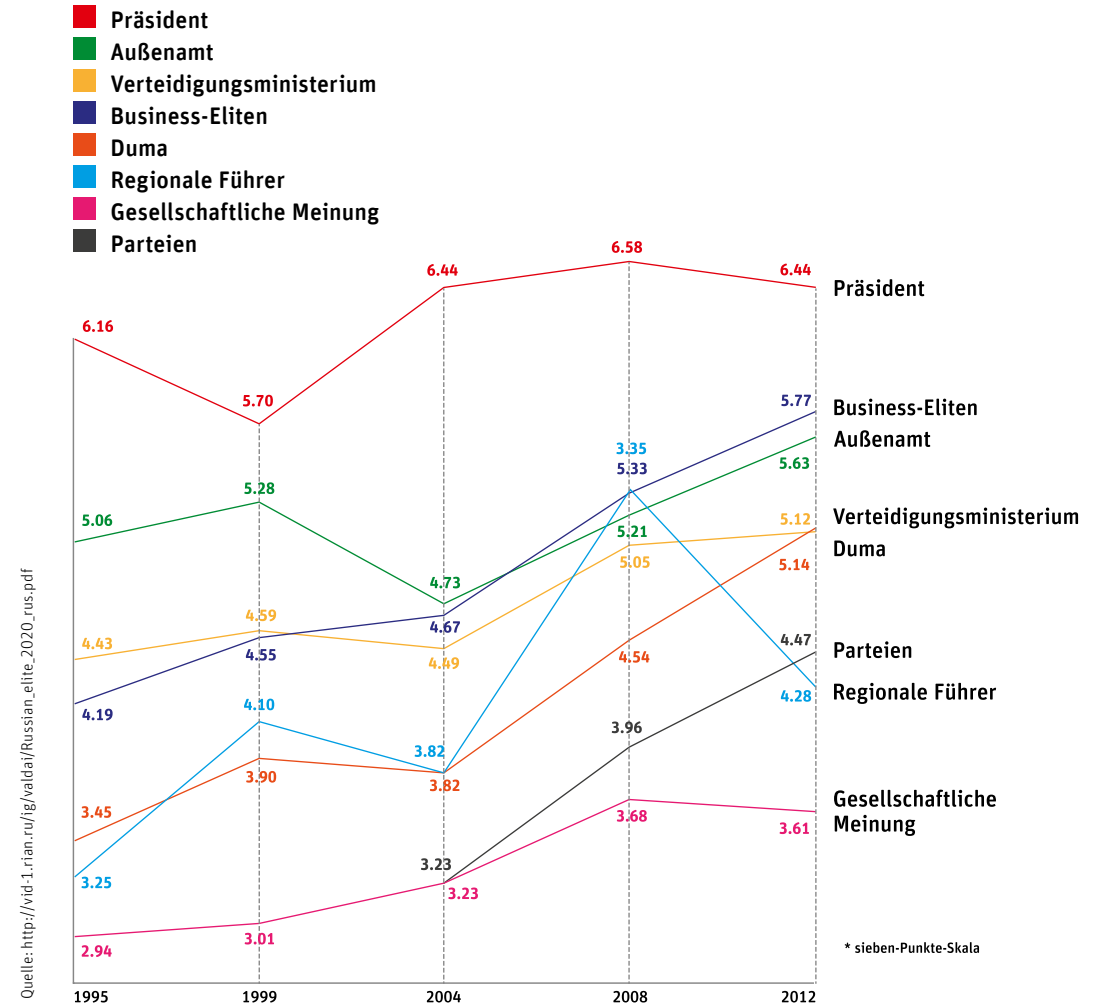
**Die russische Außenpolitik wird vom PRÄSIDENTEN bestimmt.**

ministration der Außenpolitik und der interregionalen und kulturellen Beziehungen mit dem Ausland untersteht. Dieses arbeitet eng mit dem Ausschuss des Föderationsrates, der dem Bundesrat entspricht, dem für Verteidigung und Sicherheit, dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten und dem Ausschuss der Staatsduma (analog zum Bundestag) zusammen. Die Hauptinhalte der Außenpolitik aber werden direkt vom Präsidenten bestimmt.

Daneben gibt es noch einheimische Interessens- und Elitegruppen, die Einfluss auf die russische Außenpolitik auszuüben suchen. Diese lassen sich jedoch nur schwer ausmachen. Ganz offensichtlich spielt aber die Energielobby hier eine wichtige Rolle. Der bekannte unabhängige „Valdai Club“<sup>5</sup>, vor zehn Jahren vom ehemaligen Stellvertretenden Direktor des Europa-Institutes der AdW, Sergey Karaganov, gegründet,

**Studie des „Valdai Club“ (2013)**

**Bewertung der Einflussstärke einzelner Akteure auf russische Außenpolitik\***



veröffentlichte im Sommer 2013 eine Studie bezüglich der russischen Elite.<sup>6</sup> Unter anderem versuchten die Autoren, den Einfluss der Eliten auf die Außenpolitik Russlands festzustellen. Auch wenn die Studie keine klare Definition der wichtigsten Elitegruppen gibt, sind die Ergebnisse doch sehr interessant.

Die höchste Gewichtung hat der Untersuchung nach der Präsident, dem mit einem klaren Abstand die Business-Eliten, das Außenamt, das Verteidigungsministerium und die Duma folgen. Weitaus weniger Einfluss haben Parteien und regionale Führer. Bemerkenswert ist der letzte Platz der „gesellschaftlichen Meinung“.

**Russland pflegt einen INTENSIVEN Austausch mit der EU.**

Eigentlich sollte es hier in erster Linie um die Non Government Organizations (NGO) gehen. Laut dem erwähnten außenpolitischen Konzept (Punkt 102) ist dies vom Staat erwünscht, aber gerade die Vertreter der zivilen Gesellschaft haben kaum an der Besprechung und Diskussion dieses Dokuments teilgenommen.<sup>7</sup>

### Russland **BRAUCHT** den Westen für seine innenpolitische Entwicklung.

Die wichtigsten außenpolitischen Interessen Russlands sind auch immer eng mit seinen internen Zielen verbunden. Hauptsächlich geht es dabei um die nachhaltige Entwicklung und Modernisierung der Wirtschaft und des Verwaltungssystems. Ohne die grundsätzliche Lösung dieser Aufgabe kann die konstruktive Rolle Russlands in der Welt nicht gewährleistet werden. Umgekehrt bedarf Russland für seine innere Entwicklung der friedlichen und stabilen Beziehungen mit der Außenwelt, vor allem mit dem Westen. Die Bewältigung der regionalen wie globalen Probleme gelingt nur in der Partnerschaft mit westlichen Organisationen und Ländern. Nur in der Kooperation kann man die notwendigen Technologien, Investitionen und das Management für die erfolgreiche Bewältigung der wichtigsten Herausforderungen, sowohl innen- wie außenpolitisch effizient nutzen. Somit überwiegt bei Russlands Beziehungen zum Westen im eigenen Interesse die Partnerschaft und nicht die Konkurrenz.

### Was Russland vom Westen erwartet Europäische Union

Von der Europäischen Union erwartet Russland<sup>8</sup> v. a. die weitere Stärkung der Zusammenarbeit im Energiebereich

und die eventuelle Schaffung eines einheitlichen europäischen Energiekomplexes. Dabei sollte dieser Prozess aus russischer Sicht ohne eine Politisierung der Kooperationsfragen vor sich gehen. Der russische Staat rechnet mit einer positiven Reaktion seitens der EU-Kommission auf die russischen Vorschläge, die während des Russland-EU-Gipfels in Brüssel vom 20.-21. Dezember 2012 an sie übergeben wurden. Es handelt sich um den Abschluss einer Sondervereinbarung, die die Minimierung der negativen Auswirkungen des Dritten Energiepaketes gewährleisten sollte.

Weiter wird der alsbaldige Abschluss eines neuen Basisabkommens zwischen Russland und der EU erwartet, das die weitere Entwicklung der Zusammenarbeit hinsichtlich der Perspektiven und Wege zur Erreichung der gemeinsamen Ziele bestimmen wird.

Der Kreml erwartet seitens der EU die Akzeptanz der **EURASISCHEN Integration**.

Russland möchte von der EU auch die Berücksichtigung und Anerkennung der neuen Realitäten, was die Prozesse der eurasischen Integration, der existierenden Zollunion und des einheitlichen Wirtschaftsraumes zwischen RF, Weißrussland und Kasachstan angeht. Es ist vorgesehen, am 1. Januar 2015 die Eurasische Wirtschaftsunion (EWU) zu gründen. Der Kreml geht davon aus, dass die Europäische Union die eurasischen

Integrationsprozesse im GUS-Raum versteht und akzeptiert und über Möglichkeiten und Abläufe eines eventuellen Zusammenwirkens zwischen der EU (EU-Kommission) und der EWU verhandelt.

Es ist ein alsbaldiger Abschluss einer Vereinbarung über die Aufhebung der Visapflicht für kurzfristige Reisen geplant.

In der Zusammenarbeit im außen- und sicherheitspolitischen Bereich sollte die einheitliche und unteilbare Sicherheit des Euro-Atlantischen Raumes unter aktiver Mitarbeit aller Beteiligten manifestiert werden.

In der Syrienkrise und den weiteren Problemlagen im Nahen Osten und in Nordafrika setzt Russland im Gegensatz zur westlichen Orientierung überwiegend auf die politische Beilegung des Konfliktes und wünscht sich hier eine entsprechende Umorientierung und Unterstützung von westlicher Seite.

In Fragen der Krisenbewältigung tritt Moskau daher auch für den Aufbau einer gleichberechtigten Zusammenarbeit mit der EU ein. An die Stelle der „Seville Modalitäten“<sup>9</sup> sollen die Beziehungen der gleichberechtigten Zusammenarbeit treten und dem Charakter der jetzigen strategischen Partnerschaft zwischen Russland und der Europäischen Union entsprechen. Dies soll in Form eines Abkommens mit der Europäischen Union sichergestellt werden.

### NATO und USA

Die Kernfrage in den Beziehungen zwischen Russland und der NATO ist, wie Russland als Nichtmitglied der EU und der NATO als interessierter und gleichberechtigter Partner hier in die euro-atlantische Sicherheitspolitik mit eingebunden werden kann. Hier wird noch nach Wegen gesucht. Störfaktoren der

Zusammenarbeit sind momentan v. a. das mangelnde gegenseitige Vertrauen sowie der Mangel an praktischen Möglichkeiten zur Erprobung. Zu ungewiss und offen ist derzeit die Lage in den aktuellsten Konfliktgebieten wie Syrien und Afghanistan sowie deren weitere Entwicklung und Auswirkung auf die Beziehungen zwischen Russland und den westlichen Partnern. Der Kreml muss dennoch den konstruktiven Dialog aufrechterhalten und weiter die praktische Zusammenarbeit suchen. Auf alle Fälle sind Kompromisslösungen wie z. B. in der Frage des europäischen Raketenabwehrsystems allemal besser als neue Beziehungskrisen heraufzubeschwören. ///



/// DR. VLADISLAV BELOV

ist Leiter der Abteilung für Länderstudien und Direktor des Zentrums für Deutschlandforschungen am Europa-Institut der Russischen Akademie der Wissenschaften, Moskau.

### Anmerkungen

<sup>1</sup> [http://www.mid.ru/brp\\_4.nsf/0/6D84DDED-BF7DA644257B160051BF7F](http://www.mid.ru/brp_4.nsf/0/6D84DDED-BF7DA644257B160051BF7F), Stand: 15.11.2013.

<sup>2</sup> Energie, Transport, Gesundheitswesen, Handel und Investitionen, Zollrecht, Industriepolitik, Landwirtschaft, die Zusammenarbeit im Bereich des Kosmos, geistiges Eigentum, Fragen der Migration, der visafreie Dialog, Umwelt, Makroökonomie- und Finanzpolitik, die wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit sowie staatliches Vergaberecht sind die wichtigsten Punkte der Initiative „Partnerschaft für Modernisierung“, <http://formodernisation.com/en/info/>, Stand: 15.11.2013.

<sup>3</sup> Abgesehen von vielen Problemen und Schwierigkeiten weisen die Experten auf die Effizienz des



Energiedialogs hin. Unter anderem wurde ein Konsultationsbeirat für Gasfragen gegründet. Im März 2013 wurde die Road Map für die Energiezusammenarbeit zwischen Russland und der EU angenommen. Ständig wird nach der Lösung vorhandener Probleme und strittiger Punkte und Fragen gesucht.

<sup>4</sup> Siehe auch Below, Vladislav: Russia and the European Union. From Cooperation to Genuine Partnership. Prospects for Overcoming Stagnation in Bilateral Relations, in: From Cooperation to Partnership: Moving Beyond the Russia-EU Deadlock, Europe in Dialogue 1/2013, Bertelsmann Stiftung, P. 50-62.

<sup>5</sup> www.valdaiclub.com

<sup>6</sup> <http://ru.scribd.com/doc/157204954/Russian-Elite-2020-Eng>, Stand: 15.11.2013.

<sup>7</sup> Siehe z. B. einige kritische Bemerkungen (in russischer Sprache), [http://www.insor-russia.ru/files/INSOR\\_3\\_2013.pdf](http://www.insor-russia.ru/files/INSOR_3_2013.pdf); <http://www.belvpo.com/ru/25201.html>, Stand: 15.11.2013.

<sup>8</sup> Siehe auch den Artikel vom russischen Außenminister Lavrov, Sergey: Russia-EU: Prospects for Partnership in the Changing World, in Journal of Common Market Studies Annual Review, August 2013; den vollständigen Text in englischer Sprache gibt es bei [http://www.mid.ru/brp\\_4.nsf/0B769A8BF9D89820044257BC6006008F6](http://www.mid.ru/brp_4.nsf/0B769A8BF9D89820044257BC6006008F6), Stand: 15.11.2013.

<sup>9</sup> 2008 hat man in Seville eine Vereinbarung erzielt, laut der Russland an den Operationen / Krisenbewältigungsmissionen der EU als Dritter teilnehmen kann. Solche Teilnahme aber darf nur unter der Flagge, den Maßgaben und dem Kommando der EU erfolgen.

/// Linksextremismus

## DER SCHWARZE BLOCK UND DIE GESELLSCHAFT

**ANDRE FREUDENBERG / KARSTEN DUSTIN HOFFMANN / FELIX STRÜNING /// Im Gegensatz zum Rechtsextremismus spielen antidemokratische Bestrebungen von links in der öffentlichen Diskussion kaum eine Rolle. In der Folge herrscht selbst unter Sozialwissenschaftlern Unkenntnis über weite Teile der linksradikalen Bewegung – das jedenfalls legen die Ergebnisse der BiblioLinX-Studie 2013 nahe.<sup>1</sup>**

### Die Studie

In einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Allensbach vom Frühjahr 2013 ging eine große Mehrheit der Befragten davon aus, es gäbe mehr rechtsextreme als linksextreme Gewalttaten.<sup>2</sup> Nur 5 % der Befragten vermuteten das Gegenteil. Aber in diesem Fall deckte sich die Annahme der Minderheit mit der Realität. Die offensichtliche Fehleinschätzung der Bevölkerungsmehrheit und die Unkenntnis über die tatsächliche Bedrohung durch gewaltbereite linke Gruppen lieferten den Anlass für eine grundlegende Studie über die Wahrnehmung von und den Umgang mit Linksextremismus in Deutschland, deren wichtigste Ergebnisse wir im Folgenden präsentieren. Für die Studie verglichen wir im Zeitraum Januar bis August 2013 die Zahl der Texte, die sich kritisch mit rechts- und linksextremistischen Phänomenen

auseinandersetzen. Ausgewertet wurden die Bestände von zwanzig wissenschaftlichen Großbibliotheken, das Angebot der vier größten Online-Buchhändler, die Trefferlisten der drei marktbeherrschenden Internetsuchmaschinen und – im Rahmen einer repräsentativen Stichprobe – die Ausgaben der bedeutendsten deutschen Printmedien.

### Linksextremismus als Thema der Publizistik

Seit Bekanntwerden der Verbrechen des Zwickauer NSU-Trios ist Linksextremismus in der deutschen Öffentlichkeit kein Thema mehr. Genau genommen war er auch in den Jahren davor nur selten ein Thema, obwohl es eine konstante Bedrohungslage gibt, an der auch die NSU-Morde nichts geändert haben. Die Zahl der linksmotivierten Gewaltdelikte hat in den vergangenen Jahren erheblich zugenommen, während die der



Linksextreme in Auseinandersetzung mit der Polizei am 1. Mai 2013 in F. a. M. Entgegen der öffentlichen Meinung gibt es tatsächlich mehr links- als rechtsextreme Gewalttaten.

rechtsmotivierten gesunken ist. Von 2010 bis 2012 registrierten die Behörden zwischen 1.200 und 1.800 linke Gewalttaten p.a., während die Zahl der rechten Gewalttaten konstant zwischen 800 und 850 lag. Weit verbreitet ist die Annahme, linke Gewalt richte sich vornehmlich gegen Sachen, während sich rechte Gewalt gegen Menschen richte. Tatsächlich wurden im Jahr 2011 bei Gewalttaten von links 1.124 Menschen verletzt und 824 bei Gewalttaten von rechts. Auch die Zahl der rechtsextremistischen Personen hat sich in den letzten zehn Jahren deutlich reduziert. Sie liegt aktuell mit etwa 22.400 deutlich unter der Zahl der Linksextremisten mit etwa 32.000 Personen.<sup>3</sup>

Diese statistischen Fakten sind jedoch nur den Wenigsten bewusst. Das lässt sich etwa an den Online-Texten ablesen, die im Untersuchungszeitraum abrufbar waren. Das Internet verschafft der Gesellschaft neue Möglichkeiten des demokratischen Austausches und der Forschung ein neues Werkzeug, mit dem sich Themen und Trends mit wenig Aufwand erkennen lassen. Die Auswertung der Ergebnisse der drei marktbeherrschenden Suchmaschinen Google, Bing und Search.com ergab, dass der Diskurs hier etwa fünfmal häufiger auf das Phänomen Rechtsextremismus rekurriert als auf linke antidemokratische Bestrebungen. Bei Google ergaben sich 555.000 Treffer für den Suchbegriff „Linksextremismus“, aber 2.660.000 Treffer für den Suchbegriff „Rechtsextremismus“. Bei Bing und Search.com lag die Gesamttrefferzahl insgesamt niedriger, das Verhältnis von 1 zu 5 zwischen Links- und Rechtsextremismus fand sich hier jedoch ebenfalls.

Weitaus drastischer fielen die Ergebnisse aus, wenn den Suchbegriffen das

### In der öffentlichen Diskussion und Abfrage im Internet überwiegt der Rechtsextremismus **DEUTLICH.**

Wort „gegen“ vorangestellt wurde. Der Vergleich von „gegen Linksextremismus“ und „gegen Rechtsextremismus“ erzielte ein Verhältnis von etwa 1 zu 20. Ganz offensichtlich existieren gesellschaftliche Gruppen, die sich gegen Linksextremismus engagieren, nicht oder nur in kaum nennenswerter Zahl. Hinzu kommt: Offenbar wird das Engagement gegen Rechtsextremismus im allgemeinen Sprachgebrauch häufig mit den Worten „gegen rechts“ umschrieben. Ein äquivalentes Engagement „gegen links“ findet nicht statt. Der Suchbegriff „Initiative gegen rechts“ erzielte bei Google immerhin 247.000 Treffer, „Initiative gegen links“ dagegen nur 10.

Weniger einheitlich zeigten sich die Ergebnisse für die mit „radikalismus“ verknüpften Suchbegriffe. Die Zahl der Treffer für „Rechtsradikalismus“ lag mit 348.000 bei Google etwas niedriger als das Ergebnis für „Linksradikalismus“ mit 402.000 Treffern. Das lässt den Schluss zu, dass antidemokratische Strömungen aus dem rechten politischen Lager vornehmlich mit dem Begriff rechtsextrem gekennzeichnet werden, wohingegen für linke antidemokratische Strömungen der weniger negativ konnotierte Linksradikalismus-Begriff Verwendung findet.

Weitere sprachliche Auffälligkeiten ließen sich insbesondere bei Abfragen im Zusammenhang mit dem Wort „De-



monstration“ erkennen. Zwar lag die Zahl der Treffer für „linke Demonstration“ deutlich höher als die für „rechte Demonstration“ – was darauf hindeutet, dass es mehr linke als rechte Kundgebungen gibt. Sobald jedoch nicht nach linken und rechten, sondern nach links-

**Demonstrationen aus dem linken Spektrum erscheinen GESELLSCHAFTLICH gesehen als legitim.**

extremen und rechtsextremen Demonstrationen gesucht wurde, stellte sich ein Verhältnis von 1 zu 9 ein. Ganz offensichtlich geht die gesellschaftliche Tendenz dahin, Demonstrationen aus dem linken Spektrum grundsätzlich als legitim zu betrachten – Demonstrationen aus dem rechten politischen Spektrum dagegen als grundsätzlich illegitim. Von einem „Aufmarsch“ ist im Zusammenhang mit linksextremistischen Aktivitäten nahezu nie die Rede, obwohl Aufzüge militanter linker und rechter Gruppierung in Optik und Verhalten kaum zu unterscheiden sind. Für den Begriff „linksextremer Aufmarsch“ wies Google 88 Treffer aus, für „rechtsextremer Aufmarsch“ 6.700.

Die Ungleichbehandlung von Links- und Rechtsextremismus beschränkt sich nicht auf das Internet, sondern lässt sich gleichermaßen für die Printmedien ermitteln. Für die Studie wurden zwischen dem 8. Januar und dem 16. März 2013 folgende überregional bedeutenden Zeitungen und Zeitschrif-

ten ausgewertet: die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), die Süddeutsche Zeitung (SZ), Die Welt, Der Spiegel und Die Zeit und sowie zur Kontrastierung jeweils eine Zeitschrift des linken (die tageszeitung / taz) und des rechten Lagers (Junge Freiheit / JF). Im Ergebnis befassten sich die etablierten Zeitschriften in etwa dreimal so häufig mit Rechtsextremismus wie mit Linksextremismus. Bei den Zeitungen, die einem der politischen Lager zugerechnet werden konnten, war das Verhältnis nahezu ausgeglichen. Allerdings beschäftigten sich deren Texte schwerpunktmäßig mit dem Extremismus aus dem gegenüberliegenden Lager. Von den insgesamt 70 Artikeln, die sich schwerpunktmäßig mit Links- oder Rechtsextremismus beschäftigten, befassten sich 14 mit beiden Phänomenen, 53 mit Rechtsextremismus und 30 mit Linksextremismus. Allerdings widmeten sich nur 7 der 30 Artikel über Linksextremismus konkreten linksextremistischen Gruppierungen. Thematisiert wurde stattdessen häufig die Frage, ob die Partei Die Linke als linksextrem betrachtet werden darf (mit divergierenden Schlussfolgerungen).

#### Linksextremismus als Thema der Forschung

Es steht außer Frage, dass die Sozialwissenschaften großen Einfluss auf den öffentlichen Diskurs ausüben. Daher ist von erheblichem Interesse, wie viele wissenschaftliche Texte in den vergangenen Jahren erschienen sind und Eingang in die Bestände der öffentlichen Bibliotheken gefunden haben. Während die Zahl der Publikationen zum Thema Rechtsextremismus erfreulich hoch ist, existieren zu vielen Themenbereichen im Linksextremismus nahezu gar keine

Untersuchungen. An den zwanzig größten deutschen wissenschaftlichen Bibliotheken sind unserer Zählung zufolge fast zwölfmal so viele Texte zu rechten antidemokratischen Strömungen erhältlich wie zu linken (1 zu 11,9). Obwohl Autonome, Antiimperialisten und Anarchosyndikalisten das Land seit Jahrzehnten buchstäblich unsicher machen, verfügt die Politikwissenschaft kaum über Erkenntnisse zu deren Strukturen. Auch existiert trotz wiederholter Kritik an Mitgliedschaften prominenter Politiker in der linksextremistischen Gefangenenhilfsorganisation „Rote Hilfe“ bis heute keine umfassende Analyse zu dieser Gruppierung.

Im Bereich der Forschungsliteratur waren ebenfalls sprachliche Akzente zu erkennen. So lag die Zahl der in der Kategorie Rechtsextremismus eingeordneten Bücher mit 94,8% leicht höher als die Zahl der unter Rechtsradikalismus

#### Forschung und Wissenschaft beschäftigen sich ÜBERWIEGEND mit dem Rechtsextremismus.

eingeordneten Bücher mit 92,0%. Anders verhielt sich dies im Bereich der linken Strömungen, bei denen die Texte in der Kategorie Extremismus 5,2% erreichten, während die Texte in der Kategorie Radikalismus immerhin 8,0% ausmachten – also mehr als das 1,5-fache. Dementsprechend lässt sich formulieren, dass sich der Begriff Extremismus zwar etabliert hat, jedoch nicht in beiden Bereichen gleichermaßen Verwendung findet. Die Hemmschwelle, eine linke Gruppierung extremistisch zu nennen, liegt offenbar deutlich höher als für eine rechte Gruppierung.

Im Online-Buchhandel wurden 12,4% der Titel dem Bereich Linksextremismusforschung zugewiesen, dementsprechend 87,6% der Rechtsextremismusforschung – was ein Verhältnis von 1 zu 7,1 bedeutet. Damit wich das Ergebnis des Onlinehandels nicht unerheblich von dem der Bibliotheksbestände ab und bot eine größere Vielfalt. Dabei wurde deutlich, dass die Texte zu rechten Strömungen ein sehr viel kleinteiligeres Themenspektrum abdecken als die zu linken Strömungen. So existieren Texte über Frauen in der rechten Szene, Aussteigerliteratur oder Ausarbeitungen zum Thema „Rechtsextremismus im Internet“. Es existiert Literatur, die sich auf einer Metaebene mit dem Forschungsstand über Rechtsextremismus auseinandersetzt sowie einzelne Bibliographien. Für das linke extremistische Spektrum waren derartige Schriften nicht zu erhalten. Es fand sich keine einzige Monographie mit dem Thema „Linksextremismus im Internet“. In absoluten Zahlen bot Amazon als größter Händler 76 den Relevanzkriterien entsprechende Titel in der Kategorie Linksextremismus und 66 in der Kategorie Linksradikalismus. In der Kategorie Rechtsextremismus waren es dagegen 1.107 Titel, in der Kategorie Rechtsradikalismus 577. Damit ist das Angebot im Onlinehandel zwar besser als das der Bibliotheken, aber insgesamt dennoch unausgewogen.

Von allen inhaltlich ausgewerteten Texten über Linksextremismus erschienen immerhin 14,4% in den vergangenen zwei Jahren. 60,4% waren nicht älter als zehn Jahre. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass sich die Zahl der Buch- und Textveröffentlichungen in diesem Zeitraum aufgrund gesunkener Kosten und neuer Veröffentlichungs-



möglichkeiten im gesamten Buchhandel deutlich erhöht hat. Von den insgesamt 77 Texten, die in den letzten zwei Jahren erschienen sind, befassen sich zudem nur 26 mit konkreten extremistischen Gruppierungen, während sich der Großteil an Überblicksdarstellungen versucht oder sich mit theoretischen Problemen auseinandersetzt. Obwohl die Zahl der Publikationen zunimmt, fehlt es an empirischen Arbeiten, gerade im Bereich der Subkulturen. Bei den wenigen aktuellen Arbeiten handelt es sich zumeist um Gesamtbetrachtungen. Dabei wären diese erst sinnvoll, wenn ausreichend kleinteilige empirische Arbeiten vorliegen.

Auch im Hinblick auf die Aktualität der Texte ließ sich ein Defizit feststellen. Lediglich 35,7% widmen sich aktuellen Themen, während 45,1% historischen Fragen nachgehen und 19,2% sich mit zeitunabhängigen theoretischen Fragen auseinandersetzen. 21,7% befassen sich mit historischen Themen. Während im Bereich der Parteienliteratur 50% der Texte als aktuell anzusehen sind, gilt dies nur für 34,7% der Texte über Subkulturen. Der Großteil der Subkulturanalysen ist in das Spektrum der historischen Texte einzuordnen. Allein mit der RAF beschäftigen sich über 25% der Texte. Aufseiten der Literatur zu Parteien dominiert die Auseinandersetzung mit der Partei Die Linke. Sie ist das Thema von über 40% der Texte. Von der Gesamtzahl der Schriften zu Linksextremismus macht dies immerhin noch 11,7% aus.

#### Ursachen des Missverhältnisses

Für die verzerrte Wahrnehmung der linksextremistischen Bedrohung werden verschiedene Ursachen angenommen. Sie ist unter anderem das Ergebnis

#### Es fehlt an **EMPIRISCHEN** Arbeiten zu linken Subkulturen.

eines Solidaritätsgedankens, der im linken politischen Lager erheblich ausgeprägter ist als im rechten. Da sich demokratische Linke als Teil einer strömungsübergreifenden Bewegung verstehen, zögern sie, sich von antidemokratischen und gewaltbereiten Linken zu distanzieren. Das gilt für Politiker und Journalisten gleichermaßen wie für Sozialwissenschaftler. Einige – wie etwa Christoph Butterwegge – behaupten sogar, es gäbe überhaupt keinen Linksextremismus: Da die Linke als bloße Gegenbewegung zum Rechtsextremismus zu betrachten sei, verbiete sich die Wortkombination links (=gut) und extremistisch (=böse). Linksextremismusforschung dürfe es daher nicht geben.<sup>4</sup> Militante Gruppen greifen diese Argumentation nur allzu gern auf. Veranstaltungen, die sich mit Linksextremismus befassen, sind an deutschen Hochschulen kaum durchführbar, weil linke Studentengruppen zu deren Verhinderung aufrufen. Sprechchöre und Saalblockaden sind dabei noch harmlose Mittel. Im März 2011 erhielten einige Extremismusforscher scharfe 8-Millimeter-Patronen als „letzte Warnung“.<sup>5</sup>

Jenseits dieser Drohkulisse beeinflusst die staatliche Alimentation die Forschungs- und Präventionsarbeit. Seit den 90er-Jahren werden jährlich Millionenbeträge für die Arbeit gegen Rechtsextremismus bereitgestellt, während die Linksextremismusforschung lange Zeit

leer ausging. Seit 2010 stellt die Bundesregierung zwar jährlich 2 Millionen Euro zur Verfügung – im Vergleich zu den 24 Millionen Euro für die Rechtsextremismusprävention erscheint dies jedoch als zu vernachlässigende Größe.

Nicht zuletzt ist die Wahrnehmung von Linksextremismus auch das Ergebnis der statistischen Daten. Die jährliche Präsentation der politisch motivierten Kriminalität (PMK) erweckt stets den Eindruck einer dramatisch hohen und wachsenden Zahl rechtsextremistischer Delikte. 2012 lag die Zahl der als rechtmotiviert ausgewiesenen Straftaten mit 17.616 Delikten fast dreimal so hoch wie die der linksmotivierten mit 6.191. Selten zur Sprache kommt dabei, dass es sich bei dem Großteil der Straftaten um die sogenannten Propagandadelikte handelt, die Linksextremisten nicht begehen können, weil die Verherrlichung kommunistischer Regime oder die Leugnung ihrer Verbrechen in Deutschland nicht unter Strafe steht. Skandieren linke Aktivisten „Deutschland verrecke!“, ist dies völlig legal – ruft ein rechter „Alles für Deutschland!“, stellt dies eine Straftat dar, die drastische Strafen nach sich zieht. 2006 musste ein damals 18-jähriger aus Nordrhein-Westfalen eine sechsmonatige Freiheitsstrafe absitzen, nachdem er „Alles für Deutschland!“ auf einer Demonstration gerufen hatte. Zieht man die knapp zwei Drittel Propagandadelikte von der Gesamtzahl rechter Straftaten ab, liegt sie sogar unter der Zahl linker Straftaten.

#### Fazit

Aufgrund der Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus geht unsere Gesellschaft mit antidemokratischen Bestrebungen von rechts weitaus sensibler um als mit antidemokratischen Bestrebun-

gen von links. Daran gibt es nicht viel zu kritisieren. Die ausländerfeindlichen Ausschreitungen in den 90er-Jahren und die Verbrechen der Zwickauer Neonazibande belegen, dass Rechtsextremismus weiterhin ein ernstzunehmendes Problem darstellt. Vor diesem Hintergrund ließe sich ein Übergewicht der Schriften zu rechtem Extremismus durchaus rechtfertigen. Aber wie deutlich wurde, entspricht das Ungleichgewicht in der Forschung nicht im Ansatz der Bedrohungslage, die sich aus der Kriminalstatistik ablesen lässt. Obwohl von Rechtsextremismus und Linksextremismus ähnliche Gefahren ausgehen, sind in Bibliotheken etwa zwölfmal so viele Titel zu Rechtsextremismus erhältlich und siebenmal so viele im Online-Handel. In Online-Medien sind es fünfmal so viele Texte und im Printbereich immer noch etwa dreimal so viel.

#### Der Solidaritätsgedanke im linken politischen Lager verstärkt die **VERZERRTE** Wahrnehmung des Linksextremismus.

Die Bibliotheken beschaffen sehr wenig Literatur über Linksextremismus und scheuen sich, sie als solche zu kategorisieren. Das gravierendste Defizit bleibt jedoch: In den vergangenen 20 Jahren wurden kaum Schriften über linksextremistische Akteure erstellt. Die Sozialwissenschaften haben das Themenfeld Linksextremismus stark vernachlässigt. Aufgrund der geringen

Zahl der bisher vorliegenden Publikationen wäre es für junge Forscher geradezu prädestiniert, um sich einen Namen zu machen. Aber wer geht schon gern das Risiko ein, öffentlich an den Pranger gestellt, von einem linken Anwaltskollektiv verklagt oder tatsächlich körperlich angegriffen zu werden. Wie eine sarkas-

### Die Sozialwissenschaften haben das Themenfeld Linksextremismus stark VERNACHLÄSSIGT.

tische Anspielung warfen mehrere Suchmaschinen bei der Anfrage „Linksextremismus“ die Korrekturfrage „Meinen Sie Rechtsextremismus?“ aus.

Weil sehr wenige Forschungsarbeiten vorliegen, ist der Aufwand für neue Arbeiten hoch und die Zahl der Berichte in der Presse gering. Militante linke Gruppen können daher vergleichsweise unbehelligt agieren. Es besteht die Gefahr, dass sie die gesellschaftliche Nicht-Reaktion als Zustimmung auffassen. Dadurch könnte die Zahl der Straftaten von Linksextremisten in den kommenden Jahren weiter in die Höhe steigen. Im Falle der Entstehung terroristischer Strukturen lägen keine oder kaum Forschungsarbeiten vor.

Selbst im Hinblick auf knappe Haushaltskassen ergäbe es Sinn, Teile der finanziellen Zuwendungen für die Rechtsextremismusforschung auf die Linksextremismusforschung zu übertragen. Eine Anstoßfinanzierung könnte aber sogar erfolgen, ohne die Mittel für die Rechtsextremismusforschung zu kürzen, indem die bestehenden Zuwendungen auf die Forschung und nicht auf die Bildungsarbeit konzentriert werden. Da das Wissen über die gesamte subkultu-

relle Linke gering ist, wäre vor allem die Förderung qualitativer Einzelfallstudien notwendig. Erst dann lassen sich allgemeine Präventionsprojekte sinnvoll organisieren. ///



#### /// ANDRE FREUDENBERG

ist Politikwissenschaftler und Publizist, Berlin.



#### /// DR. KARSTEN DUSTIN HOFFMANN

ist Politikwissenschaftler und Koordinator der Bibliographie zur Linksextremismusforschung (BibliLinX), Hamburg



#### /// FELIX STRÜNING

ist Politikwissenschaftler und Publizist, Berlin.

#### Anmerkungen

<sup>1</sup> Hoffmann, Karsten Dustin / Strüning, Felix / Freudenberg, Andre: Linksextremismus in Wissenschaft, Medien und Öffentlichkeit (BibliLinX'13), Berlin / Jena 2013 (im Druck).

<sup>2</sup> Allensbacher Archiv: IfD-Umfrage 11008, [http://www.ifd-allensbach.de/uploads/tx\\_reports/docs/Mai13\\_Extremisten.pdf](http://www.ifd-allensbach.de/uploads/tx_reports/docs/Mai13_Extremisten.pdf), Stand: 30.9.2013.

<sup>3</sup> Vgl. Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzberichte 2010-2012; außerdem: Zahlen und Tabellen zur Politisch motivierten Kriminalität, Internetpublikation vom 29.4.2013, [www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Nachrichten/Pressemitteilungen/2013/04/zahlen-politisch-motivierte-kriminalitaet.pdf](http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Nachrichten/Pressemitteilungen/2013/04/zahlen-politisch-motivierte-kriminalitaet.pdf), Stand 30.9.2013.

<sup>4</sup> Vgl. etwa: Die Entsorgung des Rechtsextremismus, in: Blätter 1/2010, S. 12-15.

<sup>5</sup> Patrone liegt in Drohbrief, in: Mitteldeutsche Zeitung (MZ-Web), 31.3.2011.

/// Kein Ende der politischen Instabilität

## DIE TSCHECHISCHE REPUBLIK NACH DEN VORGEZOGENEN PARLAMENTSWAHLEN

**PETER L. MÜNCH-HEUBNER** /// Die Parlamentswahlen in der Tschechischen Republik haben Ende Oktober 2013 keine deutlichen Mehrheitsverhältnisse in der Volksvertretung geschaffen. Wahlverlierer waren – bis auf die Ausnahme der Christdemokraten – die Altparteien, denen vom Wähler die Korruptionsskandale der letzten Jahre angelastet wurden. Gewinner waren vorrangig Protestparteien. Regiert werden wird das Land nun von einer Dreierkoalition, bestehend aus den Sozialdemokraten, den Christdemokraten und der populistischen Ano-Partei. Ob diese Koalitionsregierung stabil sein wird, bleibt fraglich.

Es ist mittlerweile zu einer journalistischen Gewohnheit geworden, Parlamentswahlen in der Tschechischen Republik mit Naturkatastrophen oder dunklen historischen Ereignissen zu vergleichen. Schon vor drei Jahren sprachen die tschechischen Medien vom damaligen Urnengang als einem „politischen Erdbeben“ und einem dritten Prager Fenstersturz.<sup>1</sup> Nun wurden nach den Wahlen vom 25. und 26. Oktober 2013 diese Metaphern wiederholt und es scheint so, als sei die Parteienlandschaft in der Tschechischen Republik eine seismologisch höchst aktive Region in Mitteleuropa.

### Die Krise der traditionellen Parteien und der Aufstieg des Populismus

Aus dem Fenster der Prager Politik und weit in die Tiefe gestürzt haben die

tschechischen Wähler die einstmals führende konservativ-liberale Partei der Bürgerdemokraten, die am Aufbau der Demokratie nach 1989 maßgeblich beteiligt war. Von 2006 noch 35,4% rutschte man schon 2010 auf 22,2% ab, stellte mit Petr Nečas aber immer noch den Regierungschef in einer Mitte-Rechts-Koalition. Mit 7,72% wurde die ODS des früheren Staatspräsidenten Václav Klaus jetzt auf den Status einer Kleinpartei reduziert.<sup>2</sup> Als Wahlsieger sehen sich die Sozialdemokraten der ČSSD. Ihr Vorsitzender Bohuslav Sobotka ist nun vom Präsidenten der Republik mit der Regierungsbildung beauftragt worden. Die größte Fraktion im neuen Parlament werden sie aber nur deswegen stellen, weil ihre Verluste im Vergleich zu denen der ODS marginal blieben. Von 22,08% im Jahr 2010 verschlechterte



Aus dem Nichts heraus triumphierte die Protestpartei ANO des Milliardärs Andrej Babiš und erzielte mit 18,65% Platz Zwei. Babiš gilt nun als der Königsmacher bei der Regierungsbildung.



man sich lediglich auf 20,45 %. Doch erinnern sich manche Genossen in den Reihen der Partei noch an frühere Tage, als man z. B. 2006 noch 32,3 % der Wählerstimmen auf sich vereinigen konnte. Zudem hatten die Meinungsforscher der ČSSD einen Stimmenanteil von bis zu 30 % vorausgesagt.

### Die Altparteien erlitten bei der Wahl 2013 **WEITERHIN** massive Stimmverluste.

2010 schon hatten die Altparteien der Tschechischen Republik massive Stimmverluste an Parteineugründungen verzeichnen müssen. Doch die Geschwindigkeit des Prozesses der Verdrängung „traditioneller“ durch neue Parteien hat mittlerweile so zugenommen, dass selbst die Newcomer von vor drei Jahren heute schon von noch jüngeren Neuen überholt wurden. So hat die konservative TOP 09, (TOP für: Tradition, Verantwortung, Prosperität) die Partei von Karel Schwarzenberg, bis jetzt Außenminister und Partner in der Koalition von Nečas, die 2010 nur ein Jahr nach ihrer Gründung mit einem Wahlergebnis von 16,7 % überraschte, jetzt schon wieder fast ein Drittel ihrer Wähler verloren und kam nur mehr auf 11,9 %.

Der schnelle Aufstieg einer populistischen Partei wie ANO, der „Aktion unzufriedener Bürger“ des „Milliardärs und Medienmoguls“ Andrej Babiš<sup>3</sup>, die aus dem Stand heraus einen Stimmenanteil von 18,65 % erzielen konnte und

nun nach der ČSSD die zweitgrößte Partei ist, hat bereits das Wort von einer „Berlusconisierung“ der tschechischen Politik die Runde machen lassen. Ebenso aber könnte man auch von einer sich andeutenden „Beppe Grilloisierung“ sprechen, denn auch die Antiparteien-Partei Úsvit přímé des japanischstämmigen Reisebürobesitzers Tomio Okamura hat mit ihrem dünnen Programm, das auf Volksabstimmungen setzt und ansonsten nur auf Volkszorn und Wählerfrust abzielt 6,88 % der tschechischen Wähler für sich begeistern können. Babiš hingegen, der perfekte Populist, verspricht gerne jedem alles. Er will die Mehrwertsteuer senken, die anderen Steuern aber nicht erhöhen, er will doppelt soviel Geld wie bisher für die Bildung ausgeben, er will die Zuzahlungen für Arzt- und Krankenhausbehandlungen wieder abschaffen, andererseits aber auch die private Altersvorsorge stärken. Für Unmut unter vielen Kritikern sorgt seine Forderung, man solle den Staat wie ein Unternehmen führen.

### Die Altparteien und die Korruption

Die Beantwortung der Frage, warum so viele Tschechen heute ihre Stimmen Parteien geben, die nach Ansicht des Politologen Jiří Pehe „politisch schwer einzuordnen“ sind, die nur einfache und simple Slogans wie „Wir retten euch“ anbieten und zudem von autoritären Führungsfiguren dominiert werden,<sup>4</sup> führt zum desolaten Zustand der Altparteien. Wenn Babiš in seinen Reden Korruption und Misswirtschaft anprangert, dann trifft er den Nerv der Menschen. Die sind zutiefst enttäuscht von den etablierten Politikern und das waren sie schon 2010. Deswegen wählten viele von den Unzufriedenen damals Karel Schwarzenberg, der vertrau-

enswürdig ist und dem man zutraute, „den Sumpf der Korruption trocken-zulegen“<sup>5</sup>. Schwarzenberg selbst blieb integer. Doch von seinem Umfeld konnte man dies schon bald nicht mehr sagen. Schmiergeldaffären um den Einkauf von Militärflugzeugen brachten die TOP-Spitzenpolitikerin Vlasta Parkanová in Konflikt mit der Justiz.

Die Regierungszeit von Petr Nečas von der ODS indes endete mit einem Operettenskandal: Nicht nur Filz bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen, sondern am Ende eine Bürochefin des Ministerpräsidenten – mit diesem auch privat liiert, – die durch den Geheimdienst die Exfrau ihres Chefs bespitzeln ließ. Selbst dem schlechtesten Drehbuchautor einer mittelmäßigen Politsatire wäre kaum Absurderes eingefallen. Das alles war wie ein „Schauerstück mit Ouvertüre“.<sup>6</sup> Nečas musste zurücktreten, seine Immunität wurde von der Staatsanwaltschaft aufgehoben.

Vom tiefen Fall der ODS profitieren konnten die Sozialdemokraten nicht. Noch immer werden auch ihnen die Korruptionsskandale aus ihrer eigenen Regierungszeit angelastet. Die Analyse des Wahlergebnisses von TOP zeigt aber, dass monokausale Erklärungsmuster für das Wahlergebnis nicht ausreichen. So spielte bei vielen Bürgern Unmut über ihre soziale Lage eine große Rolle bei der Wahlentscheidung.

### Die Altparteien bekamen vom Wähler die **QUITTUNG** für Korruption und Skandale.

### Sparpolitik und politische Instabilität

Andrej Babiš, der sich selbst als rechts von der Mitte stehend bezeichnet, hat bei seinen Wahlkampfauftritten auch auf soziale Themen gesetzt. So machte er neben der Rücknahme der Zuzahlungen für Patienten auch die Löhne und die Arbeitsbedingungen für Arbeitnehmer zu seinen Themen. Auf Konfrontationskurs zur Sozialpolitik der Regierung Nečas ging auch die Kommunistische Partei KSČM, die mit einem Wahlergebnis von 14,91 % ihr politisches Comeback feierte. Seit 2002 mussten die Kommunisten bei Parlamentswahlen nur Verluste hinnehmen, jetzt konnten sie ihren Stimmenanteil im Vergleich zu 2010 um fast ein Drittel wieder ausbauen. Die wirtschaftsliberale Sozialpolitik der Regierung Nečas und mit ihr ihr restriktiver Sparkurs stehen heute auf dem Prüfstand. Sparpolitik und ein ausgeglichener Haushalt sind vernünftige Ziele einer verantwortungsbewussten Politik. Im Falle Tschechiens scheint man da aber ein wenig zu weit gegangen zu sein. Dies vor allen Dingen, weil Tschechien nicht Griechenland ist.

Das Land durchläuft gegenwärtig eine Rezession, das BIP ist im Jahr 2012 um 1,3 % zurückgegangen. Schuld daran ist in erster Linie eine schwächer werdende Inlandsnachfrage.<sup>7</sup> Wirtschaftsanalysten bemängeln, dass diese Rezession eine hausgemachte ist. Heute, so schreibt ein Kommentator bei Germany Trade&Invest, „leidet Tschechiens Wirtschaft vor allem unter der selbst auferlegten Haushaltsdisziplin der Regierung“<sup>8</sup>. Erhöhte Steuern und sinkende Reallöhne schaden der Binnennachfrage, notwendige Infrastrukturprojekte wurden aufgrund der Haushaltsdisziplin auf Eis gelegt. Sparpolitik kann in ihrer rigiden

Form zum Pawlowschen Reflex werden. Über weniger Geld in ihren Haushalten verfügen auch die tschechischen Rentner sowie andere Bürger, die auf die Sozialleistungen des Staates angewiesen sind.

Schon bei ihrem Amtsantritt 2010 verfügte die Regierung Nečas weitreichende Kürzungen im Sozialhaushalt. Sozialstaatlichkeit hat eine lange Tradition in Tschechien, das zu den Ländern mit den ältesten Sozialversicherungen in Europa zählt – dies, auch weil es bis 1918 zur Habsburger Monarchie gehörte, in der zuerst in Europa ein „Sequenzmodell“ zum „Bismarck-Modell“ aufgebaut wurde. In der Zwischenkriegszeit war die Tschechoslowakei der erste Sozialstaat in Europa mit einem universellen Sicherungssystem, das allerdings in der Weltwirtschaftskrise schweren Schaden erlitt.<sup>9</sup> Nach Jahrzehnten realsozialistischer Ineffizienz knüpfte tschechische bzw. noch bis 1993 tschecho-slowakische Sozialpolitik da an, wo sie 1948 aufgehört hatte und es entstand ein Mischsystem aus Versicherungs-, Versorgungs- und Fürsorgestaatlichkeit. In Tschechien aber liegt das Niveau der Sozialleistungen und der Renten deutlich unter dem in anderen mitteleuropäischen Ländern. 2006 lag die Höhe einer durchschnittlichen tschechischen Versicherungsrente bei 290 Euro, die einer deutschen bei 984 Euro. Zwar sind die durchschnittlichen Lebenshaltungskosten in Tschechien deutlich niedriger anzusetzen als in Deutschland. Die Preise für „Waren und Dienstleistungen“ beliefen sich 2010 im Durchschnitt auf weniger als die Hälfte derer im benachbarten westlichen Ausland. Doch auch dann bleibt die tschechische Rente immer noch hinter der deutschen zurück. Seit 2010 haben die Ruheständler vom Staat kein Plus bei ihren Altersbezügen verzeichnet.

### Die traditionelle **SOZIALSTAATLICHKEIT** in Tschechien kann nicht mehr gehalten werden.

Auch das Lohnniveau hinkt dem deutschen hinterher. 2008 verdiente ein tschechischer Arbeitnehmer im Durchschnitt 946 Euro im Monat, deutsche abhängig Beschäftigte „im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor“ kamen im Jahr auf „41.509 Euro brutto.“ 2012 belief sich der Durchschnittslohn tschechischer Arbeitnehmer auf durchschnittlich immer noch nur 998 Euro. Hält man dem nun Inflationsraten von ca. 7 % gegenüber, so werden die Reallohnverluste, die hier in den letzten Jahren hingenommen werden mussten, überdeutlich. Die Haushaltskonsolidierung indes machte Fortschritte, 2013/2014 glaubte die Regierung, die Maastricht-Schwelle unterschreiten zu können. In der Bevölkerung aber glauben immer mehr Bürger, den Preis für diese erfolgreiche Defizitbekämpfung bezahlen zu müssen. Weder die Ruheständler noch die Arbeitnehmer haben in Tschechien in den letzten Jahren über ihre Verhältnisse gelebt.

### Tschechien auf dem Weg von der parlamentarischen zur präsidentialen Demokratie?

Nicht wenige Politikwissenschaftler konstatieren eine ernsthafte Krise des politischen Systems in ihrem Lande, die mit einem Systemwechsel enden könnte. Dies, weil sich auch nach diesen Wahlen die Frage stellt, ob das Parlament eine

stabile Regierung hervorbringen kann, die die Legislaturperiode überlebt. Oder macht es mit seinen sieben Fraktionen den Weg für Miloš Zeman frei, der, wie viele Kritiker ihm unterstellen, nach der Etablierung eines präsidentialen Systems strebt? Zeman hat nach dem Rücktritt von Nečas in die Krise eingegriffen und eine Expertenregierung unter Jiří Rusnok ernannt, obwohl Miroslava Némcová, die stellvertretende Vorsitzende der ODS sagte, sie könne eine Mehrheit im Parlament für ihre eigene Kandidatur als Ministerpräsidentin garantieren<sup>10</sup>. Zeman war hingegen der Meinung, dass eine Regierung Némcová eine instabile sein würde. Im Wahlkampf hat vor allen Dingen TOP die Gefahr einer Entwicklung hin zu einem präsidentialen System, gar zu einer Präsidialdiktatur, an die Wand gemalt. Die Art und Weise, so die Kritik, in der hier das Parlament vom Präsidenten übergangen wurde und dieser einen Politiker aus der von ihm selbst gegründeten Partei SPOZ zum Regierungschef machte, zeuge von einem willkürlichen Amtsmissbrauch. Fünf Minister der „Beamtenregierung“ gehörten ebenfalls der SPOZ und damit einer Partei an, die gar nicht im Parlament vertreten ist. Dazu kam dann auch doch die Zielstrebigkeit, mit der diese Übergangsregierung daran ging, Machtposten im staatlichen Wirtschaftssektor zu besetzen.<sup>11</sup> Doch das präsidentielle Zwischenspiel endete bald. Das Parlament sprach der Regierung Rusnok das Misstrauen aus. Neuwahlen wurden angesetzt.<sup>12</sup> Nach den Wahlen kommt nun wieder das Parlament zum Zug. Doch wie stabil sind die Verhältnisse dort?

Generell gilt: Der tschechische Präsident ist nur so stark wie ein schwaches Parlament und eine instabile Regierung das zulassen. Kann das Parlament keine

Regierung wählen oder stürzt eine Regierung, die keine Mehrheit der Abgeordneten mehr hinter sich hat, schlägt die Stunde des Staatsoberhauptes. Präsidentsielle Interventionen im Falle einer Parlamentskrise sind in der Geschichte des tschechischen Parlamentarismus kein Novum. 2009 stürzte ein Misstrauensvotum der sozialdemokratischen Opposition die Regierung Topolánek. Die Fraktionen erwiesen sich als unfähig, einen Kompromiss zu finden, der eine Regierungsneubildung ermöglicht hätte, die Volksvertretung zeigte sich handlungsunfähig. Daraufhin intervenierte der damalige Staatspräsident Václav Klaus und ernannte den parteilosen Wirtschaftsexperten Jan Fischer zum Chef einer Übergangsregierung.<sup>13</sup> Diese agierte bis zu den Wahlen 2010 nicht ohne Erfolg und wird bis heute in Wirtschaft und Wissenschaft positiv bewertet.

### BEWIRKEN instabile Regierungen die Etablierung eines präsidentialen Systems?

Klaus handelte verfassungskonform. Anders als im Falle Rusnoks war Fischer tatsächlich parteilos und neutral, ebenso wie sein Kabinett. Und er besaß das Vertrauen des Parlaments, das, wenn es sich auch nur kurz zuvor auf nichts einigen konnte, die Regierungsarbeit Fischers wenigstens gewähren ließ. Der Präsident der Tschechischen Republik verfügt über eine Reihe

von Interventionsrechten, die er gegenüber dem Parlament in Anspruch nehmen kann.<sup>14</sup> Václav Klaus nutzte in seiner Amtszeit sein suspensives Veto-recht, das nicht bei Verfassungsgesetzen gilt, häufig und er blockierte bzw. genauer verzögerte damit nicht wenige Gesetzesvorhaben der Regierung Nečas. Die Regierung kann allerdings einen vom Präsidenten zurückgewiesenen Gesetzesentwurf erneut beraten und das Parlament kann es dann endgültig beschließen. Schlecht für die Regierung ist allerdings, wenn sich Abgeordnete wie im Falle eines Steuergesetzes der Regierung Nečas im Jahr 2012 der Meinung des Präsidenten anschließen und nun gegen die Vorlage der eigenen Regierung stimmen.

**Der tschechische Präsident hat historisch begründet eine STARKE Stellung.**

Seit den Präsidentschaftswahlen zu Beginn des Jahres 2013 wird das Staatsoberhaupt direkt vom Volk gewählt. Die Verfassung räumt dem Präsidenten eine starke Stellung ein, wenn ein Parlament handlungsunfähig ist. Das hat historische Gründe, denn in der Geschichte hat man in Tschechien bzw. zuvor in der Tschechoslowakei als positiv bewertete Erfahrungen mit starken Persönlichkeiten in Präsidentsämtern gemacht, die über dem Parteienzwist standen, die es verstanden, Parteienstreitigkeiten zu ordnen, die in Regierungsbildungen ein-

griffen, um Staatskrisen zu verhindern. Bis heute ist Tomáš Garrigue Masaryk, der Gründer der Tschechoslowakei nach 1918, als „Vater der Tschechen“ geradezu eine Symbolfigur für einen ersten Mann im Staat, der im fragmentierten Vielparteiensystem der Ersten Republik das Land zusammenhielt und Vermittler zwischen den zerstrittenen Fraktionen war. Václav Havel kam als Präsident der Republik aufgrund seiner Bedeutung im antikommunistischen Widerstand die Rolle einer moralischen Instanz zu, deren Interventionen in die Politik von weiten Teilen der Bevölkerung als erwünschte Kurskorrekturen verstanden wurden.

Bei Zeman scheint dies anders zu sein. Das Wahlergebnis und das Abschneiden der ODS kann er als Rechtfertigung für seine Ablehnung der Kandidatur von Miroslava Němcová ins Feld führen, verfassungsrechtlich aber bleiben essenzielle Fragen offen. Die Bevölkerung stand auch keineswegs hinter Rusnoks Expertenregierung. Das hat sich bei den Wahlen gezeigt, bei denen SPOZ mit einem Stimmenanteil von 1,5% auf das politische Abstellgleis gestellt wurde. Jetzt ist wieder die Volksvertretung am Zuge.

#### **Auf der Suche nach einer handlungsfähigen Regierung**

Andrej Babiš kommt nun, so wird in den Medien betont, bei der Regierungsbildung die Rolle eines Königsmachers zu. Eine Dreierkoalition aus ČSSD, ANO und den Christdemokraten hat sich jetzt gebildet. Babiš präsentiert sich als politischer Saubermann. In seiner Selbstpräsentation im Internet strapaziert er unter Zuhilfenahme des Vom-Tellerwäscher-zum-Milliardär-Mythos die Stereotype vom unaufhaltsamen

Aufstieg des Aufrichtigen, der in der tschechischen Politik vollkommen neue Verhältnisse schaffen will („Schluss mit dem Saustall“).<sup>15</sup> Doch begonnen hat sein Aufstieg bereits im sozialistischen Staatswirtschaftssystem der ČSSR vor 1989. Seine Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei bis 1989 rechtfertigt er mit dem Zwang, der damals

#### **Die neuen populistischen Parteien sind überwiegend politische EINTAGSFLIEGEN.**

herrschte. Eine Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit wird ihm vorgeworfen, Akten hierzu wurden ausfindig gemacht. Im Januar 2014 wird deswegen in Bratislava – er ist gebürtiger Slowake – ein Prozess gegen ihn beginnen.<sup>16</sup> Babiš bezeichnete die vorgelegten Dokumente als Fälschungen, als Teil einer Kampagne gegen ihn. Dies allein aber scheint schon ein schlechtes Vorzeichen für eine stabile Regierungsbildung.

ANO ist eine Partei ohne große Mitgliederbasis, in der ein großer Chef alleine herrscht, ein Chef, der zudem keine in sich logische Programmatik vorgegeben hat. Dies ähnelt einer Erscheinung wie dem Team Stronach in Österreich, das schon kurz nach den Wahlen zum Nationalrat in Wien erste Auflösungserscheinungen zeigte. In Tschechien erinnert man sich zudem an die unrühmliche Kurzgeschichte von VV, Veči Věřejné. Gegründet kurz vor den Wahlen 2010 und im Hintergrund geleitet von dem Geschäftsmann Vít Bárta war VV 2010 mit einem Ergebnis von 10,88% erfolgreich und dann an der Regierung Nečas beteiligt. Die Jungpartei erwies sich jedoch als politische Seifenblase, die noch während der Legislaturperiode zerplatz-

te und den Sinkflug der Regierungskoalition einleitete. Unternehmer können wertvolle Erfahrungen in die Politik und vor allen Dingen in die Wirtschaftspolitik einbringen. Doch bei Bárta und Babiš schien und scheint es nur um eines zu gehen, nämlich um Aufstieg und Erfolg, um „Business“ und Sieg.

Wenn die neuen populistischen Parteien als politische Eintagsfliegen charakterisiert werden, so sorgen indes auch der Zusammenhalt und die Berechenbarkeit einer Altpartei wie der ČSSD für Unruhe. Seit langer Zeit schon verstrickt sich die Partei in einen internen Machtkampf. Das Verhältnis von Parteichef Bohuslav Sobotka zu Parteivize Michal Hašek kann nicht nur als politische Gegnerschaft, sondern als offene Feindschaft bezeichnet werden. Sobotka vertritt den traditionell zur Mitte hin orientierten Flügel seiner Partei, Hašek demgegenüber die Linke.<sup>17</sup>

Ein Treffen von Politikern der Hašek-Gruppe mit dem Staatspräsidenten nur kurz nach diesen Wahlen sorgte für einen Skandal, der bei den Sozialdemokraten ein regelrechtes Duell zwischen den Flügeln auslöste. So forderten Hašek und Mitglieder des Parteivorstands angesichts des schlechten Wahlergebnisses Sobotka zum Rücktritt auf, der Parteichef sollte nicht einmal mehr an anstehenden Koalitionsverhandlungen beteiligt werden. Sobotka sprach von einem „Putsch“ gegen ihn und mobilisierte seine Anhänger, die vor der Prager Burg demonstrierten. Nach einer eilig einberufenen Sitzung des Präsidiums wiederum wendete sich das Blatt, Hašek geriet in die Defensive und ist jetzt zurückgetreten. Erst nach diesem politischen Kehraus ist die ČSSD wieder verhandlungsfähig.<sup>18</sup> Wie lange der parteiinterne Burgfrieden allerdings anhalten wird, bleibt fraglich.



Angesichts dieses „Chaos“ bei der ČSSD trafen sich Vertreter der ANO und der Christdemokraten erst einmal allein zu Sondierungsgesprächen.<sup>19</sup> Die Christliche und Demokratische Union-Tschechoslowakische Volkspartei (KDU-ČSL) ist nun wieder im Parlament vertreten, nachdem sie 2010 an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert war. Mit 6,78 % der Stimmen hat sie ein relativ gutes Ergebnis erzielt, eine Großpartei waren die Christdemokraten in Tschechien und auch zuvor in der Tschechoslowakei nie. Verlassen muss sich die Partei bei

## Die Demokratie ist **EUROPAWEIT** in der Krise.

Wahlen in erster Linie auf die Zuverlässigkeit ihrer „im mährischen Landesteil beheimateten Stammwählerschaft“<sup>20</sup>. Der politische Katholizismus hatte und hat es traditionell schwer in Böhmen, in dem Land, das einst eines der Zentren der europäischen Reformation war und in dem mit der gewaltsamen Rekatholisierung nach der Schlacht am Weißen Berg 1620 die in der Landesgeschichtsschreibung als „temno“ beschriebene Zeit der „Dunkelheit“ begann. 1896 wurde in Mähren die Christlich-nationale Partei gegründet, in Böhmen neigten selbst bürgerliche Strömungen immer ein wenig zum Antiklerikalismus<sup>21</sup>. Auch in der Tschechoslowakei nach 1918 blieb die dann aus der Vereinigung mehrerer christlicher Parteien entstandene Tschechoslowakische Volkspartei ČSL trotz ihres großen Namens wieder nur eine Mährische Volkspartei. Mit der kommunistischen Machtübernahme 1948 verkam die ČSL zur Blockpartei in der Nationalen Front der Machthaber in Prag. Nach 1989 musste sich die Partei

erst von ihrem Negativimage als Kollaborateur der Staatssicherheit lösen und sie begann, sich personell rundum zu erneuern. Als Alternative zur alten ČSL war nach der Samtenen Revolution auch die neue KDU entstanden, die, wie ihr Name schon verriet, ihr Vorbild in der deutschen CDU sah. 1992 schlossen sich KDU und die ČSL zusammen. Das Ergebnis bei den Wahlen von 1996 blieb mit 8,1 % allerdings ernüchternd, den Traum von einem Aufstieg zu einer Volkspartei, wie es die CDU in Deutschland ist, musste man schon bald aufgeben.

Dennoch ist die KDU-ČSL heute ein wichtiger Faktor bei der Regierungsbildung in Prag. Als Partei der Mitte weist sie ein „hohes Koalitionspotenzial“ nach links wie nach rechts hin auf und war so vor 2010 „sowohl an von der ODS als auch von der ČSSD geführten Regierungen beteiligt“. Ihre Grundausrichtung ist als sozial-marktwirtschaftlich zu bezeichnen, proeuropäisch und familienfreundlich. In der Steuer- und Wirtschaftspolitik ist die CDU Vorbild, die Sparpolitik der Regierung Nečas wird kritisch betrachtet, ihr habe es an „Gespür für Sozialverträglichkeit“ gemangelt.<sup>22</sup> Seit 1894/96 richtet sich die tschechisch-mährische Christdemokratie an der Katholischen Soziallehre aus.

Doch auch die nächste Regierung Sobotka wird eine instabile bleiben, vor allen Dingen aufgrund der kaum berechenbaren innerparteilichen Entwicklungen bei ANO und ČSSD. Ist dies eine Krise der tschechischen Demokratie? Korruption und Politiker, die der Verantwortung, die sie in einer offenen Gesellschaft tragen, nicht mehr gerecht werden, sind kein allein tschechisches Phänomen – man kann es europaweit antreffen, auch in Deutschland. Weitge-

hend konzeptlose Protestparteien gibt es nicht nur in Tschechien, Vergleiche zwischen ANO und dem Team Stronach in Österreich drängen sich auf. Die Krise der Demokratie in Europa – Ungarn, Italien, Griechenland sind nur weitere ihrer unterschiedlichen Gesichter – spielt sich nicht nur in Prag ab. ///



/// DR. HABIL. PETER L.  
MÜNCH-HEUBNER

ist Historiker und Publizist und schreibt u. a. für die Prager Zeitung, München.

### Anmerkungen

- <sup>1</sup> Siehe dazu Münch-Heubner, Peter L.: Parteienlandschaften im Wandel – Die Wahlen in Tschechien und der Slowakei, in: Politische Studien, Nr. 433, September/Oktober 2010, S. 59-71.
- <sup>2</sup> Zum Wahlergebnis von 2013 und zu neueren Entwicklungen siehe die Berichterstattung von Radio Praha im Internet ([www.radio.cz](http://www.radio.cz)), zu früheren Prozentzahlen siehe bei Münch-Heubner: Parteienlandschaften im Wandel.
- <sup>3</sup> Zu dieser Partei siehe: Unternehmen Staat, in: Prager Zeitung, 24.10.2013, S. 4.
- <sup>4</sup> „Emotional und oberflächlich“ – Politologe Pehe über den Wahlkampf, Radio Praha, 30.9.2013.
- <sup>5</sup> Zitiert bei Münch-Heubner: Parteienlandschaften im Wandel, S. 67.
- <sup>6</sup> Schauerstück mit Ouvertüre, in: Süddeutsche Zeitung, 18.6.2013, [www.sueddeutsche.de/.../ruecktritt-von-tschechiens-ministerpraesident-schauerstueck-mit-ouvertuere-1.1699031](http://www.sueddeutsche.de/.../ruecktritt-von-tschechiens-ministerpraesident-schauerstueck-mit-ouvertuere-1.1699031), Stand: 27.10.2013.
- <sup>7</sup> Auswärtiges Amt: Tschechische Republik. Aktuelle wirtschaftliche Lage, September 2013, [http://auswaertiges-amt.de/.../TschechischeRepublik/Wirtschaft\\_node.html](http://auswaertiges-amt.de/.../TschechischeRepublik/Wirtschaft_node.html), Stand: 28.10.2013.
- <sup>8</sup> GTAI: Tschechische Wirtschaft findet nur langsam aus der Rezession, 20.3.2013, <http://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/.../maerkte,did-781462.html>, Stand: 27.10.2013.
- <sup>9</sup> Zum tschechischen Sozialstaat, zu seiner Geschichte und zu weiteren Daten hierzu im folgenden Text siehe Münch-Heubner, Peter L.: Tschechien und die Slowakei: Sozialstaaten zwischen

historischer „Pfadabhängigkeit“ und wirtschaftsliberaler Transformation, in: Wege zur Sozialversicherung, 12 / 2010, S. 357-367.

- <sup>10</sup> ODS vybrala Němcovou jako kandidátku na premiérku rozhodne Zeman, bzw.: ODS si za premiérku vybrala Němcovou, rozhodne Zeman; idnes.cz, 19.6.2013, <http://zpravy.idnes.cz/jednani-vedeni-o,Stand:29.10.2013>.
- <sup>11</sup> Übles Spiel in Prag. Säuberungen im Staatsapparat, in: Neue Zürcher Zeitung, 21.10.2013.
- <sup>12</sup> iDNES.cz / Zprávy: ODS nedá Rusnokové vládě ani hlas, říká Němcová, 25.6.2013, <http://zpravy.idnes.cz/nemcova-k-rusnok,und:iDNES.cz/Zpravy:Vladu-sestaví-Rusnok,rozhodl-Zeman.Postavil-se-proti-stranám,25.6.2013,http://zpravy.idnes.cz/zeman-predstavil,Stand:29.10.2013>.
- <sup>13</sup> Vgl. dazu Münch-Heubner: Parteienlandschaften im Wandel, S. 65.
- <sup>14</sup> Siehe dazu Münch-Heubner, Peter L.: Zwischen Geschichte und Gegenwart. Präsidentschaftswahlen in der Tschechischen Republik, in: Politische Studien, Nr. 448, März/April 2013, S.92 f.
- <sup>15</sup> Zur Selbstdarstellung siehe auf der Internetpräsentation von ANO den Abschnitt „Můj příběh“ (Meine Geschichte), <http://www.anobudelip.cz/cs/o-nas/blo...>, Stand: 29.10.2013.
- <sup>16</sup> Siehe dazu Babiš žaluje historiky, nebyl prý agent Stb soud začína u červnu, Lidové noviny, 14.4.2013, [www.lidovky.cz](http://www.lidovky.cz) sowie: Ličení s Babišem kvůli StB slovenský soud odročil, Novinky.cz, <http://www.novinky.cz/zahranicni/evropa/315785-liceni-babisem-kvuli-stb-slovensky-soud-odrocil.html>, Stand: 28.10.2013 und ÚPN hält Dokumente über Babišs Zusammenarbeit mit Stb für vertrauenswürdig, Radio Prag, 13.11.2013.
- <sup>17</sup> Nejezchleba, Martin: Der entzweite Favorit, in: Prager Zeitung, 26.9.2013.
- <sup>18</sup> Zeman wird ČSSD-Parteichef Sobotka mit Regierungsbildung beauftragen, Radio Prag, 13.11.2013. Zur langen Geschichte der „innerparteilichen Grabenkämpfe“ in der tschechischen Sozialdemokratie seit ihrer Gründung 1878 siehe auch Hundt, Marcus: Zwischen Verrat und Neuanfang, in: Prager Zeitung, 7.11.2013.
- <sup>19</sup> ANO und KDU-ČSL wollen entweder gemeinsam an der Regierung teilnehmen oder gar nicht, Radio Prag, 31.10.2013.
- <sup>20</sup> Hundt, Marcus: Zuversichtlich in die Wahlen. Die Christdemokraten nehmen sich ein Beispiel an der CDU und wollen verjüngt ins Abgeordnetenhaus einziehen, in: Prager Zeitung, 12.9.2013.
- <sup>21</sup> Trotzdem wurde zuerst 1894 in Böhmen die kleine, für die weitere programmatische Entwicklung aller christlichen Strömungen wichtige Christlich-Soziale Partei gegründet. Zur Einführung in die Geschichte der Partei siehe die Präsentation der KDU-ČSL im Internet, Stručná Historie ČSL a KDU-ČSL, <http://www.kdu.cz/Documenty/Historie>, Stand: 3.11.2013.
- <sup>22</sup> Hundt: Zuversichtlich in die Wahlen.



Weigl, Michael: *Die CSU. Akteure, Entscheidungsprozesse und Inhalte einer Partei am Scheideweg*. Baden-Baden: Nomos-Verlag 2013, 342 Seiten, € 24,90.

/// Die politischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland

## DIE MODERNE CSU

Die Schriftenreihe „Die politischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland“ aus dem Nomos-Verlag bietet kompakte Einführungsbände über die wichtigsten Parteien in unserem politischen Betrieb. Sie wurde kürzlich durch einen Band des Münchner Politikwissenschaftlers Michael Weigl über die CSU ergänzt. Erfreulich ist nicht nur allein die Tatsache, dass sich der Band ausschließlich der CSU widmet und diese nicht mit der CDU zusammen behandelt wurde. Dies trägt entscheidend dazu bei, dass Geschichte und Struktur der CSU ausführlich analysiert werden können. Der Band bewegt sich auf der Höhe der For-

schung und bietet eine Fülle interessanter Materialien. Wer sich relativ knapp, aber dennoch intensiv und unter tragbaren Kosten über die moderne CSU informieren will, ist mit diesem Buch bestens bedient.

Die Publikation erschien im Sommer 2013 und konnte daher die Wahlergebnisse vom September nicht mehr mit aufnehmen. Die Lektüre macht aber klar, dass der Autor von den Resultaten der Bundestags- wie Landtagswahl nicht vollständig überrascht gewesen sein dürfte. „Die Zeiten des ‚50+‘ scheinen für die CSU vorbei, jedoch lässt die stabile Lagerverteilung im Frei-

staat erkennen, dass das Wählerpotenzial, auch weiterhin dominierende Kraft im Freistaat zu bleiben, vorhanden ist.“ (S. 290) Mit dieser Einschätzung wird unterstrichen, wie wichtig die Betrachtung der Mobilisierungspotenziale jeder Partei und insbesondere der Volkspartei CSU ist. Dies im Detail zu beschreiben unternimmt der Autor im vierten Kapitel, wo angedeutet wird, dass die Partei neben dem Alleinvertretungsanspruch im bürgerlichen Lager auch die strategische Orientierung in Richtung der Grünen nicht vergessen sollte. In den ersten Kapiteln wird – nach einem kurzen Problemaufriss – ein Überblick über ihre historische Entwicklung und ausführlich die Organisationsstruktur sowie die internen Entscheidungsprozesse gegeben. Dort finden sich auch viele statistische Materialien und Daten, die den Nutzwert für Schüler, Studenten und Fachkollegen deutlich erhöhen. Leider sind – wohl dem Druckformat geschuldet – einige der Schaubilder etwas klein geraten; vielleicht hätte man manche besser gleich durch Tabellen ersetzt. Aber dies mindert den sehr positiven Gesamteindruck nur marginal, der auch dadurch gestärkt wird, dass ein ausführliches Literaturverzeichnis sowie Personen- und Stichwortregister aufgenommen wurden – heute leider keine Selbstverständlichkeit mehr.

Sein Fazit im fünften Kapitel stellt der Autor unter den Titel „Willensbildungsprozesse in der CSU“. Dort warnt er vor einem zu hierarchischen Führungsstil und mahnt, die innerparteilichen Reformen fortzusetzen. Wichtiger als die formale Struktur der CSU sei für die Zukunft aber „die Auflösung des Spannungsfeldes von Moderne und konservativem Markenkern einerseits und die faktische Organisation ihrer

Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse andererseits“ (S. 291). Die Partei besitze das Potenzial, sowohl die eigene Basis als auch die Bevölkerung auf dem Weg der eigenen Veränderung mitzunehmen. Die Ergebnisse der Landtags- wie der Bundestagswahl in Bayern haben unterstrichen, wie groß die Mobilisierungsfähigkeit der CSU nach wie vor ist. Eine Neuauflage des Buches kann dereinst zeigen, wie die Partei auf diese Wahlergebnisse reagiert hat und wie diese zum weiteren Umbau genutzt wurden.

GERHARD HIRSCHER

Mazower, Mark: *Die Welt regieren. Eine Idee und ihre Geschichte*. München: C. H. Beck 2013, 464 Seiten, € 27,95.



Der Titel scheint eine Darstellung der Ideen von Weltherrschaft insgesamt anzukündigen, und dann würde der Text beginnen müssen mit den sogenannten „Königen der Gesamtheit“, als deren erster Sargon von Akkad bezeichnet worden ist, der im 3. Jahrtausend vor Christus das antike Mesopotamien beherrschte. Aber weit gefehlt: Der Autor beginnt erst mit der Friedensordnung des Wiener Kongresses von 1814/15, verweilt dann ganz überwiegend in der angelsächsischen Welt und deren „säkularen internationalistischen Utopien“, weshalb der 1919 gegründete Völkerbund, die 1945 gegründeten Vereinten Nationen sowie die seitdem verfolgte amerikanische Außenpolitik im Mittelpunkt der Betrachtung stehen.

Der Ausgangspunkt des Wiener Kongresses kann deshalb gewählt werden, weil damals nicht nur die politische Landkarte Europas ziemlich dauerhaft bestimmt worden ist, sondern auch weil, abweichend von der bis dahin bestehenden außenpolitischen Freiheit der souveränen Staaten, versucht worden ist, unter ihnen einen weltanschaulichen Konsens herzustellen, um auf gemeinsamen Kongressen in der Zukunft ein koordiniertes Vorgehen gegen die umstürzlerischen Ideen der Französi-

schen Revolution durchzusetzen. Diese Idee mag zum Ausgangspunkt einer „Weltregierung“ taugen, denn Europa sah sich damals als die „Welt“. Der Autor fußt insofern auf Henry Kissingers Buch „A World Restored“ (auf Deutsch unter dem Titel „Großmacht Diplomatie. Zur Staatskunst Castlereaghs und Metternichs“ erschienen) und sagt uns damit also nichts Neues.

Anschließend wird sein Text verdienstvoller, da er unter der Überschrift „Das Zeitalter des Internationalismus“, beginnend mit Kants Schrift über den ewigen Frieden, über Edmund Burke und den „jungen deutschen Mystiker“ (sic!) Novalis hinaus die Weltherrschafts- und beglückungsideen bzw. die Vorstellungen über internationale Zusammenhänge im 19. und 20. Jahrhunderts bespricht, bis hin zum Dreimächtepakt (Deutschland, Italien, Japan) von 1940. Dies geschieht in lockerem Stil, mit sicherer thematischer Auswahl aus der Fülle des Stoffes, wobei auch literarische Texte als Beleg nicht verschmäht werden.

Besonders hervorzuheben ist das Eingehen auf Giuseppe Mazzini, der als republikanischer Revolutionär im Dienste des italienischen „Risorgimento“ zwar von einer Niederlage zur anderen eilte, aber der Nachwelt den Gedanken hinterließ, dass die Nationen und deren friedliche Zusammenarbeit die Bausteine der zukünftigen Welt seien – eine Auffassung, die der Autor teilt. Doch auch Mazzini träumte von einem italienischen Einmarsch in Tunis, um den dortigen seeräuberischen Barbaren die Zivilisation zu bringen. Das Recht, das für die „zivilisierten“ Nationen galt, war auf Afrikaner und Asiaten nicht anzuwenden. „Innerhalb Europas bedeutete Zivilisation Frieden, außerhalb Eu-

ropas bedeutete sie Gewalt“, resümiert der Autor. Auf der Berliner Kongo-Konferenz von 1884/85, die in Wirklichkeit die kolonialen Ansprüche der Großmächte in Afrika regelte, war auf penetrante Weise von der Zivilisierung des schwarzen Kontinents die Rede. Als Mittel, die Mission des Kolonialreichs vor ihrer dunklen, schmutzigen Seite zu schützen, besteht diese Sprache (der Juristen, die koloniale Herrschaft ausformulieren) von Verantwortlichkeit, Sorge und Pflichten mit verblüffend wenigen Abänderungen bis in unsere Zeit fort. Sie liefert das Vokabular, mit dem eine postkoloniale „internationale Gemeinschaft“ nun die Herrschaft durch ihre eigenen Exekutivorgane in Gestalt der Vereinten Nationen für rechtens erklärt.“

Die Vereinten Nationen taugten von Anfang an nicht zu einer „Weltregierung“, wie der Autor ausführt. Deshalb muss er für die Zeit nach 1945 auch sehr ausführlich auf die amerikanische Außenpolitik eingehen, nicht weil die USA „die Welt regieren“, sondern weil sie sich im und nach dem Kalten Krieg mit allem befassen, was auf dem Globus an Wichtigem geschieht, auch dann, wenn sie nach der Auffassung mancher Beobachter sich gar nicht als involviert betrachten müssten. Aus WTO, IWF und Weltbank, diesen weltumspannenden Institutionen, ist der amerikanische Einfluss nicht wegzudenken. Der Autor versäumt nicht, darauf hinzuweisen, dass der aktuelle Präsident der Internationalen Atomenergie-Organisation sich als Gefolgsmann der USA versteht. Dabei hält der Autor mit seiner Kritik niemals hinter dem Berge. So lehnt er das Prinzip der „Responsibility to Protect“ scharf ab. Hier folgt er der chinesischen Auffassung, dass „die Anwendung von

Gewalt im Namen humanitärer Ziele grundsätzlich weder kontrollierbar noch zeitlich zu begrenzen“ ist. Beispiel: Man intervenierte 2011 in Libyen, um Gaddafi daran zu hindern, ein Massaker an seiner Bevölkerung zu begehen, und geriet damit zwangsläufig in eine Eskalation, die zu seinem Sturz und Tod sowie zu einem allgemeinen Chaos im Lande führte, was mit dem humanitären Ausgangspunkt nichts mehr zu tun hatte. Und wenn man den Fall Libyen herausgriff, warum tat man das nicht auch in Tibet, in Syrien, sonst wo? Offensichtlich leidet das hehre moralische Prinzip derart unter den hinzutretenden Gesichtspunkten politischer Taktik, dass es als Heuchelei gebrandmarkt werden kann. Auch der Internationale Strafgerichtshof ist durch Politik kontaminiert, da er den Eindruck vermittelt, dass man die machtlosen Verbrecher verurteilt, die Mächtigen aber gar nicht erst zur Anklage bringen lässt.

Insgesamt beschränkt der Autor sich auf die Beurteilung der Fakten, ohne weiterführende Überlegungen anzustellen, wie man denn die Vereinten Nationen umgestalten könnte, damit sie, wenn schon nicht zu einer „Weltregierung“, dann doch wenigstens effektiver werden. Dieser Pragmatismus ist gut für die Lebendigkeit und die Lesbarkeit, führt aber mitunter dazu, dass man ganz einfach an die eigene, aufmerksame Zeitungslektüre und die dadurch vermittelten Fakten und Probleme von vor einigen Jahren erinnert wird. Es wird in solchen Fällen durch das Buch also kein „Mehrwert“ an Erkenntnis vermittelt.

Auch der Europäischen Union liest der Autor die Leviten. Ihr Eingehen auf den Neoliberalismus und die „Finanzialisierung“ des Lebens hätten die ökonomischen



mischen Kräfte zur Herrschaft über den Menschen geführt, anstatt dass sie, wie von den Gründervätern beabsichtigt, ihm dienen. Die europäische Integration hätte politische Freiheit und soziale Absicherung garantieren sollen, aber sie habe beide Ziele verfehlt. Das soziale Europa sei in der Wirtschafts- und Währungsunion zu kurz gekommen, und die anonyme Herrschaft spezialisierter Bürokraten ohne hinreichende demokratische Rückkoppelung sei das Gegenteil von politischer Freiheit. Hinter einer „Expertokratie“ träten die politischen Repräsentanten zurück, was gerade auch für die seit 2008 schwärende Finanz- und Schuldenkrise gelte. Die „Zivilisierung“ des von der Schaffung von Sachwerten abgekoppelten Kapitals werde lediglich postuliert, es geschehe aber nichts Entsprechendes.

Ein internationaler Verbund der Staaten sei notwendig, das wüsste man in der Tat schon seit dem Wiener Kongress. Doch ein effektiver Internationalismus müsse auf funktionierenden Nationalstaaten beruhen, dieser Grundgedanke Giuseppe Mazzinis sei auch im 21. Jahrhundert noch gültig.

BERND RILL



Graf, Friedrich Wilhelm /  
Meier, Heinrich (Hrsg.):  
Politik und Religion. Zur  
Diagnose der Gegen-  
wart. München: C. H.  
Beck 2013, 324 Seiten.  
€ 14,95.

Dass Religion ihren herausfordernden Charakter für die Politik verloren habe, gilt heute – anders als zu Zeiten fragloser Dominanz des Zauberworts „Säkularisierung“ – als widerlegt. Religion und der politische Sprengstoff, den sie in sich birgt, sind im öffentlichen Diskurs präsent wie lange nicht. Geschuldet ist dies wesentlich der Herausforderung des politisch-religiösen Radikalismus, der die Öffentlichkeit von New York bis Bali, von Nigeria bis Dänemark, von Afghanistan bis Mali in Atem hält, der Gläubige wie Nichtgläubige in großen Teilen der Welt verstört und die Nachdenklichen mit seiner buchstäblich explosiven Verbindung politischer und religiöser Ansprüche zu einer grundsätzlichen Besinnung zwingt. Versuche gelehrter Deutung von Gegenwartsreligion haben denn auch Konjunktur. Eine solche akademische „Diagnose der Gegenwart“ ist der hier anzuzeigende Band, den der Systematische Theologe Friedrich Wilhelm Graf und Heinrich Meier, Professor für Philosophie, vorgelegt haben. Er vereinigt die erweiterten Beiträge einer international besetzten Vortragsreihe der renommierten und von Meier seit bald drei Jahrzehnten auf höchstem Niveau

geleiteten Carl Friedrich von Siemens Stiftung.

Zum Auftakt führt Graf in die Gesamtthematik ein und erweist sich als entschieden liberaler theologischer Anwalt von Aufklärung und weltanschaulich neutralem Staat. Dabei kippt er manch liebgewonnene konservative Gedankenfigur über Bord. So sei der Staat des Grundgesetzes „kein christlicher Wertestaat“ (S. 26). Eine offene, pluralistische Gesellschaft der vielen Verschiedenen brauche zwar Bürgertugend und Anerkennung der Verfassung. Eine kulturreligiös definierte Leitkultur brauche sie aber nicht. Auch wenn die „theokratische Versuchung“ (S. 35) historisch gesehen Teil unserer eigenen europäischen Ideengeschichte sei, wäre es angesichts der nach wie vor bestehenden engen Verflochtenheit von politischem und religiösem Feld geboten, die Neutralität des freiheitlichen Rechtsstaates wieder ernster zu nehmen. Dieser Staat müsse, so wird es Jürgen Habermas in seinem luziden Beitrag über „Politik und Religion“ später – unter Rückgriff auf John Rawls – darlegen, seinen religiösen Bürgern zumuten, „dass sie die säkularen, ihrem Anspruch nach allein auf Vernunft gestützten Grundsätze von Demokratie und Rechtsstaat jeweils aus ihrem Glauben heraus begründen und diese ‚wie ein Modul‘ in den Kontext dieser Hintergrundüberzeugungen einsetzen“ (S. 290f.). Dies setze allerdings voraus, so Graf, dass eben diese Bürger zu einer internen Selbstbegrenzung religiöser Geltungsansprüche und eigener Glaubensgewissheiten befähigt würden. Wie es konkret zu einem solchen „demokratiet kompatiblen religiösen Lernprozess“ (S. 40) kommen könne, wisse er zwar nicht. „Wer den dogmatisch Starren,

den sogenannten Fundamentalisten, oder den diversen konservativen Advokaten neuer ‚Politischer Theologie‘ nicht das Feld überlassen“ wolle, der müsse aber notwendigerweise „mit ihnen streiten und zu reden versuchen – gerade über Glaubensfragen“ (S. 42).

Auf diese programmatische Einführung folgen Beiträge, die die Oszillationen von Politik und Religion exemplarisch in Geschichte und Gegenwart in den Blick nehmen. Hans Ulrich Gumbrecht widmet sich in einer differenzierten Analyse den Vereinigten Staaten von Amerika, in denen sich religiöses und politisches Feld sehr viel stärker überlagern als in anderen westlichen Gesellschaften. Die erstaunliche Entwicklung in Russland von der erzwungenen Säkularisierung durch die Bolschewiki zum „religiösen Boom“ (S. 108) der Gegenwart zeichnet Gregory L. Freeze nach. Dieser Prozess habe zu einem „Glauben ohne Kirchenbindung“ (S. 113) geführt mit zwei wesentlichen Konsequenzen für die Rolle von Religion und Politik im heutigen Russland: einer deutlichen und wachsenden Kritik an Kirche und Klerus sowie einer dadurch hervorgerufenen Tendenz der Amtskirche, das Putin-Regime noch intensiver zu bejahen und wegen politischer und finanzieller Unterstützung zu umwerben. Dass die behauptete Einheit von Politik und Religion einen alles überwölbenden Rahmen für das muslimische Selbstverständnis liefert, ist der Ausgangspunkt von Hillel Fradkins bemerkenswertem Beitrag über die lange Suche nach dem Islamischen Staat. Er zeichnet nicht nur nach, welcher Art das Verhältnis zwischen Doktrin und Praxis im Lauf der über 1400 Jahre andauernden muslimischen Geschichte gewesen ist, sondern er analysiert auch die „Neubestimmung des

islamischen Verhältnisses von Religion und Politik durch die islamistische Bewegung“ (S. 124) der Gegenwart. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf der Muslim-Bruderschaft und den zwei zentralen Schauplätzen aktueller islamistischer Bestrebungen: Ägypten und Iran.

Robert C. Bartlett behandelt in seinem Essay sodann die Frage, „welchen Status die Sehnsucht nach der Ewigkeit oder der Unsterblichkeit in der menschlichen Seele hat“ (S. 198). Er blickt dabei hinter die Moderne zurück auf die klassische politische Wissenschaft des Aristoteles, die ihn „kritische Distanz“ (S. 198) gewinnen lässt zu den rein diesseitigen Zufriedenheitsversprechen des „sozialen Wohlfahrtsstaates“ (S. 167) mit seinen unbestreitbaren Vorteilen, aber auch seinen beträchtlichen Kosten.

Die Herrschaft Gottes als Staatsverfassung in der jüdischen Antike stellt im Anschluss Peter Schäfer anhand von Flavius Josephus vor, der Ende des 1. Jahrhunderts den griechischen Begriff der „Theokratie“ prägte und „als einer der Gründungsväter der Politischen Theologie gelten darf“ (S. 200). Besondere Brisanz gewinnt dieses Herrschaftsmodell mit Blick auf den jüdischen Staat Israel der Gegenwart. Hier fechten die beiden konkurrierenden Systeme einer Theokratie der Schriftgelehrten und eines modernen demokratischen Staates einen sich zuspitzenden Kampf um die Vorrangstellung aus, an dessen Ende sich eine „jüdische Theokratie“ abzeichnen könnte, von der es „naiv“ wäre anzunehmen, dass sie „grundsätzlich und fundamental anders aussehen“ (S. 240) würde als eine islamische Theokratie à la Iran.

Auf einen etwas kryptischen „Rechenschaftsbericht“ von Giorgio Agamben über seine laufende Untersuchung

zu einer „Archäologie des Befehls“ (S. 253) folgen sodann Hans Joas' Überlegungen zu politischer Herrschaft und ihrer religiösen Interpretation. Aus der Perspektive einer historisch-vergleichenden Religionssoziologie verabschiedet er zwei scheinbare Gewissheiten, die seit dem 18. Jahrhundert die religionspolitischen Debatten bestimmt haben: die „pharisäische Selbstgewissheit, durch den Glauben schon ein moralisch besserer Mensch zu sein“, und die Illusion, dass „Religion etwas geschichtlich Überholtes“ (S. 262) sei. Folgerichtig benennt er als entscheidendes Desiderat aktuellen Nachdenkens über Politik und Religion, über die Weltgeschichte dieses Verhältnisses mit all seinen totalitären Nebenwirkungen zu sprechen, ohne diese beiden Pseudogewissheiten länger in Anspruch zu nehmen. Ergänzend zu seinem eingangs zitierten Gedanken nimmt Jürgen Habermas neben den religiösen Bürgern auch den liberalen Staat in die Pflicht. Dieser sei zwar „mit religiösem Fundamentalismus unvereinbar“ (S. 291), müsse aber gleichwohl „religiöse Stimmen in der politischen Öffentlichkeit willkommen heißen, soweit diese als Beitrag zur demokratischen Meinungs- und Willensbildung zählen können“ (S. 293). Kongenial leitet seine abschließende Empfehlung, dass die Philosophie „den Faden einer dialogischen Beziehung zur Religion nicht abreißen lassen“ (S. 299) solle, dann über zu Heinrich Meiers Epilog. Dieser greift noch einmal das zentrale Anliegen des Bandes, eine „intellektuelle Neujustierung von Politik und Religion“ (S. 305) vorzunehmen, auf und erinnert zum Abschluss daran, dass dieses Zwillingenpaar den „Ausgangspunkt des Dialogs“ (S. 313) darstellt, den die Philosophie mit der Theologie zu führen hat.

Auch wenn am Ende viele Fragen offen bleiben, die im Zug der weltweiten Renaissance des Religiösen mit Nachdruck an die Oberfläche drängen, so ist Graf und Meier hier doch ein Meilenstein für die „Diagnose der Gegenwart“ gelungen. Am Ende steht die Erkenntnis, dass der politisch-religiöse Radikalismus nicht nur eine Herausforderung für die Sicherheitskräfte und die robusten Institutionen der politischen Ordnung darstellt, sondern nicht minder für die Vernunft, die die Prinzipien dieser Ordnung begründet. Nach der Lektüre des lesenswerten Bandes ist man für diese zweite Herausforderung bestens gerüstet.

PHILIPP W. HILDMANN



**Krieger, Viktor: Bundesbürger russlanddeutscher Herkunft. Historische Schlüsselerfahrungen und kollektives Gedächtnis.**  
Münster: LIT Verlag 2013,  
258 Seiten, € 29,90.

In den letzten Jahren sind eine ganze Reihe wichtiger Arbeiten erschienen, die sich mit Fragen der russlanddeutschen Geschichte beschäftigen. Der Titel der vorliegenden Arbeit lässt nicht auf fertige Ausführungen schließen. Das Werk von Viktor Krieger stellt zu wesentlichen Teilen das Schicksal der deutschen Minderheit in der ehemaligen Sowjetunion und im postsowjetischen Russland dar. Es ist ein wichtiger Baustein für das Verständnis mehrerer unbekannter Kapitel der Geschichte der Russlanddeutschen. Zweck dieses Werkes ist es erklärtermaßen, einen strukturierten Überblick über die Geschichte dieser nationalen Minderheit in den verschiedenen historischen Perioden zu geben.

Das Buch gliedert sich in vier Kapitel. Der Verfasser spannt den zeitlichen Rahmen seiner Arbeit von der Nachrevolutionzeit bis hin zu Jelzins Russland Ende der 90er-Jahre. Der Autor besitzt, wie seine bislang vorliegenden Publikationen beweisen, ein ausgeprägtes Interesse an der Erforschung der historischen Fakten aus der Geschichte der Russlanddeutschen und hat nunmehr ein ganz beachtliches Werk zur Vergan-

genheit und heutigen Situation unter den Russlanddeutschen vorgelegt. Außerdem bildet der Band den Auftakt, mit kurzen und verständlichen Darstellungen verschiedene historische Perioden aus dem Leben der Russlanddeutschen einem breiteren Publikum zugänglich zu machen. Das Buch im Ganzen ist eine hervorragende Forschungsleistung. Es gehört zu den aktuellen Gesamtdarstellungen, die die Geschichte der deutschen nationalen Minderheiten vor dem Hintergrund der allgemeinen russischen Geschichte sehen. Krieger untersucht die Veränderungen im russlanddeutschen Leben mit großer Sachkenntnis der allgemeinen russischen Gesellschaftsgeschichte.

Das Verfassen einer Gesamtdarstellung stellt eine besondere Herausforderung dar. Nicht nur umfassende Sachkenntnis und Forschungserfahrung werden verlangt, sondern auch der Mut, eine resümierende Gesamtschätzung zu geben. Der Verfasser konzentriert sich auf wesentliche Entwicklungslinien, ohne dabei die Details aus dem Auge zu verlieren. Für die Kenntlichmachung der russlanddeutschen Geschichte im globalen Kontext hat der Text eine hervorragende Bedeutung. Ein großer Gewinn dieses Buches besteht überdies darin, dass sich mehrere Informationen auch als Hinweise darauf verstehen lassen, an welchen Stellen die weiteren Rekonstruktionen ansetzen könnten.

Im ersten Kapitel „Verfolgung, Verbannung und Zwangsarbeit“ werden dann die gesamten historischen Aspekte dieses Prozesses in größter Sorgfalt geschildert, im zweiten Kapitel anhand der archivalischen Überlieferungen und im Kontext der Forschungsliteratur die Folgen der sowjetischen Politik gegen-

über den Russlanddeutschen systematisch herausgearbeitet. Die vorliegende Edition verdient große Aufmerksamkeit.

WALDEMAR SCHMIDT

Fried, Johannes: *Karl der Große. Gewalt und Glaube*. München: C.H. Beck 2013, 736 Seiten, € 29,95.



Das Werk hat natürlich einen „Teaser“-Text auf der Rückseite des Einbandes, in dem man erfährt, dass Karl der Große am Läuterungsberg im Jenseits wegen seiner einschlägigen Sünden zu Lebzeiten unablässig sein „Geschlecht“ zernagt bekommt, „das umgehend nachwuchs, um wieder zerfressen zu werden“, und zwar von einem „Untier“. Dasselbe Bild leitet den Prolog des Werkes ein, wobei wir aus einer Fußnote zusätzlich erfahren, dass es aus der Vision des Reichenauer Mönches Wetti stammt, die von Heito (Hatto), dem abgedankten Abt des Klosters Reichenau und ehemaligen Mentor dieses Wetti, aufgezeichnet worden ist (wenig später durch Walahfrid Strabo in Verse gefasst), und chronologisch die erste Erinnerung darstellt, die sich an Karls Leben anknüpft.

Da haben Verlag und Autor sich offensichtlich verschworen, einen sensua- listischen „Aufhänger“ zu finden, um die für postmoderne Zeitgenossen möglicherweise spröde Materie dieses Lebens, das mehr als 1200 Jahre von uns entfernt ist, zeitgerecht verkaufen zu können. Und in diesem munteren Ton geht es weiter, denn der Autor kombiniert seine nun allerdings stupende Gelehrsamkeit immer wieder gerne mit

süffiger Erzählung und dreidimensionalen Bildern. Daher müssen wir es hinnehmen, dass er das Kapitel über Karls Kindheit folgendermaßen einleitet: „Pferdemist und Jauchegruben, Hühnerhöfe und Schweinezucht, Ochsen und Gemächlichkeit – Karl wuchs in ländlicher Umwelt auf.“ Zu Beginn des 10. Kapitels, des Epiloges, rutscht er ins Rosenwasser aus: „War er auch glücklich gewesen? Wusste er solches zu fragen? Wo war die Liebe? Das Wissen um die Zuneigung des anderen? Schlummerte sie noch im Schoß künftiger geistiger Entwicklung des Abendlandes?“ Ja um alles in der Welt, warum sollen die Leute sich nicht schon gründlich geliebt haben, lange bevor die hochmittelalterlichen Minnesänger in die Saiten griffen und dem Thema eine literarische Ausformung angeeignet ließen? Gemeint ist an dieser Stelle ganz einfach: Über das Innenleben Karls des Großen wissen wir mangels belastbarer Quellen so gut wie nichts. Man weiß auch zu vielen seiner wichtigen Stationen als Herrscher nichts oder nichts Genaueres. Der Autor liebt es, bei solchen Gelegenheiten eine Kaskade von rhetorischen Fragen zu entfesseln, als ob damit etwas Erhellendes gesagt wäre.

Hier ist dreierlei anzumerken: Solche Arabesken haben nur sehr dünnen Informationswert und neigen zur Geschwätzigkeit, nähren in einem Sachbuch daher den Verdacht auf Anbiederung sowie stilistische Profilierungssucht des Autors und stehen dem Bereich von fiktiver Literatur so nahe, dass der Verfasser dabei leicht die Grenzen seiner Phantasie verraten kann. Man darf aber auch im lobenden Sinne befinden, dass auf diese Weise der garantiert humorlose und hochakademische Stil, der in der deutschsprachigen



historiographischen Produktion vorherrscht und daher das Publikum eher abschreckt, sich mit historischen Themen zu befassen, durchbrochen wird. Das ist ohne Zweifel verdienstvoll, weshalb man die mitunter aufdringlichen Manierismen des Textes in Kauf nimmt. Der Untertitel „Gewalt und Glaube“ könnte auch an einen entfesselten Dschihadisten denken lassen, ist daher zu reißerisch und wird ohnehin bereits durch den Klappentext, der von Karls immensen Verdiensten um die abendländische Bildung, Gelehrsamkeit und überhaupt Kultur spricht, zurechtgerückt.

Auffallend bei einem Historiker von des Autors Qualität (man würdige in dieser Hinsicht seinen umfangreichen, nicht nur Querverweise angehenden, sondern auch sachliche Diskussionen auslagernden Fußnoten-Apparat) ist, dass er immer wieder von „Byzanz“ spricht, wenn er das zu Karl zeitgenössische Konstantinopel meint und damit der mangelnden Präzision der Umgangssprache huldigt. Der Ausdruck „Die Inquisitionen des Jüngsten Gerichts“ (S. 18) überzeugt ebenfalls nicht, denn damit wird eine berühmte Behörde der irdischen Amtskirche auf eine Stufe mit dem lieben Gott gestellt. Und eine „italienische Romagna“ (S. 518) – das ist ein Pleonasmus, denn eine Landschaft dieses Namens gibt es außerhalb Italiens nicht, es sei denn, der Autor versteht unter „Romagna“ etwas Umfassenderes, etwa „romanisch geprägtes Gebiet“. Schlicht falsch ist (auf S. 500), wenn von dem jungen Dichter Modoin berichtet wird, „dem Karl den Hofnamen Naso (d. i. Vergil) zubilligte.“ Naso ist ein Namensbestandteil des Ovid, Vergil hieß Publius Vergilius Maro.

Nun aber das Positive: Das Thema verlangt Könnerschaft in einer der Hauptaufgaben des Historikers, nämlich in der Quellenkritik. Es ist schon länger erkannt worden, dass die „Reichsannalen“ („*Annales regni Francorum*“) von karolingischer Propaganda durchtränkt sind und man daher sie und auch andere zum Thema passende Quellenwerke mit besonderer Vorsicht heranziehen muss. Das tut der Autor, und es ist geradezu ein Lehrstück über das erforderliche Misstrauen gegenüber politischen Texten ganz allgemein, wie er diese „Reichsannalen“ seziert. Denn natürlich besteht für ihn, den Postmodernen, kein Bedürfnis mehr, an der Gloriole des „Vaters des Abendlandes“ mitzuwirken. Der Epilog informiert über diejenigen in den letzten 1200 Jahren, denen Karl seine Gloriole verdankt, von Einhard bis Alfred Rosenberg. Der Autor hingegen mahnt zur Beurteilung Karls eine umfassende Perspektive an, da die nationale (Karl der Große versus Charlemagne) ebenso wie die auf Europa konzentrierte Sichtweise (siehe zuvor „Vater des Abendlandes“) zu kurz griffen.

Er kann flüssig darstellen, nicht nur Ereignisse, sondern auch wissenschaftliche Debatten. Das regt den Laien an, auch das schwierige Gestrüpp der in der Fachwelt umstrittenen Themen zu durchmessen, etwa die Frage, wie die Kaiserkrönung Karls zu Weihnachten 800 rechtlich und ideologisch zu würdigen sei. Als unglaublich wird hier die Nachricht in der Karls-Biographie von Einhard bezeichnet, Ersterer sei überrascht gewesen darüber, dass ihm der Papst in St. Peter die Krone aufsetzte, und er habe geschworen, wenn er das geahnt hätte, dann hätte er die Kirche nimmermehr betreten. Denn es sei un-

denkbar, dass ein politischer Akt von solcher Tragweite ohne Abstimmung mit dem damals mächtigsten Mann des Abendlandes erfolgt sei. Zudem widerspreche Einhard sich selbst. Denn er berichtet auch, Karl habe auf die Bitten des Papstes hin in Rom speziell römische Tracht angelegt. Daraus folge: „Er konnte von dem, was dann in der Kirche geschah, in keiner Weise überrascht gewesen sein.“ Dramaturgisch wird die Erringung des Kaisertums durch Karl recht wirkungsvoll auf eine Grundmelodie gebracht, indem der Autor die apokalyptischen Erwartungen, die besonders Karls „Kultusminister“ Alkuin formuliert hat, als Hintergrund hervorhebt. Insgesamt drängt die Darstellung den Eindruck auf, hier habe einer tatsächlich alles berücksichtigt, was bisher zu seinem biographischen Helden zusammengetragen und geforscht worden ist.

Hervorzuheben ist auch, dass der Autor den Außenbeziehungen der Franken zu den Moslems in Spanien und im Vorderen Orient mehr Gewicht zubilligt, als dies in Karl-Biographien gemeinhin geschieht. Dies folgt aus seinem, an Henri Pirennes Buch „Mahomet et Charlemagne“ (1937) methodisch orientierten Ansatz, den man auf seine Weise als „globalisierend“, als umfassend im Sinne des Autors kennzeichnen kann. Einhard und Notker „der Stammler“, ein Mönch des Klosters St. Gallen, der um 900 ein Manuskript mit dem Titel „Taten Kaiser Karls des Großen“ verfasst hat, bezeichnen den Kalifen Harun al-Raschid, der mit Karl diplomatisch korrespondiert hat, als „Perser“, während dessen Nachfolger Al-Mansur „Sarazene“ genannt wird. Auch dies hat mit Karls neuer Kaiserwürde zu tun, denn „Sarazenen“ hatten

die klassischen römischen Kaiser nicht als Partner (der Name taucht in den griechischen Quellen überhaupt erst im 6. Jahrhundert auf), wohl aber „Perser“, genauer: die Parther und die Sassaniden. Die ganze bekannte Welt wollte der neue Kaiser im Blick haben.

BERND RILL



Die Zeiten, da sich Think Tanks einheitlich als strikt wissenschaftlich ausgerichtet, politisch neutrale Forschungseinrichtungen zur Politikberatung verstanden, sind längst vorbei. Seit in den USA in den 1970er-Jahren immer mehr vorwiegend konservative, politisch-ideologisch klar positionierte Think Tanks auf den bis dahin von akademischen Instituten beherrschten „Marktplatz der Ideen“ drängten, bleibt von wissenschaftlicher Gediegenheit nicht viel übrig. Mancher Verfechter der neuen, von der 1973 gegründeten Heritage Foundation angeführten Generation advokatorischer Think Tanks ruft in martialischer Gesinnung sogar zum „Krieg der Ideen“ (War of Ideas) auf.

Kubilay Yado Arin, der 2012 an der Münchner LMU in Amerikanischer Kulturgeschichte und Politikwissenschaft promoviert wurde, erörtert in seiner Dissertation den Wandel der US-Außenpolitik vom Multilateralismus der Präsidentschaft Bill Clintons (1993-2001) zum Unilateralismus Georg W. Bushs (2001-2009) „im Schatten des innergesellschaftlichen Wettbewerbs der Think Tanks“ (S. 9). Konkret geht er der Frage nach, „wie führende Denkfabriken die politischen Agenden unter den Regierungen Clinton und Bush Jr. gestalteten“ (S. 26). Im Fokus stehen dabei sechs Think Tanks: Brookings Institution, Council on Foreign Relations (CfR), American Enterprise Institute (AEI), Heritage Foundation, Project for a New American Century (PNAC) sowie Progressive Policy Institute (PPI).

Die dreihundertseitige Studie ist in insgesamt acht Kapitel untergliedert. Auf die Einleitung folgen zunächst grundlegende Informationen zu den Funktionen und Mechanismen der Einflussgewinnung von Think Tanks, ehe hierauf in zwei weiteren Abschnitten die Stellung der Think Tanks im US-Politiksystem untersucht und Theorien für die Rolle der Denkfabriken in der amerikanischen Außenpolitik beleuchtet werden. Arin identifiziert mit der Gewinnung und Verbreitung politischer Ideen und Informationen, dem Networking zwischen Politikern, Journalisten, Forschern und Bürokraten sowie der Ankurbelung des Elitentransfers zwischen Politik, Wissenschaft und weiteren Sozialsystemen (Medien, Wirtschaft, Recht etc.) die wichtigsten Think Tank-Aufgaben. Neben diesen allgemeinen Funktionen übernehmen Think Tanks als Teil des amerikanischen Außenpolitik-Establishments

weitere Aufgaben, darunter die Unter- richtung ausländischer Diplomaten über die US-Politik, aber auch die Vermittlung zwischen den politischen Eliten und der Öffentlichkeit. Der Autor macht darauf aufmerksam, dass Think Tanks nicht nur die Regierungsperformance bewerten, sondern durch eigene Forschung auch selbst zur Formulierung neuer Handlungsoptionen beitragen (sollen), die sie dann in Kongressanhörungen, Vorträgen, Interviews und auf Treffen der von ihnen geknüpften Netzwerke in den Politikkreislauf einbringen.

Ein gravierendes handwerkliches Defizit der Arbeit besteht, neben Fehlern beim indirekten Zitieren, in unzähligen, mitunter sinnentstellenden grammatikalischen (Satzbau, v. a. aber Interpunktion und Rechtschreibung) und sprachstilistischen Unzulänglichkeiten, die wohl nur dadurch zu erklären (aber nicht zu rechtfertigen) sind, dass der Autor kein Deutsch-Muttersprachler ist. Auch in inhaltlich-konzeptioneller Hinsicht ist die Untersuchung mangelhaft. Zur Stellung der Think Tanks in der US-Politik im Allgemeinen und ihrer Rolle in der Außenpolitik im Besonderen präsentiert Arin eine Überfülle an Erklärungsmodellen und heuristischen Konzepten verschiedenster Provenienz (u. a. Elitetheorie, Pluralismustheorie, Liberalismus, Advocacy Coalition Framework, Epistemic Communities), die in drei empirischen Kapiteln („Regierung Clinton“, „Regierung Bush“, „Der Krieg gegen den Terror und die US Verfassung“) anschließend jedoch nicht überprüft, sondern lediglich selektiv und ohne größeren Zusammenhang zur Illustration einzelner Aussagen herangezogen werden. Das Endergebnis bleibt so zwangsläufig bruch-

stückhaft und gleicht weniger einer systematischen, auf eigenständiger Argumentation fußenden Analyse als vielmehr einer Aneinanderreihung sekundärliterarischer Paraphrasen. Hinzu kommt, dass sich bereits in die primär der Theorie gewidmeten Abschnitte immer wieder Passagen drängen, die eigentlich zur Empirie gehören und die methodisch gebotene Trennung beider Sphären daher nur ansatzweise, keineswegs aber präzise gegeben ist. Die Formulierungen des Autors legen nicht selten den irrigen Schluss nahe, die untersuchten Think Tanks hätten die Politik nicht beratend unterstützt, sondern vielmehr selbst Politik „gemacht“, wenn er etwa im Schlussresümee – das keine direkte Antwort auf die eingangs gestellte Leitfrage bietet – reichlich diffus vom „Raketenabwehrschild von der Heritage“ (S. 301) spricht.

Die Verdienste der Arbeit, die ein bislang wenig beachtetes Forschungsfeld zu bestellen sucht, treten angesichts dieser massiven Probleme in den Hintergrund. Arin, der der amerikanischen Think Tank-Szene ein Ungleichgewicht zu Lasten liberaler Institute attestiert, vermag, wenn auch nicht systematisch zu belegen, so doch wenigstens anzudeuten, dass die untersuchten Think Tanks entscheidenden Einfluss auf einzelne programmatische Initiativen der Clinton- und Bush-Administrationen ausübten. Im Falle Clintons waren es vor allem das PPI, Brookings und das CfR, wohingegen die Bush-Administration auf den Rat von Heritage, das AEI und das PNAC vertraute. Den größten Erfolg bei der Vermittlung politischer Ideen ins Weiße Haus konnte Arin zufolge das PNAC verbuchen, dessen Experten die strategischen Grundlagen der Bush-Doktrin (Bekämpfung von

Terrorismus und Schurkenstaaten, preemptive strikes) geliefert und auch die Richtlinien der Afghanistan- und Irak-Invasionen entwickelt hätten.

ULRICH HEISTERKAMP



Kilb, Rainer / Weidner, Jens / Gall Reiner: **Konfrontative Pädagogik in der Schule. Anti-Aggressivitäts- und Coolnesstraining.** Weinheim / Basel: Beltz / Juventa, 3. Aufl., 2013, 256 Seiten, € 19,95.

Zwei pädagogische Trainingsmethoden stehen im Zentrum dieses Sammelbandes: das Anti-Aggressivitäts-Training (AAT) und das Coolness-Training (CT). Beide Ansätze können der Konfrontativen Pädagogik (KP) zugeordnet werden (AAT + CT = KP). Im ersten Teil werden die Rahmenbedingungen und theoretischen Grundlagen der KP vorgestellt. Es geht um die heutige und künftige Kooperation von Schule und Jugendhilfe, um ein Plädoyer für eine „gerade Linie mit Herz“, um die kritisch-theoretische Verortung von AAT und CT sowie um die Darstellung der Adoleszenz aus der Sicht der Aggressivität. Im zweiten Teil beschäftigen sich die Autoren mit den Praxisansätzen von AAT, CT und KP. Im Zentrum stehen Ziele und Methoden des Coolness-Trai-

nings, konfrontativ orientierte Methoden im Schulalltag, das Konfrontative Interventionsprogramm (KIP) an einer Schule für Erziehungshilfe, das Konfrontative Soziale Training in sozialen Brennpunktschulen und ein Trainingsprogramm zur sozialen Kompetenz und Gewaltprävention aus der Sicht der KP. Das Buch stellt eine ausgewogene Beziehung zwischen Modellen her, die in der Praxis erprobt wurden und liefert eine Theorie geleitete Einbettung der KP in die erziehungswissenschaftlichen, gesellschaftspolitischen und entwicklungspsychologischen Zusammenhänge.

Die Konfrontative Pädagogik weist mehrere Facetten auf, die ausführlich diskutiert werden. Die KP wird als Ergänzung und nicht als Alternative zu einer Lebenswelt orientierten Pädagogik definiert. Sie steht in der Tradition der geisteswissenschaftlichen Pädagogik und wird als letztes pädagogisches Mittel im Umgang mit stark abweichenden jungen Menschen aktiviert. Mit konfrontativen Techniken intervenieren Pädagogen etwa bei Mobbing, Vandalismus, Unterdrückung, Erpressung, Terrorpraktiken und extremen Beleidigungen. Jede Konfrontation muss auf einer gelingenden Beziehung zum Schüler (als Täter) aufbauen. Nicht der Täter und die Person stehen im Zentrum der Kritik, sondern die Tat. Konfrontation kann als pädagogisches Reaktionsverhalten im Sinne einer erzieherischen Intervention definiert werden. Ihr kommt die Aufgabe zu, auf Grenz- und Normverletzungen durch Gegenübertreten oder Gegenüberstellung zu reagieren und zu korrigieren. Gewalttätige Schüler sind in ihrem Handeln oft spontan, direkt und unnachgiebig. In der konfrontativen Praxis wird der Täter mit

seinem eigenen Verhalten „konfrontiert“ und direkt zur Verantwortung gezogen. Er hat klare, abgesprochene Konsequenzen zu erwarten und Wiedergutmachung zu leisten.

Neben der „grenzziehenden Konfrontation“ muss es die ebenso wichtige „gewaltlose Deeskalation“ geben. Dabei spielt die Achtung der Würde und der Persönlichkeit des Täters eine entscheidende Rolle. Es muss deutlich sein, dass die Verantwortung für die Konfliktlösung beim Schüler liegt. Dabei ist nicht Anpassung das Ziel, sondern Einsicht und eine grundlegende Einstellungsänderung zu sich selbst und zu den anderen. Die wesentlichen Ziele sind die Verringerung der Gewaltbereitschaft, Verbesserung der Selbstkontrolle, Förderung der bewussten Selbstwahrnehmung, die Anregung der Empathie und das Erlernen alternativer Verhaltensstrategien in Stresssituationen.

Mehrfach wird in verschiedenen Beiträgen der „Heiße Stuhl“ erwähnt. Mit dieser Methode der KP muss besonders verantwortungsbewusst, kompetent und erfolgsorientiert umgegangen werden, damit sich keine negativen Wirkungen einstellen. Der Täter erlebt auf dem „Heißen Stuhl“ eine Ausnahmesituation der bisherigen Handlungsweisen. Der Jugendliche übt sich im Schonraum der „Keep-Cool-Gruppe“ in der Konfrontation. Er wird durch die Gruppenmitglieder provoziert und mit peinlichen Fragen konfrontiert. Es geht um die „Herausforderung mit Herz“. Mit dem „Heißen Stuhl“ kann eine Situation hergestellt werden, die den Alltag gewalttätiger Jugendlicher abbildet. „Konfrontation – Intervention – Pädagogik“ bedeutet zur Rede stellen und nicht Ausweichen, Hinsehen und nicht

Wegschauen, Verändern und nicht Resignieren. KIP zeichnet eine Pädagogik der klaren, orientierenden Linien, der eindeutigen Grenzziehungen sowie der liebevollen zugewandten Konsequenzen.

GOTTFRIED KLEINSCHMIDT

---



Folgende Neuerscheinungen aus unseren Publikationsreihen können bei der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Lazarettstraße 33, 80636 München (Telefon: 089/1258-263) oder im Internet [www.hss.de/publikationen.html](http://www.hss.de/publikationen.html) bestellt werden:



**POLITISCHE STUDIEN THEMENHEFT 2/2013**  
Die Renaissance des Christlich-Sozialen

**ARGUMENTE UND MATERIALIEN  
ZUM ZEITGESCHEHEN**  
Nr. 88: Frauen im ländlichen Raum



**ARGUMENTE UND MATERIALIEN  
ZUM ZEITGESCHEHEN**  
Nr. 89: Kirche im ländlichen Raum –  
Resignation oder Aufbruch?



**ARGUMENTE UND MATERIALIEN  
ZUM ZEITGESCHEHEN**  
Nr.90: Ohne Frauen ist kein Staat zu  
machen – Gleichstellung als Motor für  
nachhaltige Entwicklung

**BERICHTE UND STUDIEN**  
Nr. 97: Teherans Atomstrategie und die  
internationale Sicherheit – Eine politikwissenschaftlich-  
orientalistische Konstellationsanalyse

## VORSCHAU

### POLITISCHE STUDIEN

Nr. 454: „Europa vor den Wahlen“ mit Beiträgen von Markus Ferber, Jean-Paul Juncker, Paul Kirchhof und Werner Weidenfeld

**Herausgeber:**

© 2013, Hanns-Seidel-Stiftung e. V., München  
Lazarettstraße 33, 80636 München,  
Tel. +49 (0)89 1258-0, E-Mail: polstud@hss.de,  
Online: www.hss.de

Vorsitzender: Prof. Dr. h. c. mult. Hans Zehetmair,  
Staatsminister a. D., Senator E. h.  
Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf  
Leiter der Akademie für Politik und Zeit-  
geschehen: Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser  
Leiter PRÖ/Publikationen: Hubertus Klingsbögl

**Redaktion:**

Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser  
(Chefredakteur, V.i.S.d.P.)  
Barbara Fürbeth  
(Redaktionsleiterin; fuerbeth@hss.de)  
Verena Hausner (Stv. Redaktionsleiterin)  
Susanne Berke (Redakteurin)  
Claudia Magg-Frank (Redakteurin)  
Marion Steib (Redaktionsassistentin; steib@hss.de)  
Irene Krampfl (Abo-Verwaltung; krampfl@hss.de)  
**Graphik:** Publishers Factory, München  
**Druck:** Bosch-Druck, Landshut

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e. V. reproduziert oder

unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e. V.

Die Beiträge in diesem Heft geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder; die Autoren tragen für ihre Texte die volle Verantwortung. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

**Bezugspreis:**

Einzelhefte € 5,50  
Jahresabonnement € 30,00  
Schüler/Studenten bei Vorlage einer Bescheinigung kostenfreies Semester-Abonnement  
Keine Versandkosten

Die Zeitschrift Politische Studien erscheint als zweimonatiges Nummernheft und Themenheft. Abonnement- und Einzelheftbestellungen sind über die Redaktion und den Buchhandel möglich.

**Kündigungen** müssen der Redaktion schriftlich mindestens 8 Wochen vor Ablauf des Abonnements vorliegen, ansonsten verlängert sich der Bezug um weitere 12 Monate.

Bildnachweis für Titel:  
lapencia/fotolia.com

